

2

Bonn, 19. Januar 1954

Sprecher: Adenauer, Arnold, Bach, von Brentano, Cillien, [Degener], Dobelmann, Ehlers, Fay, Fricke, Gradl, von Hassel, Heck, Johnen, Kaiser, Kiesinger, von Lojewski, Majonica, Pferdmen-ges, Frau Pitz, Samsche, Scharnberg, Strauß, Strickrodt, Tillmanns, Wackerzapp, Frau Weber, Wehking, Wiedemeier, Wuermeling, Zimmer.

Bericht des Bundesgeschäftsführers zur Bundestagswahl und des Bundesschatzmeisters über die finanzielle Lage der Partei. Bericht Adenauers über die politische Lage. Satzung für den Landesverband Oder-Neiße. Verschiedenes: Zusammensetzung des Vorstands; Ort des nächsten Parteitags.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 17.45 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es haben sich entschuldigt: Dr. Schreiber¹, Berlin, Simpfendörfer und Dichtel. Der frühere Landesvorsitzende von Bremen, Herr Degener², ist hier und möchte teilnehmen. Wenn Sie nichts dagegen haben, können wir so verfahren.

Meine Damen und Herren! Zunächst entbiete ich Ihnen einen recht herzlichen Willkommensgruß und alles Gute zum neuen Jahr. Das neue Jahr wird uns auf außen- und innenpolitischem Gebiet vor sehr große Aufgaben stellen.

Heute findet um 12 Uhr im Bundeshaus eine Feier für den verstorbenen Herrn Höpker Aschoff³ statt, an der alle drei Parteivorsitzenden – der Herr Bundestagspräsident Dr. Ehlers, der Herr Bundesminister Kaiser und ich – teilnehmen werden. Ich schlage Ihnen daher vor, die Mittagspause von 12 Uhr bis 2 Uhr einzulegen.

Ich bitte Sie aber dringend, nicht vorzeitig aufzubrechen; es handelt sich um wichtige Themata, die wir heute zu erledigen haben. Dann möchte ich Ihnen vorschlagen,

-
- 1 Dr. Walther Schreiber (1884–1954), seit 1951 MdA Berlin, 1951–1953 Bürgermeister, 1953–1954 Regierender Bürgermeister (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 2 Anm. 5). – Schreiber wurde aufgrund eines Beschlusses des Hamburger Parteitags als Bürgermeister von Berlin zu den Vorstandssitzungen eingeladen (Heck an Schreiber o.D. in ACDP VII-002-286).
 - 2 Johannes Degener (1889–1959), Gewerkschaftssekretär, 1946–1947 Geschäftsführer des CDU-Landesverbands Bremen, 1947–1949 Vorsitzender der Bürgerschaftsfraktion, 1951–1958 Senator für Wohlfahrts- und Gesundheitswesen, bis 1952 auch für Wohnungswesen.
 - 3 Dr. Hermann Höpker Aschoff (1883–1954), gestorben am 15. Januar, 1951–1954 Präsident des BVerfG. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 56 Anm. 8.

die Punkte 2 bis 4 der Tagesordnung vorzuziehen und den Punkt 1 – Bericht über die politische Lage –, den ich zu erstatten habe, auf 2 Uhr heute nachmittag zu verschieben. Dann haben wir längere Zeit zur Aussprache. (*Zustimmung.*) Ich darf annehmen, daß Sie damit einverstanden sind. Da Herr Bach noch nicht anwesend ist, möchte ich den Bundesgeschäftsführer bitten, den Bericht zur Bundestagswahl zu erstatten.

BERICHT DES BUNDESGESCHÄFTSFÜHRERS ZUR BUNDESTAGSWAHL

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Mein Bericht über die Wahlen⁴ ist sämtlichen Mitgliedern des Vorstandes schriftlich zugegangen. Ich möchte mich daher auf eine kurze Zusammenfassung bei meinem Bericht beschränken.

Der für uns alle überraschende Erfolg der Bundestagswahl ist hauptsächlich bedingt 1. durch die erfolgreiche Arbeit der Bundesregierung auf innen- und außenpolitischem Gebiet, 2. durch die Person des Herrn Bundeskanzlers und 3. durch die schlechte Opposition der SPD in den vergangenen vier Jahren; dazu gehört auch die schlechte Führung des Wahlkampfes von seiten der SPD. Die Stellungnahme des DGB für die SPD hat sich – wie das Wahlergebnis gezeigt hat – eher zu unseren Gunsten als zu unseren Ungunsten ausgewirkt. Weiter dürfte das Ereignis des 17. Juni⁵ einen guten Einfluß auf das politische Klima gehabt haben. Nicht zu übersehen ist auch die Präzisionsarbeit, die in der Gesetzgebung hinsichtlich der Wahlen geleistet worden ist.

Ich erinnere an die Kleine Steuerreform, an die Kleine Besoldungsreform, an die Senkung der Kaffee-, Tee- und Tabaksteuer, die Arbeitslosenziffer war unter eine Million gesunken, und der Preisindex lag so wie vor der Koreakrise.⁶

Man kann zusammenfassend sagen, daß bei dieser Wahl so günstige Voraussetzungen gegeben waren, wie sie nur selten in Erscheinung treten. Es ist nicht ohne weiteres anzunehmen, daß bei der Bundestagswahl im Jahr 1957 noch einmal so günstige Voraussetzungen vorhanden sein werden. Deswegen kommt der Arbeit der Partei,

4 Vgl. Nr. 1 Anm. 59.

5 Von sowjetischen Truppen niedergeschlagener Volksaufstand von 1953 in Berlin und in der DDR, bei dem Rücknahme erhöhter Arbeitsnormen, Verbesserung der Lebensverhältnisse und freie und geheime Wahlen gefordert wurden (vgl. FRICKE).

6 Mit dem Gesetz zur „Änderung steuerlicher Vorschriften und zur Sicherung der Haushaltsführung“ vom 24. Juni 1953 (BGBl I S. 413) wurden der Einkommensteuertarif um 15 % gesenkt, die Freibeträge erhöht, Steuervergünstigungen abgebaut und die Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer zwischen Bund und Ländern neu geregelt. – Das „Dritte Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts“ vom 27. März 1953 (BGBl I S. 81) verbesserte u.a. den Wohngeldzuschuß, den Kinderzuschlag und die Besoldung der Lehrkräfte. – Das Tabaksteuergesetz trat am 6. Mai 1953 in Kraft (BGBl I S. 169), das Kaffeesteuergesetz und das Teesteuergesetz am 30. Juli 1953 (BGBl I S. 708, 710). – Zur Koreakrise und ihren Auswirkungen auf die Bundesrepublik vgl. SCHWARZ I S. 104–118.

über die der Parteivorstand heute beraten und in manchen Punkten auch Beschlüsse fassen wird, eine besondere Bedeutung zu.

Man kann mit den Arbeiten für die Wahl im Jahre 1957 nicht erst 1956 beginnen, weil vorher in verschiedenen Ländern Landtagswahlen stattfinden, deren Bedeutung weit über die Länderebene hinausgeht. Die außenpolitische Lage ist derart labil, daß ein stärkerer Verlust unserer Partei bei den Landtagswahlen starke Rückwirkungen auf dieses gesamte Gebiet haben könnte. Wir haben 1953 erlebt, daß wir mit den Vorbereitungsarbeiten stark ins Gedränge kamen, weil zu spät damit begonnen wurde.

Zur Analyse der Wahl greife ich einige Punkte heraus, die mir für die weitere Arbeit der Partei wichtig erscheinen. Auffallend ist zunächst die sehr hohe Wahlbeteiligung, aus der geschlossen werden darf, daß die Abneigung und Abstinenz des deutschen Volkes in politischer Hinsicht im Schwinden begriffen ist. Das erhellt auch aus einigen Ergebnissen, die aufgrund demoskopischer Untersuchungen bei Umfragen erzielt wurden.⁷

Während noch im Jahre 1950 die Demokratie als Staatsform vom größeren Teil des Volkes abgelehnt wurde, erklärten im Jahre 1953 57 % der Bevölkerung, die jetzige Staatsform sei für die Deutschen die beste. Während der Bundestag noch vor eineinhalb Jahren ein verhältnismäßig geringes Ansehen hatte, denken heute 59 % der Bevölkerung über den Bundestag gut. 36 % der Bevölkerung halten die Bundestagswahl für das wichtigste öffentliche Ereignis im Jahre 1953; an zweiter Stelle rangiert mit 7 % der Tod Stalins.⁸

Diese positive Einstellung der Bevölkerung zur Politik, zur Demokratie und zur Bundesregierung eröffnet uns auch die Möglichkeit, den Mitgliederstand der Partei etwas zu heben. Die Partei zählt z.Z. rund 230.000 Mitglieder. Das scheint mir für die Verantwortung, die die Partei zu tragen hat, entschieden zu wenig zu sein. Nach meinen Erfahrungen müßte es ohne weiteres durch eine intensive Mitgliederwerbung möglich sein, die Zahl der Mitglieder zu verdoppeln. Es handelt sich im allgemeinen nur darum, die uns ohnedies nahestehenden Kreise darauf wirklich einmal ernsthaft anzusprechen.

Die Analyse über die Bedeutung der Konfessionen bei der Wahl hat folgendes ergeben: Der Stimmenzuwachs im gesamten Bundesgebiet einschließlich des Landes Bayern verteilt sich ungefähr gleichmäßig auf beide Konfessionen. Wenn wir Bayern ausklammern und nur das Gebiet der CDU nehmen, dann ergibt sich ein Überhang zugunsten der evangelischen Bevölkerung. Bei der Gesamtanalyse der CDU-Wähler ergibt sich immer noch, daß der größere Teil aus dem katholischen Raum kommt. Es muß aber festgehalten werden, daß mit dieser Bundestagswahl zum ersten Mal ein großer Einbruch in die Ressentiments im evangelischen Raum erzielt worden ist.

7 Die Wahlbeteiligung betrug 1953 86 % gegenüber 78,5 % im Jahr 1949. – Auf welche Umfragen sich Heck stützt, konnte nicht ermittelt werden.

8 Jossif Wissarionowitsch Stalin (geb. 1879), 1922–1953 Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, war am 5. März 1953 gestorben.

Man kann annehmen, daß das Zusammengehen der beiden Konfessionen im politischen Raum grundsätzlich nicht auf Abneigung bei der Bevölkerung stößt; wohl stehen hier erhebliche antiklerikale, teilweise antikatholische und auch antichristliche Ressentiments im Wege. Aus der Analyse kann geschlossen werden, daß die Arbeit des Evangelischen Arbeitskreises⁹ – der bisher schon einen Anteil daran hat – nicht nur aufrechterhalten, sondern auch noch mehr intensiviert werden muß; denn wenn man unsere Wählerschaft daraufhin untersucht, inwieweit sie einen festen Stamm bildet, dann wird man sagen müssen, daß im evangelischen Raum die labile Wählerschaft einen wesentlich höheren Prozentsatz ausmacht als im katholischen Raum.

Bedeutsam scheint mir auch folgende Tatsache zu sein: Im Zonengrenzgebiet haben die CDU-Stimmen um 6,7 % mehr zugenommen als in den übrigen Wahlkreisen. In den Gebieten also, die dem Gefahrenherd näher liegen, wird die Politik der Bundesregierung besser verstanden, und es wird ihr mehr zugestimmt als anderswo. Ich glaube nicht, daß dieses Ergebnis darauf zurückzuführen ist, weil in den Zonengrenzgebieten sehr viel parteipolitisch gearbeitet wurde. Hier wird aber für uns in Zukunft ein weites Arbeitsfeld liegen. Diese Tatsache wird noch durch die – allerdings auf einer geringen Basis beruhenden – Erhebung unterstrichen, daß die Sowjetzonenflüchtlinge mit überwältigender Mehrheit die CDU gewählt haben. Soweit wir die Ergebnisse aus den Lagern ablesen können, beträgt hier der Anteil über 90 %.

Bei der Jungen Union hatte es zunächst den Anschein, als ob der überwältigende Sieg der Union durch die positive Entscheidung der Jungwähler bedingt sei. Eine sehr sorgfältige Untersuchung, die sich auf die Sondererhebungen in den einzelnen Ländern stützt, hat jedoch ergeben, daß diese Annahme nur bedingt richtig ist. Die Jahrgänge zwischen 21 und 30 Jahren haben sich in einem viel größeren Umfang weniger an der Wahl beteiligt als die übrigen Jahrgänge.

Die jüngere Generation bevorzugt die großen Parteien; also die SPD und die CDU, davon die SPD in größerem Maße als die CDU. Ein Vergleich der CDU-Stimmen der jüngeren Generation zwischen 21 und 30 und der übrigen Altersgruppen ergibt, daß die Stimmen der jüngeren Generation etwas geringer sind als bei den Wählern über 30 Jahren. Es ist aber anzunehmen, daß eine höhere Wahlbeteiligung der jüngeren Generation durchaus der CDU zugute kommen könnte.

Es ist deswegen notwendig, die Arbeit bei der jungen Generation wesentlich zu intensivieren. Die Junge Union, die sich in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen dieser Aufgabe teilweise mit gutem Erfolg angenommen hat, war durch ihre bisherige Ausstattung nicht in der Lage, dieses Problem zu lösen. Über diese Angelegenheit sollte sich der Parteivorstand einmal sehr ernsthaft unterhalten.

⁹ Der EAK war auf der ersten Bundestagung vom 14. bis 16. März 1952 in Siegen gegründet worden. Vgl. Peter EGEN: Die Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU [1971]. Zur Intensivierung der Werbung bei Protestanten sollte ein Flugblatt in Millionenaufgabe verbreitet werden: „Wir Evangelischen in der CDU“ (NL Strickrodt ACDP I-085-053).

Die tatsächlichen Verluste der SPD sind erheblich stärker, als dies bei einer oberflächlichen Betrachtung des Wahlergebnisses zum Ausdruck kommt. Es ist zu berücksichtigen, daß die Verluste der KPD¹⁰ zum weitaus größten Teil der SPD zugute gekommen sind.

Die SPD ist in ihrem Wählerstand durchaus nicht mehr so fest gefügt und unantastbar, wie das einmal gewesen sein mochte; im Gegenteil, man wird auch bei der SPD von einem erheblichen Teil sehr labiler Wähler reden können. Interessant ist eine Aufschlüsselung der jungen Generation. Hierbei ergibt sich, daß das Übergewicht für die SPD aus den Reihen der Jungarbeiter kommt. Auch hier gilt es, sich für die Junge Union einzusetzen und die Arbeit zu vertiefen.

Die SPD besitzt in ihrem ursprünglichen Bereich, nämlich der Arbeiterschaft, nicht mehr ein absolutes Vertrauen. Das müßte für uns ein besonderer Anlaß sein, uns hier in unserem Sinne zu bemühen. Wir haben schon zur Vorbereitung der Bundestagswahl vor über einem Jahr in den einzelnen Landesverbänden Sozialsekretäre bestellt, deren Aufgabe es ist, die in den Betrieben auf konfessioneller Basis geschaffenen Betriebsgruppen zusammenzufassen und zu koordinieren, sie in ihrer Arbeit zu unterstützen und für uns zu gewinnen. Aber diese Arbeit ist leider etwas hängengeblieben.

Hier muß ich ein Problem offen ansprechen, weil zwischen den Parteinstanzen und den Sozialausschüssen teilweise ein gewisses Mißtrauen vorhanden ist. Dieses Mißtrauen muß beseitigt werden. Es wäre vielleicht zweckmäßig, wenn in der Interpretation zur Satzung, die vorgesehen ist, etwas über das Verhältnis der Vereinigungen in der CDU – Kommunalpolitische Vereinigung, Sozialausschüsse und Junge Union – gesagt würde. Laut Statut, wie es in Goslar beschlossen worden ist, ist es Sache des Parteiausschusses, dieses Verhältnis festzusetzen.¹¹

Es hat sich gezeigt, daß bei Wahlbündnissen die Wählerschaft unseren Parolen gefolgt ist, nicht aber den Parolen der FDP. Unsere Wähler waren zu einem großen Teil nicht bereit, FDP-Kandidaten zu wählen, dagegen haben die DP- und FDP-Leute im großen und ganzen den CDU-Kandidaten gewählt. Eine Ausnahme hiervon macht nur Hamburg.

Auch hinsichtlich der Kandidatenaufstellung ist im allgemeinen bei dieser Wahl die Union als die Partei des Kanzlers gewählt worden. In einigen Wahlkreisen ist es Kandidaten gelungen, erheblich mehr Stimmen auf ihre Person zu vereinigen, als die Union Stimmen bekommen hat. Dies ist in der Auswertung sehr verschieden zu bewerten. Wenn ein Wahlkreis zu 70 oder 80 % für uns stimmt, dann läßt sich darüber hinaus kaum etwas erhoffen, aber es gibt einige Wahlkreise, in denen deutlich wurde, daß entweder die Persönlichkeit des Kandidaten den Erfolg gebracht hat, oder es lag daran, daß der Kandidat bereits in den Jahren 1949/53 Abgeordneter war und regelmäßig in seinem Wahlkreis gearbeitet hat.

10 1949 hatte die KPD 5,7 % der Stimmen erreicht, 1953 waren es 2,2 % der Zweitstimmen.

11 Druck: CDU, 1. Parteitag S. 174–176; FLECHTHEIM 1 S. 201–204.

Man wird sagen müssen, daß es die Partei in der Hand hat, zwei bis drei Prozent mehr Stimmen durch eine gute Kandidatenaufstellung zu erreichen. Das mag bei den letzten Wahlen keine große Rolle gespielt haben, aber es könnten doch Verhältnisse eintreten, bei denen es auf ein oder zwei Prozent ankommt.

Neben der Erhöhung der Mitgliederzahl ist es notwendig, daß die Mitglieder auch ihren Beitrag bezahlen. Auf diesem Gebiet sieht es in einem Teil der Landesverbände geradezu trostlos aus. Es ist aber nicht so, daß die Mitglieder nicht zahlungswillig sind, sondern es ist so, daß zu einer großen Zahl von Mitgliedern noch niemand gekommen ist, um den Beitrag einzukassieren. Dieser Zustand scheint mir doch einfach untragbar zu sein.

Ich bin nicht der Auffassung, daß die CDU eine Kaderpartei wie die SPD werden soll, daß sie aber auch nicht eine so labile Wählerpartei bleiben darf wie bisher. Daher darf das System der hauptamtlichen Geschäftsführer, mit denen wir die Vorarbeiten der Bundestagswahl begonnen hatten, nicht aufgegeben werden.

Wir haben in der nächsten Zeit Landtagswahlen durchzuführen. Wir haben im Jahre 1957 eine Bundestagswahl zu gewinnen. Wir wissen nicht, ob die Voraussetzungen dann so günstig sein werden, wie sie im Jahre 1953 waren. Es ist ganz klar, wenn innerhalb weniger Monate 195 Kreisgeschäftsführer angestellt werden müssen, für deren Besoldung nur ein Betrag von DM 400,- monatlich zur Verfügung steht, dann ist es unmöglich, auf Anhieb gute und qualifizierte Kräfte zu bekommen. Es hat sich bei dem Wahlkampf herausgestellt, wer für dieses Geschäft taugt oder nicht. Die nichts taugen, die müssen eben ausgewechselt werden.

Ich möchte das System so ausbauen, daß jeder Wahlkreis einen hauptamtlichen Geschäftsführer hat. Zur Intensivierung der Arbeit halte ich es für notwendig, daß diese Kreisgeschäftsführer motorisiert sind und jeder Wahlkreis mit einer Lautsprecheranlage und bis zur Bundestagswahl im Jahre 1957 auch mit einem Filmgerät ausgerüstet ist.

Die Erfahrungen haben auch gezeigt, daß eine engere Zusammenarbeit zwischen der Bundesgeschäftsstelle und der Fraktion notwendig ist. In dieser Hinsicht haben bereits Besprechungen stattgefunden. Es wird in Zukunft so sein, daß der Bundesgeschäftsführer an den Fraktionsvorstandssitzungen teilnehmen kann und daß ferner die Referenten der Bundesgeschäftsstelle an den Arbeitskreisen der Fraktion, für die sie in ihrem Fach zuständig sind, teilnehmen können. Außerdem finden allwöchentlich regelmäßig Besprechungen zwischen dem Fraktionsgeschäftsführer, dem Bundesgeschäftsführer und dem Leiter der Presseabteilung bei der Bundesgeschäftsstelle statt. Darüber hinaus hat der geschäftsführende Vorstand beschlossen, in Zukunft zu seinen Sitzungen regelmäßig Herrn Dr. Krone¹² hinzuzuziehen. Ich glaube, hierdurch

12 Dr. Heinrich Krone (1895-1989), 1949-1969 MdB (CDU), 1951-1955 Geschäftsführer, 1955-1961 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 69 Anm. 39.

ist eine gute Zusammenarbeit zwischen der Fraktion und der Bundesgeschäftsstelle gewährleistet.

Von den Landesverbänden wird gewünscht – wie ich dies bei meinen dortigen Besuchen festgestellt habe –, daß die Partei als solche politisch stärker in Aktion tritt, d.h. praktisch, die Ausschüsse der Partei sollten in der Form, in der dies möglich ist, an den politischen Entscheidungen, die im Bundestag gefällt werden müssen, beteiligt werden. Sie sollen dort, wo es geeignet und zweckmäßig erscheint, zu den im Bundestag zu behandelnden Problemen Stellung nehmen. Diese Stellungnahmen sollen über den geschäftsführenden Vorstand oder über den Vorstand in Form von Empfehlungen an die Fraktion weitergeleitet werden. Auch darüber wird noch gesprochen werden müssen.

Dann haben wir noch ein Mandat des Parteitag von Karlsruhe, die Satzung zu überarbeiten.¹³ Dieser Auftrag ist noch nicht in Angriff genommen worden. Es wäre daher zweckmäßig, darüber zu befinden, wer diese Aufgabe übernehmen soll. Die Satzung bestimmt, daß je angefangene 25.000 Wählerstimmen ein Delegierter von den Landesverbänden zum Parteitag entsandt wird. Das bedeutet, daß in Zukunft 536 Delegierte zum Parteitag entsandt werden müssen. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß es kaum möglich ist, 380 Delegierte zu entsenden, und zwar aus rein finanziellen Gründen. Man wird also diesen Punkt bei der Satzungsberatung berücksichtigen müssen.

Darüber hinaus ist die Frage der politischen Schulungs- und Bildungsarbeit zu besprechen. Es zeigt sich immer wieder, daß auch viele unserer Parteifreunde, soweit sie eine Aufgabe an irgendeiner Stelle in der Partei haben, politisch nicht genug orientiert sind. Es wird notwendig sein, das politische Niveau dieser Parteifreunde zu heben.

Der Bericht des Herrn Bundesschatzmeisters¹⁴ hätte eigentlich vorausgehen müssen. Alle diese Aufgaben erfordern erheblich viel Mittel. Die entscheidende Frage wird sein: Können die Mittel für diese Aufgaben aufgebracht werden, und welche Rangordnung soll in der Durchführung der Aufgaben eingehalten werden?

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ehe ich auf die Ausführungen von Herrn Heck eingehe, darf ich ein Wort über die Nichtöffentlichkeit dieser Vorstandssitzung sagen. Ich bitte Sie, sich damit einverstanden zu erklären, daß ein offizielles Pressekommuniqué herausgegeben wird, daß wir aber im übrigen der Presse aus den bekannten Gründen keine Mitteilungen machen.

Wir können uns in dieser Beziehung wirklich ein Beispiel nehmen an der Disziplin der Sozialdemokratischen Partei, über deren Parteivorstandssitzungen nur mit größter

13 Karlsruhe, 18.–21. Oktober 1951. Der Beschluß lautete: „Der Vorstand der CDU wird beauftragt, eine Überarbeitung des Parteistatuts vorzunehmen und dem nächsten Parteitag eine Vorlage hinsichtlich Änderungen und Ergänzungen zu machen ...“ (Druck: CDU, 2. Parteitag S. 167).

14 Schatzmeister war Ernst Bach, dessen Bericht als Punkt 2 der Tagesordnung vorgesehen war.

Mühe auf allen möglichen krummen Wegen etwas zu erfahren ist. Bei uns ist das gewöhnlich anders. Ich gehe die krummen Wege nicht. Ich höre nachher, was bei den krummen Wegen herausgekommen ist. Das ist doch die Hauptsache!

Wir schulden nun zunächst herzlichen Dank allen denen, die an dem guten Ergebnis dieser Wahl Verdienst haben. Das gilt für den engeren Vorstand, für die drei geschäftsführenden Herren, für die Mittwoch-Konferenz¹⁵, die wir gehabt haben, aber auch für alle diejenigen, die sich um die Finanzfragen bemüht haben; das gilt für die Bundestagsfraktion in den vergangenen Jahren, für die Bundesgeschäftsstelle, insbesondere auch für den Bundesgeschäftsführer, Herrn Heck.

Meine Freunde! Dieser Dank gilt allen Rednern, die sich in diesem Wahlkampf eingesetzt haben, und auch den zahlreichen jungen Leuten, die oft unter Einsetzung ihrer Fäuste den Plakatkrieg geführt haben. Mir sind eine Reihe von Fällen bekannt, wo junge Leute im Alter von 16 bis 18 Jahren in ausgezeichneter Weise den Plakatkrieg geführt haben.

Zu dem Bericht darf ich einige Ausführungen vorwegnehmen. Sie haben den Bericht schon schriftlich vor einiger Zeit bekommen. Hoffentlich haben Sie ihn gelesen und ihn nicht wieder vergessen. Ich habe Herrn Heck gebeten, heute hier das Wesentlichste daraus vorzutragen. Es ist vielleicht richtig, ohne daß deswegen die Diskussion beschnitten werden soll, wenn wir über die wesentlichen Punkte sprechen, die Herr Heck angesprochen hat.

Meine Freunde! Lassen Sie mich noch einen Vorschlag machen, daß wir vorbehaltlich eines Beschlusses des Parteiausschusses, der das bestätigen muß, den Bundesgeschäftsführer, Herrn Dr. Heck, der sich ausgezeichnet bewährt hat, dem Vorstand kooptieren. Das sind wir ihm und seiner Arbeit schuldig. Das soll aber nicht für den Bundesgeschäftsführer generell gelten, sondern nur für die Person des heutigen Bundesgeschäftsführers, für Herrn Heck. (*Zustimmung und Beifall.*) Herr Heck, ich bitte Sie, in diesem Votum auch eine Anerkennung Ihrer Arbeit zu erblicken.

Daß wir im Jahre 1953 eine sehr günstige Konjunktur gehabt haben, ist völlig klar. Ich möchte Sie bitten, heute in der Diskussion nicht das Thema „gesamtdeutsche Wahlen“ anzuschneiden; wenn die Berliner Konferenz¹⁶ weiter fortgeschritten ist und irgendwelche Aussichten zeigt, dann werden wir zusammentreten zu einer besonderen Vorstandssitzung und dieses Thema in der nötigen Breite erörtern. (*Zustimmung.*) Zur Frage der Überarbeitung der Satzung hat sich Kollege Zimmer damals bei der

15 Neben Adenauer, Bundesgeschäftsführer Heck und dem geschäftsführenden Vorstand (Kiesinger, Tillmanns, Wuermeling) nahmen in der Regel an diesen Besprechungen teil die Herren Bach, Kaiser, Ehlers, Lenz, Globke, Rust, Blankenhorn und von Eckardt (TERMIN-KALENDER).

16 Konferenz der Außenminister der vier Hauptsiegermächte vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 (AdG 1954 S. 4348, 4361, 4372, 4383ff.; Reden und Dokumente in: Die Viererkonferenz in Berlin 1954. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Berlin [1954]; umfangreiche Presseunterlagen in ACDP VII-005-080; RUIPEPER; THOSS/VOLKMANN; KABINETTSPROTOKOLLE S. 59–61).

Schaffung der Satzung sehr große Verdienste erworben.¹⁷ Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind, ihn auch heute wieder in erster Linie darum zu bitten, die Überarbeitung vorzunehmen. Es bleibt nur noch übrig, daß wir ihm zwei oder drei Herren – wenn Sie noch mehr haben wollen, dann können Sie sie haben – zur Seite stellen.

Zwei Punkte, von denen Herr Heck gesprochen hat, möchte ich hervorheben. Er hat von der Konjunktur gesprochen. Konjunkturen sind sehr veränderlich, auch im politischen Geschäft. Während bis vor Weihnachten bei diesen Testbefragungen die Zahl der Leute, die sich für die Bundesregierung aussprachen, bis auf 61 % gestiegen war, ist sie seit dieser Zeit in einem leichten Absinken begriffen. Ich führe dies auf zwei Umstände zurück, einmal auf die Weihnachtsgratifikation für Beamte und zum anderen auf die Zahlungen an die Heimkehrer. Da sind, das gebe ich ohne weiteres zu, auch als Bundeskanzler, politische Fehler begangen worden, die man hätte vermeiden können. Ohne daß man durch die politischen Fehler Geld gespart hat, hat man sich die Gunst mancher Leute verscherzt.

Ich führe das nur als Beispiel dafür an, wie sorgsam man immer darauf achten muß bei unserer ganzen Arbeit, daß man nicht unnötigerweise seinen Ruf bei den Wählern der Beeinträchtigung aussetzt. Ich unterstreiche: unnötigerweise! Wenn es notwendig ist, muß man natürlich den Mut haben, auch so zu handeln, daß man sich der Gefahr aussetzt, unpopulär zu werden, aber wenn es nicht notwendig ist und namentlich, wenn man nachher doch kehrtmacht, dann sollte man lieber nicht in dieser Richtung zunächst marschieren, weil man diesen Weg doch nicht bis zum Ende gehen kann.

Die Frage der jungen Wähler scheint mir eine der wesentlichen und wichtigsten zu sein, die wir überhaupt zu erörtern haben. Sie haben gehört, daß die erste Annahme, daß die jungen Wähler vornehmlich unsere Partei gewählt hätten, nicht zutreffend ist. Ich nehme an, Herr Heck, daß das von Ihnen berücksichtigte Material so groß war, daß man wirklich Schlüsse nach dieser Richtung ziehen kann. Das ist dann ein bedenkliches Zeichen. Wir dürfen unter keinen Umständen eine Partei der alten Leute werden, sondern wir müssen eine Partei der Jugend werden und bleiben. Daher muß in den Ländern, in denen die Junge Union bisher nicht lebendig und kräftig ist, mehr darauf geachtet und mit der Arbeit begonnen werden. (*Zu jemand gewandt, der das Fingerzeichen für Geld macht.*) Machen Sie dabei nicht so mit den Fingern! Wenn Sie daran denken, was Herr Heck gesagt hat, daß in einer Reihe von Kreisen seit vielen Jahren niemand gewesen ist, der überhaupt das Geld gefordert und angenommen hat, dann sollte man doch zunächst im eigenen Hause sehen, ob man nicht dort irgendwie Geld beschaffen kann, ohne darauf zu warten, von irgendeiner zentralen Stelle Geld zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Ganz zweifellos spielt dabei die Arbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes an den Jungarbeitern eine erhebliche Rolle. Da ist ein sehr wunder Punkt. Ob wir den

17 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. VIII–XIV.

durch Einwirkungen auf den Deutschen Gewerkschaftsbund zur Heilung bringen, das ist mir mehr als zweifelhaft. Wir werden also versuchen müssen, in irgendeiner Weise dafür zu sorgen, daß wir selbst die Sache in die Hand nehmen. Dazu gehören allerdings Mittel. Ich habe gestern mit Herrn Heck darüber gesprochen. So viel Mittel, wie er wünscht, wird man kaum zur Verfügung stellen können, aber auf dem Gebiet müssen wir unbedingt etwas tun!

Herr Heck hat von dem Verhalten bei Wahlabkommen gesprochen. Ich möchte ein Wahlabkommen erwähnen, das eigentlich sehr enttäuschend gewesen ist: das Wahlabkommen mit dem Zentrum.¹⁸ Lassen Sie mich das in aller Offenheit hier sagen. Wir haben uns damals mit dem Zentrum die größte Mühe gegeben, um zu einem vernünftigen Wahlabkommen zu gelangen. Aber wenn mein Gedächtnis mich nicht trügt, dann war das Wahlabkommen fix und fertig, und dann wurde vom Zentrum einfach erklärt: Wir halten es nicht! (*Arnold*: Aber das Zentrum wurde dezimiert!) Ja, verehrter Herr Ministerpräsident Arnold! Ich sehe mich noch in Oberhausen auf dem Marktplatz stehen, um eine donnernde Wahlrede für das Zentrum zu halten, (*Arnold*: Es war doch eine Großkundgebung!) – eine Großkundgebung – aber immerhin, der von mir so empfohlene Zentrumsabgeordnete Brockmann¹⁹ ist meines Wissens bisher nicht im Bundestag erschienen, obgleich damals ausgemacht worden war, daß die Zentrumsabgeordneten Hospitanten unserer Fraktion werden sollten.

Also, dieses Wahlabkommen, das muß in aller Offenheit und Entschiedenheit gesagt werden, war ein vollkommener Fehlschlag, und zwar deswegen, weil die andere Seite das Wahlabkommen einfach nicht gehalten hat. Das möchte ich nur der Vollständigkeit halber erwähnt haben. Wenn die Landtagswahlen für Nordrhein-Westfalen²⁰ kommen, wird die Frage des Zentrums eine besondere Rolle spielen.

Ich möchte noch kurz von dem Eindruck sprechen, den ich bei zahlreichen Wahlversammlungen bekommen habe. Ich bin – das möchte ich an die Adresse unseres Kollegen Strauß sagen – am begeistertsten empfangen worden in München; ebenfalls bin ich begeistert empfangen worden in Regensburg. Damit möchte ich gleichzeitig den Kollegen Strauß begrüßen als Vertreter der CSU. Dort in Bayern habe ich die tröstliche Gewißheit bekommen, daß CDU und CSU in der Masse ihrer Wähler im Grunde genommen sehr fest und treu zusammenstehen.

Darf ich um Wortmeldungen zu dem Bericht von Herrn Heck und zu den allgemeinen Ausführungen über die vergangenen Bundestagswahlen bitten. Das Wort hat Herr Wackerzapp.

Wackerzapp: Die vorgetragene Analyse war außerordentlich gründlich; nur vermisse wir noch eine Angabe darüber, ob die Vertriebenen zugunsten der CDU

18 Zu dieser Diskussion vgl. PROTOKOLLE I S. 531, 593, 599. – Texte des Abkommens in ACDP III-002-256.

19 Johannes Brockmann (1888–1975), 1946–1958 MdL Nordrhein-Westfalen, 1953–1957 MdB (fraktionslos). Vgl. PROTOKOLLE I S. 536 Anm. 38. – Die Kundgebung in Oberhausen war am 4. September 1953 (TERMINKALENDER).

20 Am 27. Juni 1954.

oder zugunsten anderer Parteien gestimmt haben. Es wäre im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen notwendig, auch in dieser Hinsicht noch statistische Untersuchungen anzustellen, um zu wissen, in welchen Kreisen und Bezirken der Faktor der Vertriebenen berücksichtigt werden muß.

Wir wissen, daß der BHE weit über Gebühr mit Mandaten belohnt worden ist. Er hat kaum die 5%-Grenze überschritten und dennoch 25 Abgeordnete bekommen. So viel Mandate haben wir in der CDU nur mit über 3,5 Millionen Stimmen bekommen können! Auf diese Dinge sollten wir unsere Aufmerksamkeit insbesondere bei den Landtagswahlen lenken.

Heck: Die Zahl von 3,5 Millionen Flüchtlingswählern ist eine Schätzung. Ich habe bei der Analyse der Bundestagswahl nur das berücksichtigt, was exakt statistisch erfaßt worden ist. Es sind in sämtlichen Ländern Sondererhebungen nach Konfessionen und Altersstufen gemacht worden, aber nicht nach Einheimischen und Vertriebenen, so daß statistisches Material für eine solche Analyse nicht vorliegt. Eine genaue Erfassung in dieser Richtung ist also nicht möglich.

*Fricke*²¹: In Niedersachsen ergibt sich in dieser Hinsicht ein ziemlich klares Bild. Im Landesverband Braunschweig hat der BHE die Hälfte der Stimmen verloren. Herr Kessel²² hat in Goslar-Stadt kandidiert, und der BHE hat einmal in diesem Wahlkreis von 16 % der Stimmen, die er gehabt hat, die Hälfte verloren, und auch Herr Kessel ist in Goslar-Stadt von 3.500 Stimmen auf 1.600 zurückgefallen. Der Zuwachs der CDU-Stimmen bei uns und an der Zonengrenze beweist, daß die Flüchtlings- und Vertriebenenstimmen ausschließlich zu uns gekommen sind.

Ehlers: Meine Damen und Herren! Ich halte es für erforderlich, daß ich zu den Ereignissen seit der Bundestagswahl etwas sage, besonders deshalb, weil Herr Dr. Heck die Frage der Anteilnahme der verschiedenen Konfessionen angeschnitten hat. Sie wissen ja, daß bestimmte Ausführungen von mir, insbesondere nach der Regierungsbildung ein sehr weites, manchmal nicht zutreffendes Echo gefunden haben.²³ Ich glaube, daß diese Dinge von mir auf das notwendige und richtige Maß zurückgeführt werden müssen.

Es ist kein Zweifel, daß der starke Einbruch im evangelischen Bereich, insbesondere in Schleswig-Holstein, wo es am überzeugendsten ist, weil dort sämtliche

21 Dr. Otto Fricke (1902–1972), 1951–1968 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Braunschweig. Vgl. PROTOKOLLE I S. 53 Anm. 31.

22 Friedrich von Kessel (1896–1975), Mitgründer des BHE, 1951–1959 MdL Niedersachsen, 1951–1957 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und stv. Ministerpräsident, 1950–1955 Landesvorsitzender, 1955–1958 Bundesvorsitzender GB/BHE (1960 Parteiaustritt).

23 Ehlers hatte in einer Rede am 21. Oktober 1953 im Bayerischen Rundfunk das nach seiner Auffassung bestehende Mißverhältnis zwischen Katholiken (sieben) und Protestanten (drei) im Kabinett, soweit sie von der Union gestellt wurden, kritisiert und davon gesprochen, die FDP sei „überbezahlt“, die CSU hingegen zu wenig berücksichtigt (vgl. „Frankfurter Rundschau“ und „Münchener Merkur“ vom 22. Oktober 1953) und damit ein lebhaftes Presseecho ausgelöst (NL Ehlers ACDP I-369-09/6).

Abgeordneten von der CDU direkt gewählt wurden, von Bedeutung ist. Aber – und das ist von Herrn Heck völlig richtig gesagt worden – damit hat noch keine endgültige Hinwendung weitester evangelischer Kreise zur CDU stattgefunden.

Es ist kein Zweifel, daß sich die deutschen Wähler, insbesondere aber die protestantischen Wähler, weithin bestenfalls im Zustand eines labilen Gleichgewichts befinden und daß dieses labile Gleichgewicht immer in der Gefahr schwebt, manchmal durch belanglose Kleinigkeiten nach dieser oder nach jener Seite gebracht zu werden. Wir haben durch die Arbeit des Evangelischen Arbeitskreises, insbesondere durch die große Verbreitung der Monatsbriefe „Evangelische Verantwortung“²⁴ nach meinem Eindruck eine sehr positive Einflußnahme ausüben können. Das Besondere ist dabei gewesen – das habe ich bei meinen zahllosen Reisen und Gesprächen im Lande gespürt –, daß gerade die „Evangelische Verantwortung“ nicht nur bei Leuten angekommen ist, die sowieso Anhänger der CDU waren – da war es ja nicht so furchtbar dringlich –, sondern sie wurde auch gelesen, diskutiert und ernstgenommen von Leuten, die nicht bei der CDU gewesen sind, sondern bei Niemöller und Heinemann standen. Dort hat sie aber eine heilsame Wirkung gehabt. Das hat sich sicherlich positiv ausgewirkt.

Nun ist mir aber in zahllosen Briefen geschrieben und in Gesprächen immer wieder gesagt worden, jetzt muß aber auch sichtbar werden, daß das in irgendeiner Weise in der politischen Praxis realisiert wird. Sie wissen, daß sich Beschwerden in dieser Frage zum großen Teil nicht in den bedeutsamen Problemen und in der Kabinettsbildung niederschlagen, wengleich auch die konfessionelle Zusammensetzung einer Bundesregierung oder einer Landesregierung ihre Bedeutung hat, von Bayern ganz zu schweigen; denn wir haben nur für den Bereich der Union zu reden.

Aber die Schwierigkeiten, die sich in das Volk hineinfressen, entstehen im allgemeinen am Ort, in Oberwesel beispielsweise oder in irgendeinem Dorfe Frankens, wo sich ein paar ungeschickte Leute – sei es der Bürgermeister oder der Pfarrer, manchmal auch höheren Ranges – an die Köpfe kriegen. Ich habe mich im Wahlkampf damit herumgeschlagen, und ich muß sagen, das Eindrucksvollste, was ich erlebt habe, war in Uffenheim, wo ich am Höhepunkt des Wahlkampfes als „Folge von Ochsenfurt“²⁵ eine Versammlung gehabt habe. Dort wurde ein Kreisverband der CSU gegründet. Soviel ich weiß, ist der Kandidat in diesem überwiegend evangelischen Wahlkreis beinahe mit der größten Mehrheit gewählt worden, die überhaupt in Bayern erzielt worden ist.²⁶

Das zeigt, daß man diese Dinge aufgreifen muß. In den Gesprächen, die ich mit dem Bundeskanzler gehabt habe, waren wir uns darüber einig, daß wir sagten,

24 Organ des EAK: „Evangelische Verantwortung“. Politische Briefe des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU Bonn. Siegen 1953ff.

25 Die Weigerung des Bischofs von Würzburg, am 28. Juni 1953 gemeinsam mit dem evangelischen Dekan eine Fabrik in Ochsenfurt einzuweihen, hatte zu heftigen Protesten der evangelischen Seite geführt (vgl. PROTOKOLLE I S. 641 Anm. 118).

26 Uffenheim zählt zum Wahlkreis Ansbach, in dem Friedrich Bauereisen 51 % der Erst- und 52 % der Zweitstimmen erreicht hatte.

es muß, um einigermaßen eine hinreichende Befriedigung zu haben, etwa mit vier evangelischen Ministern, die von der CSU [!] gestellt werden, gerechnet werden. Das war nun nicht eine Erfindung von mir, sondern – lassen Sie mich das in diesem vertraulichen Kreis offen aussprechen – das steht vielleicht in der Zeitung – eine Technik, die ich nicht zu überblicken vermag.

Der erste, der mir in diesem Sinne geschrieben hat, daß man nun bei der Bildung der Bundesregierung auf eine hinreichende konfessionelle Parität Wert legen müsse, war der Herr Landesbischof Dr. Lilje, derselbe Herr Landesbischof, der allerdings 14 Tage später in der Lage ist, im „Sonntagsblatt“ ganz andere Töne anzuschlagen.²⁷ Ich darf es offen aussprechen, weil es die ganze Hilflosigkeit manchmal im evangelischen Raum und das Durcheinanderreden in diesen Dingen deutlich macht.

Ich bitte unsere katholischen Freunde, für diese manchmal sehr großen Schwierigkeiten Verständnis zu haben. Es ist nicht ganz einfach im evangelischen Lebensbereich. Mancherlei Spannungen, Ressentiments, Ehrgeiz und Konkurrenz sind vorhanden, die es vielleicht nicht nur im evangelischen Bereich – ich will dabei von „nur“ reden – gibt. Ich bitte Sie, diese Dinge unter diesem Gesichtspunkt zu sehen.

Konzentriert hat sich die Frage nachher geradezu in einer grotesken Weise auf den Postminister. Ich muß zu dem Wort etwas sagen, als unser Freund Schubert erklärt hat, ich hätte seinen Kopf gefordert. Der Bundeskanzler weiß, daß ich den Namen Schubert nie in den Mund genommen habe. Ich habe vom Postminister überhaupt erst geredet, als der Kopf längst gefallen war. (*Adenauer*: Meinen Sie jetzt den Namen des Postministers oder den Komponisten Schubert?) – Der schreibt sich ja ohne „h“ hinten! – (*Heiterkeit*.) Es ist, wenn ich richtig unterrichtet bin, von Herrn Schubert nach meiner Überzeugung allerdings nicht in zutreffender Weise erklärt worden, daß er gehen müsse, weil er nicht evangelisch sei. Ich habe, Herr Bundeskanzler, aus diesem Gesichtspunkt den Namen Schubert niemals erwähnt. Das ist nie erörtert worden. Deshalb habe ich die Erklärung des Herrn Schubert²⁸, die er in Bonn und im ganzen Bereich der Postverwaltung, vom Oberpostdirektionspräsidenten bis zum letzten Briefträger, abgegeben hat, aufs äußerste bedauert. Darum ist es nicht gegangen.

Was mir am Herzen lag, war allerdings eine Zusammensetzung der von der CDU zu stellenden Minister, in der deutlich wurde, daß wir unter uns diese Zusammenarbeit haben. Ich halte es nun einmal nicht für ausreichend, und zwar ist mir das ein ernstes politisches Anliegen, daß die evangelischen Minister von der FDP, dem BHE und der DP gestellt werden und man uns sagt, die katholischen Minister werden von der CDU gestellt. Das ist taktisch falsch. Ich persönlich bin bereit, es zu tragen, und habe Herrn Strauß immer gesagt: Und wenn alle drei Minister der CSU katholisch

27 Hanns Lilje im „Sonntagsblatt“ vom 1. November 1953 „Konfession und Politik“, vom 8. November „Der Zwang zum Miteinander“.

28 Hans Schubert war bis zum 9. Dezember 1953 im Amt geblieben und am 10. Dezember von Siegfried Balke (zunächst parteilos, ab 1. Januar 1954 CSU) abgelöst worden.

sind, dann habe ich nicht die geringsten Bedenken. Aber es ist ja nicht so, daß wir immer damit rechnen können, daß die Menschen im Lande bereit sind, jeweils dazu ihr Vertrauen auszusprechen, sondern sie sehen diese Dinge äußerlich in der Parität und stellen Erwägungen nach Prozenten, äußeren Argumenten und Momenten an.

Darum ist es mir wichtig gewesen, das zum Ausdruck zu bringen. Daß die Presse nun eine Groß- und Staatsaktion und einen Husarenritt daraus gemacht hat, das ist nun keineswegs im Sinne des Erfinders gewesen, sondern es wurde auf eine völlig falsche Ebene gebracht.

Mein Anliegen für unsere künftige politische Wirksamkeit in Deutschland liegt darin, daß wir in einer echten, äußerlich sichtbar werdenden gegenseitigen Achtung und Parität arbeiten. Da hilft nun einmal nichts! Wir haben die tragische Situation der Konfessionsspaltung und müssen in aller Nüchternheit daraus unsere Konsequenzen ziehen. Dazu beizutragen scheint mir eine sehr notwendige Aufgabe für die Zukunft zu sein.

Es wird nie so sein, daß das ohne Schwierigkeiten abgehen wird. Wir werden da Punkt für Punkt überwinden müssen und zusehen, daß wir auf diesem Weg weiterkommen. Das wird im einzelnen sehr viele Probleme aufwerfen. Ich würde nur um eines dringend bitten und darf das hier mit aller Deutlichkeit sagen: daß nicht das Aufnehmen solcher Worte sofort mit der Bezeichnung „Kulturkampf“ beantwortet wird. Ich meine, daß die Leute, die heute in den Zeitungen Aufsätze darüber schreiben, offenbar über den Inhalt des Kulturkampfes sich nur bescheidene Vorstellungen gemacht haben.

Wenn es darum ginge, einen solchen Kampf zu führen, der von der Sache her notwendig ist – und zwar könnte das gemeinsam aus evangelischer und aus katholischer Verantwortung heraus nötig sein –, dann würde ich heute immer noch bereit sein, einen Kulturkampf gegen einen oberflächlichen Liberalismus durchzuführen. Davor schreckt das Wort mich nicht.

Wenn in der „Zeit“, bei der Herr Bucerus²⁹ maßgebend beteiligt ist, in oberflächlicher Weise vage darüber berichtet wird, so scheint mir das allerdings keine Förderung der Sache zu sein. Wir erleben, daß irgendein Aufsatzverfasser in der „Zeit“ schreibt, der Herr Tillmanns habe sich zum Unterschied von mir – ich bemühte mich nur um äußere Machtpositionen – um die geistige Grundlage der Zusammenarbeit von Evangelischen und Katholiken in der CDU/CSU bemüht.³⁰ Herr Tillmanns weiß, wie wirklich dankbar wir ihm dafür sind, daß er in dieser unerhörten Arbeit und in zahllosen Gesprächen sich darum bemüht hat. Und wer verfolgt hat, wie ich in 85 Versammlungen und in Hunderten von Reden gewirkt habe, der wird mir zubilligen, daß ich mich um etwas anderes bemühe als um äußere Machtposition, weil ich der

29 Dr. Gerd Bucerus (geb. 1906), seit 1946 Verleger, 1949–1962 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE I S. 264 Anm. 17.

30 Vgl. Karl Willy Beer in der „Zeit“ vom 29. Oktober 1953 „Kein Kulturkampf“.

Meinung bin, daß man in einer politischen Partei dann berücksichtigt werden kann, wenn man sich vorher um die Fundamente dieser Partei bemüht hat.

Daher sollten sich die Leute, die darüber schreiben, über diese Dinge gründlich informieren. Dann würden sie die wirklichen Hintergründe solcher Wünsche und Forderungen verstehen und erkennen, daß es hier nicht um den Willen zur Spaltung, sondern um den Willen zur Synthese geht. (*Lebhafter Beifall.*)

*Samsche*³¹: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Der Bundespartei Vorstand sollte sich nicht damit begnügen, die Erkenntnisse und Vorschläge von Herrn Dr. Heck zur Kenntnis zu nehmen, sondern er sollte versuchen, diese in die Praxis umzusetzen. Ich möchte hier den Finger auf eine Wunde legen, an der unsere Partei immer noch krankt. Wir haben oft die Dinge an uns herankommen lassen und dann ad hoc Entscheidungen getroffen. Ich meine, daß auf die Dauer gesehen andere organisatorische Maßnahmen notwendig sind, um ein festeres Gefüge der Partei zu erreichen, insbesondere hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen dem Vorstand, den Landesverbänden, den Sozialausschüssen und der Jungen Union. Wieweit das mit der Satzung der Partei in Einklang zu bringen ist, ist nicht klar zu übersehen. Ich möchte daher darum bitten, daß die von Herrn Heck gemachten Vorschläge von einer kleinen Kommission untersucht werden, um dann zu sehen, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind.

*Dobelmann*³²: Meine Damen und Herren! Organisation und Finanzierung sind unterschiedlich anzusehen; man kann sie nicht schematisch über einen Leisten ziehen. In den Großstädten liegen die Dinge anders als auf dem flachen Land. Wenn ich feststelle, daß wir sehr wahrscheinlich in den ländlichen Kreisen so gut wie keine zahlenden Mitglieder haben, dann müßte hier vor allen Dingen der Hebel angesetzt werden. Mir sind eine Anzahl ländlicher Kreise bekannt, in denen weder eine richtige Organisation besteht noch Gelder eingekassiert werden. Ich denke vor allem an die Kreise, die eine Streusiedlung aufweisen.

Das Geldeinholen ist in den Großstädten verhältnismäßig leicht, in den Streusiedlungen bestehen jedoch große Schwierigkeiten. Im Kreise Cloppenburg liegen die Ortschaften oder Dörfer oft 8 bis 12 km auseinander. Man findet hier keine Leute, die bereit sind, solche weiten Wege zu machen und die Beiträge einzukassieren. Hier müßte man einen anderen Modus suchen. Wir sind im Wahlkreis Cloppenburg, trotzdem 78 % CDU bei der Bundestagswahl gewählt haben, soweit, daß wir nicht einmal die Telefongebühren bezahlen konnten. Wir hatten Leute genug, die bezahlen wollten, aber es war niemand da, der die Gelder einzog.

31 Ewald Samsche (1913–1957), 1949–1957 Mitglied des CDU-Landesvorstands Hamburg, zeitweise geschäftsführender Vorsitzender, 1949–1957 MdHB, 1953–1957 Senator in Hamburg (verschiedene Ressorts: Jugend, Arbeit, Bau).

32 August Dobelmann (1876–1963), 1952–1960 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbands Oldenburg.

Wir haben nun mit den Bauern vereinbart, daß sie die Gelder Monat für Monat oder alle Vierteljahre auf unser Bankkonto überweisen. Die Leute sagen in vielen Fällen, wir wollen kein Mitglied werden. Der Kreis Cloppenburg ist fast ausschließlich katholisch. Wir sind auch in Nachbarkreisen gewesen. Dort ist die Stimmung genau wie bei uns. Ich habe einen Bauern, der gleichzeitig Bürgermeister einer Gemeinde von 9.000 Einwohnern ist, gefragt, wieweit sind Sie mit der CDU-Organisation? Er erklärte, wir haben zwar überwiegend CDU gewählt, aber Mitglieder sind wir nicht. Es gibt allerhand Leute ...

Adenauer: Darf ich Sie einmal unterbrechen? Es ist noch eine Reihe von Rednern zu Wort gemeldet. Wir müssen auch noch den Bericht des Herrn Bach hören. Darf ich vielleicht alle Herren bitten, sich möglichst kurz zu fassen.

Dobelman: Nun kommt es darauf an, daß wir in den einzelnen Kreisen einen Menschen finden, der von Haus zu Haus geht und den Leuten auseinandersetzt, worum es sich handelt. Dann wird er die entsprechenden Bankaufträge bekommen. In den letzten zwei Jahren habe ich in etwa 500 Bauernhäusern gestanden. 97 % der Leute haben den Auftrag unterschrieben. Das Geld bekommen wir zusammen. Aber wieviel sind von diesen Leuten eingeschriebene Mitglieder? Kein einziger!

Es ist die Frage: Wollen wir das Geld haben, oder wollen wir Leute haben, die Mitglieder sind? Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir erst das Geld haben müssen. Wenn wir Geld haben, dann können wir organisieren. Wir haben unsere Leute erfaßt, aber Geld einziehen will keiner.

Adenauer: Gestatten Sie mir einen Satz: Seit dem Wahlerfolg ist die Neigung der Leute, der CDU beizutreten, erheblich größer, als sie vorher gewesen ist.

Zimmer: Ich habe bereits bei einer früheren Sitzung den Punkt angeschnitten. Ich darf heute darauf zurückkommen. Seit dem Jahre 1946 sind in allen Landesverbänden Tausende von Menschen idealistisch tätig für die Partei. Es ist mir ein besonderes Anliegen, unserer treuen Helfer draußen sichtbar zu gedenken. Ich schlage erneut vor, der geschäftsführende Vorstand möge Bedingungen ausarbeiten, wonach die Landesverbände Vorschläge einreichen können, damit ein Bild des Herrn Bundeskanzlers mit dessen eigenhändiger Unterschrift in einer beschränkten Anzahl als Anerkennung für die selbstlose Arbeit der betreffenden Leute herausgegeben werden kann. Wir müssen diesen Leuten etwas geben.

Weiter schlage ich vor, dem Herrn Heck die Möglichkeit zu geben, an den Sitzungen der Landesverbandsvorstände teilzunehmen, damit eine engere Verbindung zustande kommt.

Die Parität in den Ländern – das möchte ich in Anknüpfungen an die Ausführungen von Herrn Dr. Ehlers sagen – ist eine besonders wichtige Angelegenheit. Hier müssen wir unter allen Umständen für eine sachgemäße Aufklärung sorgen, auch auf lange Sicht hin, und Unebenheiten aus dem Wege räumen.

Die FDP und die SPD spielen sich immer mehr als Wahrer evangelischer Belange auf. Das müssen wir unbedingt unmöglich machen. In den meisten Fällen wird hier mit

allem möglichen faulen Zauber operiert. Hier müssen wir aufgrund exakter Unterlagen zu einer auf lange Sicht sauber ausgerichteten Politik kommen.

Adenauer: Herr Bach, wie lange brauchen Sie für Ihren Bericht? (*Bach:* 10 bis 15 Minuten!) Sagen wir 15 Minuten. Wie lange brauchen Sie, Herr Pferdenges? (*Pferdenges:* 10 Minuten höchstens. Es kommt darauf an, was Herr Bach sagt. – *Heiterkeit.*) Das Wort hat zunächst Herr Majonica³³.

Majonica: Ich bin der Meinung, daß wir uns bisher im Bundesvorstand zu wenig mit der Frage der Jungen Union beschäftigt haben. In Bayern ist die Junge Union ein normaler Landesverband. Es besteht bei der Jugend ein großes politisches Interesse, so vor allem hinsichtlich der Frage des Wehrbeitrages. Wo die Junge Union vorhanden ist – in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hessen, Rheinland-Pfalz und Hamburg –, wird gute Arbeit geleistet. Es fehlt nur an Kristallisationspunkten.

Die Junge Union hat aber nicht einmal in allen Landesverbänden eine einzige hauptamtliche Kraft. Wenn wir diese hauptamtlichen Kräfte nicht haben, kann auch die organisatorische Arbeit, die wir leisten müssen, nicht geleistet werden. Es fehlt an den nötigen Mitteln. Selbstverständlich sollte die Jugend bereit sein, auf diesem Gebiet große Opfer zu bringen, aber sie ist in einer finanziell schwachen Lage und kann deshalb die Mittel nicht selbst aufbringen. Bei unserem Deutschlandtag in Honnef³⁴, wo über 300 Delegierte waren, haben wir von der Bundespartei nur DM 2.000,- als Zuschuß bekommen. So läßt sich eine Partei auf Bundesebene nicht durchführen. Wir müssen mindestens in jedem Landesverband eine hauptamtliche Kraft für die Junge Union bekommen.

Die Zusammenarbeit mit den katholischen Jugendverbänden klappt sehr gut. Die Spitzen der katholischen Jugend waren in Honnef anwesend. Herr Ministerpräsident Arnold hat darauf hingewiesen, daß mit Jung-Kolping³⁵ sich eine sehr gute Zusammenarbeit angebahnt hat. Leider fehlt die Zusammenarbeit mit der organisierten evangelischen Jugend. Ich möchte unsere evangelischen Freunde dringend darum bitten, dafür zu sorgen, daß wir mit diesen Verbänden in ein fruchtbares Gespräch kommen. Die konfessionellen Jugendverbände stellen ein großes Kräfte-reservoir für die Junge Union dar.

Es besteht weiter das Problem der Schulungsarbeit. Hier haben wir der Gewerkschaft nur wenig entgegenzusetzen. Wir hatten angefangen, die „Werkhefte“³⁶ heraus-

33 Dr. Ernst Majonica (geb. 1920), 1950–1955 Bundesvorsitzender der Jungen Union, 1950–1972 MdB, 1979–1984 MdEP.

34 Ort bei Bonn (rechtsrheinisch). Die Tagung fand vom 11. bis 13. Dezember 1953 statt.

35 Nach Adolf Kolping (1813–1865) benannte katholische Erziehungs- und Bildungsgemeinschaft von Jungmännern und Männern (Kolpingwerk, hervorgegangen aus den Katholischen Gesellenvereinen). Die „Gruppe Kolping“ umfaßt unverheiratete Mitglieder vom 17. bis 35. Lebensjahr (hier vermutlich „Jungkolping“ genannt), die „Gruppe Altkolping“ die Verheirateten, die selbständigen Meister und Mitglieder über 35 Jahre (LThK 6 S. 402).

36 „Werkhefte der Jungen Union“ (Köllen-Verlag Bonn) von August bis Oktober 1951 nachweisbar (ACDP IV-007-197/2).

zugeben, die bei den konfessionellen Jugendverbänden sehr gut eingeschlagen haben; dann aber gingen uns die Mittel aus, und wir konnten die Dinge nicht durchhalten.

Ich hoffe, daß eine noch engere Zusammenarbeit zwischen dem Bundesvorstand und der Jungen Union erfolgt. Wir können die Partei nur schlagkräftig machen, wenn wir eine Partei der Jugend sind. Wir können die Junge Union nur mit Hilfe der CDU aufbauen. Das sind zwei Dinge, die einander bedingen. Ich bitte darum, daß der Jungen Union mehr geistige, moralische und materielle Unterstützung als bisher zuteil wird.

Gradl: Erschrocken bin ich über die Mitteilung, daß hier Kreissekretäre mit einem Gehalt von DM 400,- eingesetzt sind. Wir müssen die Kreissekretäre behalten; denn wir können über Nacht vor neue Situationen gestellt werden, auch wenn wir zum Thema gesamtdeutsche Wahlen nicht sprechen sollen. Der Apparat muß erhalten werden. Wenn ich mir vorstelle, daß als zweiter Repräsentant der CDU in einem Kreis ein Mann auftritt mit DM 400,- Gehalt, also wie eine bessere Sekretärin bezahlt wird und somit ein halbes Bettlerdasein führt, dann kann das doch keine wirkungsvolle Persönlichkeit in einem Kreis für die CDU sein.

Hinsichtlich der Arbeit an der Jugend sollten wir den Hinweis von Herrn Heck genau beachten, daß großer Wert auf die Arbeit in den Betrieben gelegt wird. Wir müssen ernsthaft damit rechnen, daß die Sozialdemokratie einen großen Wandel an sich vornimmt, so daß also die künftigen Auseinandersetzungen mit einer gewandelten Sozialdemokratie auch in den Betrieben wesentlich schwieriger als bisher sein werden. Die Reformbewegung der Sozialdemokratie, die von Berlin ausgeht, spricht eine Sprache, die gegenüber der sozialistischen Sprache vor zwei oder gar vor zwanzig Jahren geradezu sensationell ist. Es gibt dort unter dem Motto „Ernst-Reuter-Briefe“³⁷ Reformbestrebungen, in denen klipp und klar geschrieben wird: Symbole wie rote Fahne, Ausbeutung, Profit usw. sind alle überholt. Auch in der kapitalistischen Wirtschaft kann der arbeitende Mensch eine geeignete und ihn zufriedenstellende Existenz gewinnen.

Das sind Dinge, die wir bei unserer Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie um die Arbeiterschaft außerordentlich stark beachten müssen. Deshalb würde ich es begrüßen, wenn Herr Bach uns die Gewißheit geben könnte, daß in Zukunft insbesondere für die Arbeit in den Betrieben genügend Mittel zur Verfügung stehen.

Adenauer: Es sind noch gemeldet die Herren Strickrodt³⁸, Tillmanns und Cillien³⁹.

37 Die „Ernst-Reuter-Briefe“ erschienen erstmals im Dezember 1953 in Berlin und stellten mit Nr. 7 im Juni 1954 ihr Erscheinen ein. Erklärtes Ziel war die geistige Erneuerung und die Erhöhung der organisatorischen Schlagkraft der SPD. Das Redaktionskomitee bildeten Siegfried Aufhäuser, Paul Hertz, Gustav Klinghöfer, Paul Löbe, Eugen Umrath.

38 Dr. Georg Strickrodt (1902–1989), Mitgründer und 1. Landesvorsitzender der CDU Braunschweig, 1946 Wirtschaftsminister und 1946–1950 Finanzminister von Niedersachsen, seit 1954 Professor für Finanz- und Steuerrecht.

39 Adolf Cillien (1893–1960), 1949–1960 Vorsitzender der CDU Niedersachsen, 1953–1960 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 27 Anm. 39.

Sollen wir nicht zunächst den Bericht von Herrn Bach entgegennehmen und die Diskussionsreden auf heute nachmittag verschieben? Sie sind einverstanden.

BERICHT ÜBER DIE FINANZIELLE LAGE DER PARTEI
– DIE FINANZIERUNG DER WEITEREN ARBEIT

Bach: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es ist mir heute noch nicht möglich, Ihnen eine genaue Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1953 zu geben, da die Jahresabschlüsse mit der Bundesgeschäftsstelle und dem „Wirtschaftsbild“ bis jetzt noch nicht endgültig durchgeführt werden konnten.

Die Einnahmen der Bundeskasse betragen etwa	DM 2.500.000,—
zu denen die Einnahmen des Wirtschaftsbildes ⁴⁰	
in Höhe von	DM 2.665.000,—
hinzukommen, so daß sich an	
Gesamteinnahmen ergeben	DM 5.165.000,—
Demgegenüber standen an Ausgaben	DM 5.576.000,—

Bei dem „Wirtschaftsbild“ handelt es sich nicht um Einnahmen, sondern es sind etwa 1,5 Millionen, die als laufende Beträge bezeichnet werden, an die Landesverbände zurückgeflossen, wenn nämlich die Landesverbände das „Wirtschaftsbild“ benutzt haben, um auf diese Weise eine Quittung für das, was gestiftet worden ist, in die Hand zu bekommen.

Die Ausgaben betragen im einzelnen:

Bundesgeschäftsstelle	DM 887.000,—
Parteitag Hamburg	DM 90.000,—
Bundestagswahlen	DM 2.367.000,—
Arbeit im vopolitischen Raum an Schulung	DM 218.000,—
Unterstützung der Landesverbände	DM 137.000,—
Laufende Beträge des Wirtschaftsbildes	
Landesverbände	DM 1.173.000,—
Redaktion	DM 161.000,—
Persönliche und sachliche Ausgaben des	
Wirtschaftsbildes	DM 423.000,—
Umsatzsteuer Wirtschaftsbild	DM 120.000,—

(*Anhaltende Unruhe.*) Wir haben im Jahre 1953 DM 400.000,— mehr ausgegeben, als wir vereinnahmt haben. Wir haben alle finanziellen Reserven eingesetzt, um den Wahlkampf zu gewinnen. Die propagandistische Durchführung des Wahlkampfes wäre ohne diesen Einsatz unmöglich gewesen.

40 Ziel des 1949 zur Aufbesserung der Parteifinanzen gegründeten „Wirtschaftsbildes“ war die Vermittlung vertraulicher Informationen aus Wirtschaftspolitik und Gesetzgebung.

In dieser Aufstellung sind nicht die Kasseneinnahmen der Landesverbände enthalten, auch nicht die Einnahmen, die die Landesverbände von den Fördergesellschaften⁴¹ erhalten haben. Wir stehen vor der Aufgabe, die Finanzen für das Jahr 1954 völlig neu zu ordnen. (*Erneute Unruhe.*) Der größte Teil der bisherigen Gelder wurde durch den Verein für Soziale Marktwirtschaft⁴² und durch das „Wirtschaftsbild“ aufgebracht. Dadurch, daß sich der Verein für Soziale Marktwirtschaft immer mehr einschaltete, gingen selbstverständlich die Einnahmen für das „Wirtschaftsbild“ zurück. Aber auch beim Verein für Soziale Marktwirtschaft ist ein Stillstand eingetreten, weil er sich in der Umorganisation befindet, so daß wir seit dem 10. September 1953 keinerlei Einnahmen mehr zu verzeichnen haben und uns die zugesagte Summe für den Wahlfonds in Höhe von DM 450.000,- im Etat 1953 fehlt. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Ähnlich unsicher wie in der Bundeskasse sind die Verhältnisse in den Kassen der Landesverbände. Ein Teil unserer Landesvorstände hatte sich entschlossen, dem größten Teil ihrer Angestellten zum 31. Dezember 1953 zu kündigen. Die Entlassung ist aber auf Veranlassung des Herrn Bundeskanzlers unterblieben. Im ganzen beschäftigen wir im Bundesgebiet in der Bundesgeschäftsstelle, im „Wirtschaftsbild“, in den Landesverbänden und in den Kreisparteien 724 hauptamtliche Kräfte, die den Etat der CDU im Bund, in den Landesverbänden und in den Kreisparteien monatlich allein mit DM 300.000,- belasten; dabei werden die Hungergehälter von DM 400,- für die Kreisgeschäftsführer bezahlt.

Für die Bezahlung der Gehälter werden bis zum 31. März 1954 noch DM 900.000,- benötigt, von denen höchstens DM 300.000,- durch Beiträge aufgebracht werden, so daß sich also ein Defizit auf Bundes-, Landes- und Kreisebene allein an Personalkosten von DM 600.000,- ergibt. Wir stehen vor einer Anzahl von Landtagswahlen. Eine Verminderung unseres Personalbestandes wäre, insbesondere nach der siegreichen Durchführung der Bundestagswahlen, nicht zu verantworten. (*Erneute Unruhe.*) Neben diesen DM 300.000,- für Personalkosten benötigen wir mindestens DM 200.000,- für die laufenden Ausgaben, so daß sich ein echter Finanzbedarf der CDU im Bundesgebiet von monatlich DM 500.000,- – d.h. 6 Millionen im Jahr – ergibt. Dazu kommen die einmaligen Ausgaben für die Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen, die insgesamt für vier Jahre mit etwa 14 Millionen DM errechnet werden, im Durchschnitt also im Jahr 3,5 Millionen betragen. Insgesamt

41 Partei-Finanzierungsinstitute der Wirtschaft auf Landes- und Bundesebene. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 126 Anm. 42.

42 Aktionsgemeinschaft für Soziale Marktwirtschaft e.V., gegründet am 23. Januar 1953. Nach §2 seiner Satzung erstrebt der Verein „die Verwirklichung der sozialen Marktwirtschaft als freie Wettbewerbsordnung, um im Dienste einer möglichst hohen Steigerung des Lebensstandards das Privateigentum zu schützen, die Entscheidungsfreiheit der Unternehmer in den Betrieben zu bewahren und den freien Leistungswettbewerb zu sichern“. Vgl. Wolfgang FRICKHÖFFER: The „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, ASM“ (Society for the Promotion of the Social Market Economy after Ten Years of Activity.) In: The German Economic Review 2 (1964) Nr. 1 S. 70–74.

ergibt sich ein Finanzbedarf von 9,5 Millionen für jedes Geschäftsjahr, also auch für 1954.

Aufgebracht werden monatlich			
durch Beiträge	DM 100.000,-	=	DM 1.200.000,- im Jahr,
durch Wirtschaftsbild	DM 50.000,-	=	DM 600.000,- im Jahr
			DM 1.800.000,-.

(*Starke Unruhe.*) Es bleibt also ein Fehlbetrag von 7,7 Millionen, der gedeckt werden muß. Ich schlage folgendes vor:

1. Die Bundestagsabgeordneten zahlen ab 1. Januar 1954 außer ihrem Beitrag an die Bundestagsfraktion DM 70,- monatlich, wobei wir es ihnen überlassen, ob sie diesen Betrag an die Bundes-, Landes- oder Kreiskasse abführen. Das ergibt bei 189 Bundestagsabgeordneten einen Betrag von monatlich DM 13.230,-.
2. Das Aufkommen aus den Beiträgen in Höhe von DM 100.000,- monatlich muß auf mindestens DM 200.000,- im Laufe des Jahres erhöht werden. Das kann erreicht werden, wenn die Organe der Partei den Monatsbeitrag regelmäßig einziehen und versuchen, das Blatt neben den aktiven Mitgliedern einer größeren Leserschaft, die interessiert ist und der CDU nahesteht, für DM 0,50 zu verkaufen.

Um eine Kontrolle der aktiven und passiven Mitglieder zu erreichen, sollte versucht werden, für jeden Bezieher ab 1. April 1954 DM 0,05 pro Monat an die Bundeskasse abzuführen. Ich schlage vor, den Kreisgeschäftsführern für die Einziehung eine echte Prämie von DM 0,10 pro Mitglied und Abonnement zu geben. Dadurch erhalten sie einen Anreiz, zur Erhöhung der Mitgliederzahl beizutragen.

Wir haben Kreisparteien mit 5.000 und solche mit kaum 100 Mitgliedern. Sie können sich ausrechnen, welche Differenzen sich bei einem Prämiensystem ergeben würden. Wenn wir die Kreisgeschäftsführer nicht durch eine Leistungsprämie für die Mitgliederwerbung und Mitgliederpflege unterstützen, dann werden wir unser Ziel nie erreichen. (*Anhaltende Unruhe.*) Es bleiben immer noch 7 Millionen ungedeckt, die vom Verein für Soziale Marktwirtschaft aufgebracht werden müssen, und zwar müssen auf Bundes-, Landes- und Kreisebene monatlich DM 300.000,- garantiert werden. Für die Durchführung des Wahlkampfes müssen jährlich etwa 3,5 Millionen zur Verfügung stehen. Das Aufbringen der Summe durch den Verein für Soziale Marktwirtschaft ist nur möglich, wenn durch ein Parteiengesetz die Beiträge an die Parteien bis zu einem gewissen Grade – ähnlich wie bei den karitativen Verbänden – steuerfrei gestellt werden. (*Erneute Unruhe.*) Der heutige Zustand ist unerträglich. Wir sind Träger des Staates und überlegen uns Formen, wie wir Steuerhinterziehungen – ich will es hart ausdrücken – begehen können. Wir bestrafen die Menschen, die ihre staatspolitische Verantwortung dadurch ausdrücken, daß sie finanzielle Beiträge zur Unterstützung der Partei leisten, während die nur am Staat Verdienenden steuerfrei ausgehen. Das ist doch ein Zustand, der gesetzlich sobald wie möglich geändert

werden muß. (*Anhaltende Unruhe.*) Sollte der Verein für Soziale Marktwirtschaft dies nicht übernehmen können, so müßte die Finanzierung der Partei durch ein Parteiengesetz sichergestellt werden. Ein Betrag von DM 0,05 je Stimme im Monat würde eine monatliche Einnahme von DM 600.000,- und damit jährlich 7,3 Millionen ergeben. (*Unruhe.*) Wir müssen aus der Unsicherheit und aus dem Zwielicht, mit denen bisher die Finanzierung der Partei verbunden ist, herauskommen. Das gilt auch für die Angestellten und Referenten auf der Bundes-, Landes- und Kreisebene, die aus ihrer unsicheren Position herauskommen müssen. Man kann doch von diesen Frauen und Männern, die in den letzten Jahren die größten Opfer für unsere Idee gebracht haben, nicht verlangen, daß sie ihre und ihrer Familie Existenz aufs Spiel setzen, weil sie jeden Augenblick damit rechnen müssen, daß sie aus finanziellen Gründen auf die Straße geworfen werden. Ich erinnere nur daran, daß nach den so erfolgreichen Wahlen für einen großen Teil unserer Angestellten sozusagen als „Weihnachtsgeschenk“ die Entlassung vorgesehen war. Überlegen Sie einmal, welche Auswirkungen das auf die Öffentlichkeit gehabt hätte. Wir müssen auch um der Ethik willen und überhaupt aus grundsätzlichen Erwägungen heraus für klare und sichere Verhältnisse in der Partei sorgen.

Adenauer: Meine Freunde! Ich bedaure sehr, daß der Vortrag des Herrn Bach nicht die notwendige Aufmerksamkeit gefunden hat, wie sie wahrscheinlich politische Vorträge finden. Während des ganzen Vortrages herrschte Unruhe, und es wurde hin- und hergesprochen mit dem Nachbarn, auch über den Tisch hinüber. Und hier handelt es sich doch wahrhaftig bei dem, was Herr Bach gesagt hat, um die Grundlage unserer gesamten politischen Arbeit.

Herr Bach hat auch gesagt: Wir sind die Träger des Staates. Das sind wir jetzt! Wir haben im Bundestag mehr als die Hälfte aller Abgeordneten. Wir sind verantwortlich für das, was aus Deutschland wird. Man kann aber keine schlagkräftige Parteiorganisation schaffen, wenn nicht das nötige Geld da ist. Ich pflichte ihm auch darin bei – ich will nur einen anderen Ausdruck wählen als er –, daß wir mit Steueretiketten wie „Wirtschaftsbild“, Fördergesellschaften und Verein für Soziale Marktwirtschaft auf die Dauer nicht wirtschaften können. Solange wir im Stadium der Entwicklung sind, ist das eine willkommene und gute Sache, aber unser Ziel muß doch sein, auf eigenen Beinen und unabhängig zu stehen. Dazu sehe ich keinen anderen Weg als den der Werbung von Mitgliedern.

Eine Partei wie die unsrige, die die Hälfte der Abgeordneten des Bundestages stellt und nur 200.000 eingeschriebene Mitglieder hat, das ist überhaupt keine Partei. Hier sollte der Bundesparteivorstand die Landesverbandsvorsitzenden, damit sie es weitergeben an die Kreisparteien, dafür verantwortlich machen, daß dieser Zustand endlich einmal geändert wird.

Pferdmenges: Herr Bach hat gesagt, es seien monatlich DM 300.000,- für Personalkosten erforderlich. Ich kann sagen, daß die DM 300.000,- von den Gesellschaften, die hinter uns stehen, bezahlt werden. Daß es pro Monat DM 600.000,- sind, war mir bisher nicht bekannt. (*Bach:* Für die laufenden Ausgaben brauchen wir DM 300.000,-.

Für die Wahlaufgaben werden die anderen Summen benötigt, und zwar so, wie die Wahlen anfallen. Das macht bei vier Jahren 14 Millionen aus. Das ist noch sehr gering gerechnet. Wir rechnen bei uns infolge des ehrenamtlichen Einsatzes vieler Leute mit geringeren Kosten als andere Parteien, aber diese 14 Millionen sind für die Wahlen notwendig.) Ich kann Ihnen sagen, daß wir in einer Besprechung, die am nächsten Montag stattfindet, damit rechnen können, daß die CDU DM 300.000,- pro Monat bekommt. Darüber hinaus ist mir gesagt worden, daß den Ländern, in denen Landtagswahlen stattfinden, besondere Dispositionen zur Verfügung gestellt werden. Genaue Summen zu sagen, ist immer sehr schwierig. Eines ist sicher: Die Landtagswahlen haben gezeigt, daß wir das nötige Geld auf die Beine bringen. Ich würde also nicht pessimistisch sein; denn die DM 300.000,- werden gegeben. Mit den Geldern für die Wahlen werden wir nachher – zufrieden ist der Mensch nie – einigermaßen zufrieden sein.

Der Bundeskanzler und einige Bundesminister gehen zur Gedächtnisfeier des verstorbenen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Dr. Höpker Aschoff, die um 12 Uhr im Plenarsaal des Bundeshauses abgehalten wird.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat mich gebeten, den Vorsitz zu übernehmen. Das Wort hat Herr Dr. Zimmer.

Zimmer: Der Bericht von Herrn Bach ist in der Tat unerhört wichtig. Hinter den nüchternen Zahlen steht so viel, daß ich es für unmöglich halte, über diese Dinge einfach zur Tagesordnung überzugehen. Ich stelle den Vorschlag zur Erwägung anheim, einen anderen Ausschuß zu wählen, der die von Herrn Bach vorgetragene Probleme durchberät. Die Dinge sehen sich von den Ländern etwas anders als von Bonn aus an. Ich denke an die komplizierten Zusammenhänge mit der Fördergesellschaft, dem „Wirtschaftsbild“ usw. Man kann dann bei der nächsten Sitzung des Bundesparteivorstandes das Ergebnis des Ausschusses beraten.

Kiesinger: Ich begrüße diesen Vorschlag als Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes und rege an, ihn aufzunehmen. Ich schlage vor, in diesen Ausschuß neben dem geschäftsführenden Vorstand den Bundesgeschäftsführer, den Bundesschatzmeister und einige Herren aus den Landesverbänden zu wählen.

Bach: Ich möchte darum bitten, den Ausschuß so klein wie möglich zu halten. Nach meiner Auffassung müßten neben dem Bundesgeschäftsführer auch die beiden Landesgeschäftsführer der größten Landesverbände zu diesem Ausschuß gehören, weil diese Herren viele Erfahrungen haben. Es sind die Herren Dr. Schreiber⁴³ und Blank⁴⁴.

43 Dr. Hans Schreiber (1894–1968), 1945 Mitgründer und bis 1961 Landesgeschäftsführer der CDU Rheinland.

44 Josef Blank (geb. 1913), 1950–1958 Landesgeschäftsführer der CDU Westfalen-Lippe. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 16 Anm. 11.

(*Von Hassel*: Auch die ärmsten Landesverbände!) Ja, dann die Herren Dr. Fay⁴⁵ und von Hassel. (*Von Hassel*: Herr Dennhardt⁴⁶!) Das genügt. Das sind im ganzen sechs Herren.

Von Hassel: Es muß auch die Frage des Parteiengesetzes sorgfältig geprüft werden. Darum würde ich bitten, von der Fraktion des Bundestages Herrn Scharnberg und vielleicht Herrn Majonica in den Ausschuß zu nehmen.

Bach: Zu den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers möchte ich sagen, wer alter Fuhrmann auf dem Gebiete der Organisation ist, der bewundert den Optimismus des Herrn Bundeskanzlers. Selbst wenn es uns gelänge, die Mitgliederzahl zu verdoppeln und damit auch die Einnahmen, dann könnten wir nur einen ganz geringen Teil unserer Ausgaben decken. Diese Gelder reichen nicht einmal für die Ausgaben auf der Kreisebene aus. Das gibt es in keiner Partei, einschließlich der SPD, daß die Ausgaben für die politische Arbeit nur durch die Parteibeiträge gedeckt werden. Wir müssen uns also darüber ernsthaft unterhalten.

Ich habe bereits über die Angelegenheit mit Herrn Staatssekretär Hartmann⁴⁷ gesprochen. Die von mir vorgetragenen Möglichkeiten müssen in einem Ausschuß beraten werden. Ich würde noch bitten, neben Herrn Scharnberg auch Herrn Minister Dr. Schröder dazuzunehmen, weil er ja der Fachminister für dieses Ressort ist. Ohne ihn können wir nichts machen.

Kiesinger: Machen wir es nicht zu kompliziert. Wir haben einen Ausschuß zu wählen, und auf einen Mann mehr oder weniger kommt es nicht an. Wir sollten uns grundsätzlich darüber einig sein, daß dieser kleine Ausschuß von uns bestellt wird. Vorgeschlagen dafür sind der Bundesschatzmeister, der Bundesgeschäftsführer, Dennhardt, Dr. Fay, Dr. Zimmer, Blank, Dr. Schreiber und Scharnberg.

Zimmer: Ich bitte darum, das Parteiengesetz zunächst zurückzustellen. Wir können nicht alles miteinander verbinden.

Bach: Ich muß dem Kollegen Zimmer widersprechen. Wir müssen uns über die Frage unterhalten, wie die finanziellen Mittel aufgebracht werden können. Dabei kommen wir an dem Parteiengesetz nicht vorbei. Wenn wir es anders machen, so ist das verlorene Zeit.

Kiesinger: Man kann beider Ansicht sein. Ich würde vorschlagen, daß sich der Ausschuß mit den Fragen befaßt, aber zunächst davon ausgeht, wie bei den bestehenden Zuständen einiges besser gemacht werden kann. Dann sollte der Ausschuß im Benehmen mit dem geschäftsführenden Vorstand die Dinge besprechen, bevor sie in die Vollversammlung des Parteivorstandes kommen.

45 Dr. Wilhelm Fay (1911–1980), 1948–1980 Mitglied des Magistrats Frankfurt (CDU), 1952–1967 Landesvorsitzender der CDU Hessen, 1953–1970 MdL Hessen.

46 Oskar-Hubert Dennhardt (geb. 1915), Mitgründer der CDU Stormarn, 1951–1955 Landesgeschäftsführer, 1950–1954 MdL Schleswig-Holstein.

47 Alfred Hartmann (1894–1967), 1923–1935 Reichsfinanzverwaltung, 1945–1947 Bayerisches Finanzministerium, 1947–1949 Direktor der Verwaltung für Finanzen des VWG, 1949–1959 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium.

Majonica: Die Landesjugendpläne von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sind ausgezeichnet, aber der Bundesjugendplan stellt den Jugendorganisationen zu wenig Mittel zur Verfügung. Sie sind auch mit einer derartigen Fülle von Vorschriften belastet, daß sie praktisch, wenn man nicht lügt, nicht zur Auszahlung gelangen.

Der Ausschuß sollte auch über diese Frage sprechen. Darum bitte ich, ein Mitglied der Jungen Union hinzuzuziehen. Hier könnten wir auf völlig legale Weise die politische Jugendarbeit finanzieren. Es wäre sehr schade, wenn wir diese Möglichkeit außer acht ließen.

Fricke: Ich unterstreiche das, was Herr Bach gesagt hat. Wenn wir eine Lösung anstreben wollen, dann wird sich dieser Ausschuß sofort mit der Frage des Parteiengesetzes – ich nenne nur das Rubrum – beschäftigen müssen. Nach meiner Auffassung wäre die Finanzierung der Partei nach der abgegebenen Stimmenzahl eine Katastrophe; denn wir würden draußen im Lande, wenn es hieße, jetzt bekommen die Parteien 15 Millionen und davon die CDU 7,2 Millionen, die gleiche stimmungsmäßige Pleite erleben wie bei der Verzögerung des Heimkehrergesetzes⁴⁸ oder wie bei der Weihnachtsgratifikation⁴⁹.

Wir sollten nach meiner Auffassung die zweite Alternative, wie sie Staatssekretär Hartmann als möglich dargestellt hat, wählen, daß nämlich Zuwendungen an politische Parteien, die ja auch für das Allgemeinwohl arbeiten, genauso steuerbegünstigt werden wie bei den karitativen Verbänden. Es ist wesentlich, daß wir in diesen Katalog aufgenommen werden, damit unsere Freunde draußen wissen, daß sie ihre Gelder ähnlich verbuchen können wie bei Zuwendungen an karitative Verbände.

Der Herr Bundeskanzler hat recht, daß wir diese Notlösung mit der Fördergesellschaft, mit dem „Wirtschaftsbild“ usw. auf die Dauer nicht weiter betreiben können. Mir liegt insbesondere daran, weil ich im Landesverband Niedersachsen seit acht Jahren die ganze Last der Finanzierung getragen habe. Wir haben im armen Niedersachsen im Laufe der letzten einhalb Jahre vor der Bundestagswahl fast 2,5 Millionen DM zusammenbekommen; wir haben 850 Abonnenten für das „Wirtschaftsbild“ zusammengefochten, aber das hat seine Grenzen. Und diese Grenzen sind zur Stunde überschritten. Wir brauchen rasch eine Lösung für unseren Apparat, den wir bisher noch durchhalten. Wir müssen ihn durchhalten, weil im nächsten Jahr die Landtagswahlen stattfinden.

Ich möchte also die Eilbedürftigkeit unterstreichen, damit wir von den Krücken der letzten Jahre wegkommen. Wenn dies möglichst bald effektiert werden kann, dann habe ich keine Sorge, daß wir weiterkommen.

48 Das Heimkehrergesetz stand mit Änderungen und Ergänzungen während der ganzen 1. Legislaturperiode zur Beratung (Heimkehrergesetz vom 19. Juni 1950 – BGBl I S. 221, Fassung vom 30. Oktober 1951 – BGBl I S. 875, 994, vom 17. August 1953 – BGBl I S. 931); die Anträge der DP und FDP zur erneuten Änderung in der 2. Legislaturperiode wurden zurückgezogen (6. Sitzung S. 112 bzw. 41. Sitzung S. 1915).

49 Anspielung auf die Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern und Klage vor dem Bundesverfassungsgericht (vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1953 S. 476–479, 565 f., 569–571).

Kiesinger: Die Frage der Finanzierung der Parteien enthält eine weitgehende staats- und verfassungsrechtliche Problematik. Daher würde ich vorschlagen, daß der Ausschuß rechtzeitig Juristen zur Beratung hinzuzieht.

Bach: Wir schaffen nur das Gerippe. Wir haben zwei Juristen⁵⁰ im Ausschuß. Es müssen aber noch Verfassungsjuristen hinzugezogen werden. Der Ausschuß hat zu erarbeiten, wie er sich die Finanzierung der Partei für die nächsten Jahre denkt. Die zweite Arbeit ist dann, wie kann dieser Vorschlag in eine praktische Form gegossen werden.

Von Hassel: Ich möchte anregen, daß man nicht nur den Bundestagsabgeordneten, sondern allen Mandatsträgern im Lande, in den Kreisen und Gemeinden die gleiche Verpflichtung auferlegt. Es ist doch so, daß wir als politische Repräsentanten herausgestellt werden, aber die anderen kümmern sich nicht um die Dinge. Ich bin grundsätzlich dafür, aber dann sollen alle, ob Minister, Landtagsabgeordneter usw., die gleichen Lasten tragen.

Kiesinger: Ich habe zu diesem Punkt vorhin nichts gesagt. Immer wieder kommt von Zeit zu Zeit der Vorschlag, den Bundestagsabgeordneten soundso viel abzuziehen. Das beruht auf einer Mythe, die umgeht, als ob die Bundestagsabgeordneten Gelder dafür zur Verfügung hätten oder so viel bezögen, daß man das ohne weiteres tun könne.

Es ist umgekehrt und nur bei jenen Bundestagsabgeordneten anders, die neben ihren Bezügen als Bundestagsabgeordnete noch ein Einkommen haben. Tatsächlich hat der Bundestagsabgeordnete, wenn er gewissenhaft seine Mittel verwendet, so wie es vorgeschrieben ist, DM 600,- monatlich. Davon nimmt die Fraktion DM 30,- – demnächst sollen es DM 50,- sein – ab, dann hat er für seine Familie noch DM 550,-, und alles andere, was ihm gegeben ist, verwendet der gewissenhafte Bundestagsabgeordnete ohnehin für Ausgaben, die er für sein Büro, seine Sekretärin usw. braucht.

Es muß endlich einmal aufhören mit diesen dauernden Versuchen bei dem angeblichen oder vermeintlichen Reichtum der Bundestagsabgeordneten. Wir sind nur so bezahlt, daß ein anständiger Mann, der in der Industrie, in der Wirtschaft oder als Beamter erhebliche Bezüge hat, sich gar nicht mehr entschließt, in den Bundestag zu gehen. Ich bin der Meinung, daß diese ganze Diätenregelung vom Jahre 1950⁵¹, die man in völlig falscher Scham vor der Öffentlichkeit gemacht hat, verfehlt ist.

Ich bitte Sie, diesen Vorschlag, den Bundestagsabgeordneten noch weitere Gelder abzuziehen, nicht mehr aufzugreifen, sonst erleben Sie, daß sich anständige Leute überhaupt nicht mehr zur Verfügung stellen.

Bach: Diese Sache ist mit dem Geschäftsführer der Bundestagsfraktion zunächst doch abgestimmt worden. Zweitens ist es so, daß es eine ganze Menge Bundestagsabgeordneter gibt, die weit mehr bezahlen. Es gibt auch solche, die überhaupt nichts

50 Fay und Zimmer.

51 Im Text: 1949. – Gesetz vom 15. Juni 1950 – BGBl I S. 215.

bezahlen. Ich will den Bundestagsabgeordneten von Siegen erwähnen, der monatlich DM 400,- für die Partei gibt, trotzdem er es eigentlich nicht kann. Ich habe ihm gesagt: Theo, das ist doch Wahnsinn! Das geht auf Kosten deiner Familie und deiner Gesundheit. Es handelt sich um den Herrn Siebel⁵².

Also, es muß eine gewisse Ordnung hinein, damit nicht der Anständige dafür bestraft wird, während der andere leer ausgeht. Ich habe ausdrücklich gesagt, auf Kreis-, Landes- und Bundesebene, irgendwie muß jeder Anteil nehmen. Ich habe mich mit einer ganzen Menge von Abgeordneten über diese Dinge unterhalten. Es gibt Abgeordnete, die mehr tun, als sie eigentlich tun können; es gibt aber auch welche, die gar nichts tun.

Kiesinger: Ich schlage vor, über diesen Punkt jetzt nicht zu verhandeln. Ich kann nur sagen, sobald Sie davon ausgehen, daß von den Bezügen des Bundestagsabgeordneten etwas abgezweigt werden kann, dann ist das falsch. Das geht nicht. Sie müssen das Gesamteinkommen der Bundestagsabgeordneten berücksichtigen, damit wir nicht, wie das in der Öffentlichkeit dauernd geschieht, einen falschen Eindruck erwecken.

Strickrodt: Als einer, der kein politisches Mandat hat, der aber doch weiß, wie es manchmal unseren Freunden in diesen Ämtern geht, muß ich Ihnen sagen: Es geht so nicht, daß Sie immer wieder auf diejenigen die Last abladen, die sowieso ihre persönliche Existenz in einer sehr undankbaren Angelegenheit einsetzen.

Wir müssen einen klaren Strich unter alle diese Druckversuche ziehen. Wenn es auf kommunaler oder auf der Kreisebene geschieht, ist es gut, aber wir können es nicht allgemein fordern. Es gibt unsichere Existenzen, und wir wollen nicht, daß sie durch Zwang etwas geben. Es hat keinen Sinn, Herr Bach, darüber zu diskutieren.

Die Frage der Finanzierung hat Herr Hartmann rein theoretisch betrachtet. Wenn man meint, mit einer Erweiterung der Steuerabzugsfähigkeit hier etwas zu erreichen, dann unterschätzt man die sozialistische Opposition, oder man kommt zu der Aufsicht der Finanzämter über diese Dinge, die Sie ebenfalls nicht wollen.

Ich habe starke Bedenken gegen irgendwelche Abführungen zugunsten der politischen Zwecke. Privatpersonen kommen für die Finanzierung nur in beschränktem Umfange in Frage; denn sie müßten ja diese Ausgaben öffentlich belegen. (*Fricke:* Doch nicht öffentlich! Beim Finanzamt! Das ist doch nicht öffentlich!) Entschuldigen Sie, die Quittungen müssen dem Finanzamt eingereicht werden. Also, auf diesem Wege ist nicht viel zu erlangen. Es müssen öffentliche Mittel zur Finanzierung gesucht werden. Ich bin erschrocken über die kleine Summe, die genannt wurde. Es ist lächerlich, was die Wahl bei den Verbänden gekostet hat. Darf ich Sie daran erinnern, was in Amerika ein Wahlkampf kostet! Wir hören von England, daß dort bis in die letzte Disposition des Geschäftsmannes kontrolliert wird. Wenn wir uns vor Augen führen, was in den anderen Ländern seit langer Zeit auf diesem Gebiet geschieht, dann werden wir auch hier zu Vorschlägen kommen, die durchaus öffentlich

52 Theodor Siebel (1897–1975), 1947–1953 Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Siegen, 1949–1961 MdB (CDU).

vertreten werden können. Dazu ist es nötig, die öffentliche Meinung vorzubereiten. Über die verfassungsrechtlichen Fragen sollten sachverständige Leute beraten.

Fay: Ich halte es nicht für moralisch vertretbar, den Menschen, die ihre Zeit für die Allgemeinheit opfern, von ihrem Ehrensold etwas wegzunehmen. Wenn wir so weit sind, dann sollten wir uns begraben lassen. Das ist keine Methode. Außerdem kommen nur DM 180.000,- im Jahr heraus. Mit dieser Summe fangen wir nichts an.

Ein Wort zu den Ausführungen von Herrn Strickrodt: „Ich bin erschrocken über die kleine Summe, die genannt wurde.“ Es gibt Firmen in Deutschland, die ein Vielfaches dieses bescheidenen Millionenbetrages nur für ihre Werbung ausgeben; aber eine Partei, die der Träger des Staates geworden ist, die gibt viel weniger für die Propaganda und ihre Organisation aus.

Viele wehren sich gegen den Gedanken der staatlichen Finanzierung der Parteien. Sie wissen, daß ich ein Verfechter dieser Idee bin. Ich habe schon kurz nach der Bundestagswahl in einem Presse-Interview erklärt, es wird höchste Zeit, daß pro Kopf der Wähler DM 2,- aus dem Steuereinkommen gezahlt werden. Ich habe absichtlich etwas hoch gegriffen, um die Diskussion herauszulocken, wie man darüber denkt.

Ich begründe das damit: Es gibt vielleicht 2 % der Wählerschaft, die in Parteien organisiert sind. Verzeihen Sie nun das Wort, diese Narren sollen die Interessen der 98 %, die sonntags zum Fußballspiel gehen und dort ihr Geld verjubeln, finanzieren. Hier ist doch eine Kluft, die überbrückt werden muß. Es ist einfach unmöglich, daß 2 % des Volkes neben ihren Opfern an Zeit und Arbeit auch noch das Opfer an Geld für die 98 % aufbringen, die sich zudem noch an den Früchten dieser Arbeit der 2 % erfreuen.

Die logische Konsequenz ist doch die, daß man die Parteien, die die Abgeordneten stellen und staatliche Aufgaben erfüllen – und zwar entsprechen diese Aufgaben im Laufe von vier Jahren einer Etatsumme von 150 Milliarden DM⁵³ –, richtig finanziert. Die Gelder müssen natürlich zweckentbunden und ohne politischen Auftrag gegeben werden. Ich könnte Ihnen belegen, daß manches Geld, das als Spende gegeben wird, mit einem politischen Auftrag verbunden ist. Dagegen wehre ich mich. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wenn wir diesen Weg weitergehen, dann führt das zur Korruption. Ich habe einige Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt. Ich nehme es niemand übel, wenn er als Geldgeber einen politischen Auftrag erfüllt haben will, aber ich als Nehmer muß es, wenn ich ein anständiger Politiker bleiben will, ablehnen. Nun, ich habe es einmal abgelehnt – ich rede von einer Erfahrung in Hessen – und kam in eine schwere Situation, als ich acht Wochen vor dieser entscheidenden Bundestagswahl nicht mehr über einen Pfennig verfügte, so daß ich die 30 Angestellten der Organisation nicht bezahlen konnte. Ich mußte dann Schulden machen und bin schließlich darüber hinweggekommen; aber seien wir ehrlich, so dürfen wir uns als große Partei in Zukunft einfach nicht mehr benehmen. Ich lehne es ab, Bettelgänge bei Leuten zu machen, um Gelder zu bekommen, damit ich das, was unbedingt notwendig ist, überhaupt

53 Addition des Etatvolumens von vier Haushaltsjahren des Bundes.

bezahlen kann. Ich bin ein absoluter Verfechter der anständigen Finanzierung der Parteien, wobei ich mir darüber im klaren bin, daß ein Parteiengesetz notwendig ist. Aber wir sollten nicht so lange warten mit dem Parteienfinanzierungsgesetz, bis das komplizierte Parteiengesetz geschaffen ist. Es gibt die Möglichkeit einer Zwischenlösung.

Man sollte sich zunächst von dem Gedanken befreien, daß man alle schwierigen Probleme in einem Zug lösen kann. Das Parteienfinanzierungsgesetz sollte möglichst bald in Gang gesetzt werden.⁵⁴ Sollte man sich auf Bundesebene nicht zu dieser großzügigen Regelung entschließen können, dann darf ich die Bitte aussprechen, uns in den Ländern nicht verfassungsrechtlich den Weg zu verbauen. Sie dürfen sicher sein: Sollten wir in Hessen in diesem Jahr siegen, dann werden wir nicht ruhen, bis wir in Hessen unser Parteienfinanzierungsgesetz haben werden.

Nur möchte ich darum bitten, daß uns der Bund die verfassungsrechtliche Möglichkeit, ein solches Gesetz zu erlassen, nicht von vornherein beschneidet.

Kiesinger: Bei der außerordentlich großen Bedeutung dieses Themas weise ich darauf hin, daß der Vorschlag, die politischen Parteien auf diese Weise zu finanzieren, geradezu einen Strukturwandel verfassungsrechtlicher Art bedeuten würde. Es gibt in der ganzen Welt keine Verfassung, wonach die politischen Parteien auf diese Weise finanziert werden. (*Widerspruch. – Zuruf:* Glauben wir nicht!) Ich habe wenigstens kein Beispiel. Wir würden uns also in ein Gebiet mit ungeheuren Konsequenzen hineinbegeben. Ich will nicht sagen, daß ich dagegen bin, aber ich weise noch einmal auf die Konsequenzen hin; so kann z.B. bei der Stabilisierung der Parteien eine Akzentverlagerung innerhalb der staatlichen oder politischen Gewalten von solcher Bedeutung eintreten, daß man sich darüber klar sein muß, was man nun tut.

Deshalb muß die Frage vom verfassungsrechtlichen Standpunkt aus gründlich studiert werden, bevor man einen Schritt weitergeht. Dazu braucht man Fachleute. Wir können es diesem Unterausschuß nicht anvertrauen; denn er ist nicht in der Lage, diese ins einzelne gehenden verfassungsrechtlichen Überlegungen anzustellen.

Gratl: Ich bin derselben Ansicht wie Dr. Fay. Ich gehe davon aus, daß die Verfassung die Parteien als die Träger des politischen Lebens voraussetzt. Wenn sie das tut, dann muß sie auch anerkennen, daß die Parteien sauber finanziert werden und nicht in die Hände von Geldgebern kommen, von denen sie abhängig werden. Wenn das also der Logik entspricht, dann vermag ich nicht einzusehen, warum es verfassungsrechtlich nicht möglich sein sollte, ein Gesetz zuwege zu bringen, das die Sicherung der Finanzierung der Parteien in der angedeuteten Weise gewährleistet.

Wenn wir die Sache machen wollen, dann müssen wir es jetzt tun und dürfen nicht einige Jahre darüber vergehen lassen, damit wir nicht in die Situation wie

⁵⁴ Zur Verabschiedung eines Parteiengesetzes kam es erst am 24. Juli 1967 (BGBl I S. 773), obwohl die Parteienfinanzierung während der 2. Legislaturperiode verschiedentlich im Bundestag zur Sprache kam und ein Gesetz in der 207. Sitzung vom 8. Mai 1957 (Sten.Ber. 2.WP Bd.36 S. 11891) angemahnt wurde.

beim Wahlgesetz kommen, das wir im letzten Jahr verabschiedet haben.⁵⁵ Auch die Öffentlichkeit bemächtigt sich dieser Dinge, verzerrt sie, und es kommt dann nichts heraus. Wir können nichts Anständigeres tun, als vor der Öffentlichkeit klipp und klar zu erklären: Wir wollen nicht noch einmal, daß bei der Wahl zum deutschen Parlament eine solche Auseinandersetzung stattfindet, wie sie zwei Monate vor der letzten Bundestagswahl stattgefunden hat, als die Parteien sich gegenseitig mit Denkschriften und feierlichen Erklärungen vorwarfen, daß sie ihr Geld aus unklaren Quellen bezogen hätten.

Wir wünschen, daß das deutsche Volk die Gewißheit hat, daß die Parteien sauber finanziert werden. Die sauberste Finanzierung ist die offene Finanzierung aus Mitteln der Allgemeinheit, für die die Parteien tätig sind. Wenn man klarmacht, daß 5 Pfennig je Wähler und Monat kein erschütternder Betrag ist, der aber genügt, um die Parteien anständig zu finanzieren, dann wüßte ich nicht, warum man sich nicht diesem Risiko, die Dinge vor der Öffentlichkeit zu vertreten, aussetzen soll. Die Situation ist günstiger denn je. Wir haben im Parlament keine Kommunisten und sind der Peinlichkeit enthoben, daß wir ein solches Gesetz gegen eine Partei machen müssen. Alle im Bundestag vertretenen Parteien können wir mit einbeziehen. Da es eine saubere Sache ist, bin ich der Ansicht, daß wir es so schnell wie möglich durchsetzen sollten.

Kiesinger: Die Wortmeldungen sind beendet. Wenn wir dem Vorschlag von Dr. Gradl folgen, dann bleibt nichts anderes übrig, als einige Verfassungsfachleute hinzuzuziehen, um zunächst einmal ein Gutachten in verfassungsrechtlicher Hinsicht ausarbeiten zu lassen. Dann können wir vom Vorstand aus darüber sprechen.

*Wiedemeier*⁵⁶: Ich würde vorschlagen zu versuchen, von den Landesverbänden Unterlagen über die Abzüge zu bekommen, die den Abgeordneten gemacht werden. Hier wurde nur von den Bundestagsabgeordneten gesprochen. Sie werden feststellen, wenn Sie die Angelegenheit prüfen, daß auch diesbezügliche Beschlüsse für die Landtagsabgeordneten vorliegen.

Kiesinger: Bei den Landtagsabgeordneten liegen die Dinge anders; denn diese können ihren Beruf ausüben. Aber wir wollen jetzt in die Mittagspause eintreten.

Mittagspause von 12.35 Uhr bis 14.00 Uhr.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich bin von Herrn Kiesinger unterrichtet worden darüber, daß die Finanzfragen abgeschlossen waren. Herr Schamberg wünscht noch das Wort dazu. Soll er es bekommen? (*Zustimmung.*)

Scharnberg: Herr Bundeskanzler! Ich weiß nicht, was in unserer Abwesenheit besprochen worden ist, aber ich wollte nur noch sagen, daß es einer Landespartei

⁵⁵ Wahlgesetz zum 2. Bundestag vom 8. Juli 1953 (BGBl I S. 470); vgl. Nr. 1 Anm. 70.

⁵⁶ Franz Wiedemeier (1890–1970), 1946–1964 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1954–1961 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbands Nordwürttemberg. Vgl. PROTOKOLLE I S. 567 Anm. 67.

noch niemals gelungen ist, die Finanzierung durch Mitgliederbeiträge vorzunehmen. (*Kiesinger*: Herr Scharnberg ist in den Ausschuß gewählt worden!)

Adenauer: Dann ist es ja gut, Herr Scharnberg. Wir fahren also fort mit den Diskussionsrednern, die zum Vortrag von Herrn Heck noch gemeldet sind. Zunächst Herr Strickrodt.

Strickrodt: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Herr Heck hat bei seinen Ausführungen, daß die Landesparteien sich darüber beklagten, weil sie keine gute Verbindung mit Bonn hätten, auch darauf hingewiesen, daß die Ausschüsse der Partei nach der Satzung ihre Aufträge vom Vorstand zu erhalten haben.

Wir bemühen uns im Finanz- und Steuerausschuß darum, mit den Landesverbänden zusammenzuarbeiten, aber die Arbeit steht unter manchen Interesseneinflüssen. Besonders in den letzten Monaten haben sich Verbände und auch Persönlichkeiten zur Steuerreform geäußert. Wir stehen vor sehr ungeklärten Verhältnissen. In der vergangenen Woche hat auf einer Bundespressekonferenz in Bonn einer unserer Landesverbände ein eigenes steuerpolitisches Programm vertreten.⁵⁷

Ich bin nicht der Ansicht, daß das zum Guten gegangen ist; denn die Dinge sind so delikate und von solch wichtiger Natur, daß wir sie auch entsprechend anfassen müssen. Der Finanz- und Steuerausschuß wird seine Verbindung zu den Landesverbänden in Ordnung bringen. Die Verbindung zum Finanzministerium ist absolut korrekt; die Verbindung zum Wirtschaftsministerium, die wir besonders wegen der Kapitalmarktfrage intensivieren möchten, ist noch nicht so, wie sie sein sollte.

Die Mitglieder dieses Ausschusses wissen nicht, an welche Adresse sie ihre Arbeit richten sollen. Sie sollen ja nicht irgendwie in der Öffentlichkeit Propaganda für eine Lösung machen, die sie sich ausgedacht haben, sondern sie sollen ihre Arbeiten abliefern, und zwar kann die einzige Adresse für solche Vorschläge nur der Bundespartei Vorstand und damit auch die Fraktion sein. Auf diesem Wege sollten Einflüsse auf die verschiedenen Ressorts geltend gemacht werden.

Meine Bitte geht also dahin, wie es die Satzung vorschreibt⁵⁸, eine Verbindung zwischen dem Bundespartei Vorstand – der auch für die Fraktion maßgebend sein könnte – und dem Fachausschuß zu schaffen. Aus dem Vorstand sollten dann einige Herren beauftragt werden, sich für das nächste halbe Jahr um die aktuellen Steuerfragen zu kümmern, damit dann der Finanz- und Steuerausschuß seine Aufträge empfangen und dann nachher das Ergebnis seiner Beratungen vorlegen kann.

Nehmen Sie in diesen Kreis, den der Vorstand bestellt, auch die maßgebenden Mitglieder der Fraktion hinein. Ich habe mit Herrn Scharnberg gesprochen. Wir

57 Es handelte sich dabei um Vorschläge des Wirtschaftsausschusses der CDU Rheinland vom 12. Januar 1954, in denen u.a. eine Senkung des Höchstsatzes für die Einkommen- und Lohnsteuer auf 40 % und für die Körperschaftsteuer auf 30 % empfohlen wurde (CDP Nr. 9 vom 12. Januar 1954).

58 „Zur Unterstützung des Vorstandes sowie zur Bearbeitung fachlicher Aufgaben ... werden Ausschüsse gebildet. ... Die Ausschüsse sind dem Vorstand verantwortlich“ (§11).

sind uns einig. Wenn Herr Scharnberg zu diesem Ausschuß gehört, und ich bin Vorsitzender, dann werden wir diese wichtigen Fragen so behandeln können, daß sie für die Partei zum Guten ausgehen und nicht eine falsche Popularitätshascherei mit irrealen Vorstellungen entsteht.

Adenauer: Dieses Problem darf man nicht nur unter dem Gesichtspunkt des Finanz- und Steuerausschusses sehen, sondern im Rahmen der gesamten Ausschüsse der Partei; doch sollte man nun nicht das, was die Parteiausschüsse erarbeitet haben, noch durch den Vorstand leiten.

Es wäre mir lieb, wenn Herr von Brentano, der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, sich dazu äußerte, ob es nicht möglich ist, zwischen den Parteiausschüssen und dem Arbeitskreis eine gewisse Verbindung herzustellen.

Von Brentano: Ich kann nur das unterstreichen, was Herr Strickrodt gesagt hat. Ich halte es für dringend notwendig, daß die Zusammenarbeit zwischen der Partei, den Ausschüssen und der Fraktion lebendiger wird als früher. Wenn man den Vorschlag, ein paar Leute aus den zuständigen Ausschüssen und aus der Fraktion zu bestellen, aufgreift – ich würde neben Herrn Scharnberg noch Herrn Neuburger⁵⁹ vorschlagen –, dann könnte ich mir denken, daß damit eine gute Vorarbeit zu leisten ist. Ein solcher Kreis hätte die Möglichkeit, sich vorher mit Schäffer abzustimmen. Es hat keinen Sinn, in der Öffentlichkeit gegenteilige Meinungen zu vertreten. (*Adenauer:* Sind Sie ein Optimist!) Je mehr man Unerfüllbares von ihm verlangt, desto mehr wird er die Igelstellung einnehmen, die wir von ihm kennen.

Wenn von einem Vergleich über diese Steuerreform etwas gesagt worden ist, so hat das keinen Wert. Daß Schäffer sich dagegen wehrt, ist richtig. Wir sollten also den Vorschlag von Strickrodt aufnehmen und in einer kleinen Gruppe eine Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen der Partei, der Fraktion und dem Finanzminister herstellen, damit wir uns wenigstens in der Sprachregelung verständigen.

Adenauer: Ich kann vielleicht die Schwierigkeit an dem Beispiel der Steuerreform darlegen. Vor kurzem kam der Wirtschaftsminister zu mir mit allen Zeichen der größten Erregung und sagte, daß im Finanzministerium ein Entwurf fix und fertig vorliege über die Steuerreform, ohne daß das Wirtschaftsministerium überhaupt gefragt worden sei. Dabei sei doch gerade die Steuerreform von der größten Bedeutung für die Weiterführung der Wirtschaft.

Lassen Sie mich hier einfügen: Wenn es uns nicht gelingt, bis zum Jahre 1957 einigermaßen die Wirtschaft auf dem laufenden zu halten, wie sie bisher läuft, dann wird es für die Wahlen sehr schlecht aussehen. Noch etwas anderes: Was der CDU recht ist, das wird natürlich auch von der CSU verlangt werden. (*Strickrodt:* Die CSU gehört zu unserem Ausschuß!) Dann nehmen Sie ein anderes Gebiet. Wir müssen eine große Reform der Sozialversicherung vornehmen. Das sind die vordringlichsten Probleme, die wir überhaupt für die folgende Zeit haben. Ich würde es außerordentlich

59 August Neuburger (geb. 1902), 1947–1952 Verwalter der Südwestbank im Bereich Württemberg-Baden, 1949–1961 MdB (CDU, 1957–1961 Vorsitzender des Finanzausschusses).

lebhaft begrüßen, wenn von jedem Parteiausschuß vielleicht drei Herren bestimmt werden und von Herrn von Brentano von der Fraktion auch drei Herren für die verschiedenen Gebiete, die dann zusammen Sitzungen abhalten.

Können wir das zum Beschluß erheben? (*Zustimmung.*) Das Wort wird dazu nicht gewünscht. Dann hat das Wort Herr Tillmanns.

Tillmanns: Ich möchte im Anschluß an die Ausführungen von Dr. Heck auf eine Angelegenheit hinweisen, die meiner Ansicht nach im Blick auf die kommenden Landtagswahlen von ganz besonderer Bedeutung ist. Es wurde schon mehrfach gesagt, daß wir bei den Bundestagswahlen unter ganz besonders glücklichen Umständen gewählt haben. Zu diesen glücklichen Umständen gehört auch, daß bei den großen Fragen der Innenpolitik, die bei den Bundestagswahlen im Vordergrund standen, also bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik, eine verhältnismäßig weitgehende und selbstverständliche Einheitlichkeit in unseren Reihen bestanden hat. Das hat uns einen starken Auftrieb gegeben. Wir müssen daran denken, daß bei den Landtagswahlen wahrscheinlich andere Fragen im Mittelpunkt der Diskussion stehen werden.

Ich denke vor allem an Fragen der Kultur- und Schulpolitik. Erlauben Sie, daß ich darauf hinweise, daß auch die Einheitlichkeit der Auffassungen zwischen katholischen und evangelischen Kreisen der CDU nicht in dem Maße bis heute vorhanden ist, als dies in den anderen großen Fragen der Bundespolitik bisher ist.

Wenn wir mit Aussicht auf guten Erfolg an die Landtagswahlen herangehen wollen, wird es unsere wichtigste Aufgabe sein, den Versuch zu machen, in diesem ganzen Komplex der Kultur- und Schulpolitik zu einer größeren Geschlossenheit und Einheitlichkeit der Auffassungen und auch der Sprechweise zu kommen. Das scheint mir für den Erfolg bei den Landtagswahlen von ausschlaggebender Bedeutung zu sein.

Wir haben von seiten der Bundesgeschäftsstelle einen gewissen Anfang gemacht und versucht, einen kleineren Kreis von Freunden zu bitten, sich einmal um diese Fragen besonders zu kümmern. Aber mir scheint, daß wir in Zusammenarbeit mit den Länderregierungen, die unter der Führung der CDU stehen, hier eine ganz besonders wichtige Aufgabe haben. Mir sind in Neustadt in Rheinland-Pfalz von evangelischen CDU-Freunden in dieser Frage die äußersten Bedenken gemacht worden. Ich bin der Meinung, daß wir in dieser Frage so schnell wie möglich von seiten des Vorstandes aus versuchen sollten, zu einer Klärung in dieser Hinsicht zu kommen. Dabei ist die Kultur- und Schulpolitik nicht das einzige; es gibt auch noch andere Fragen, die in der Landespolitik im Gegensatz zur Bundespolitik im Vordergrund stehen.

Adenauer: Darf ich Gegengründe geltend machen! Gerade die Fragen der Schulpolitik sind in den einzelnen Ländern total verschieden gelagert, sie sind sogar in einem einzelnen Land verschieden gelagert, nehmen Sie z.B. Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen mit Lippe⁶⁰ und Rheinland-Pfalz. Ich glaube, wenn wir den Versuch machten, gerade auf dem Gebiet der Schulpolitik zu einheitlichen Sätzen zu

60 Zur Entstehung des Schulgesetzes von NW vgl. BUCHHAAS: Gesetzgebung S. 58–177.

kommen, daß dann ein Fiasko unausbleiblich sein wird. (*Tillmanns*: Sie haben mich falsch verstanden. Ich habe nicht von einer Einheitlichkeit innerhalb des gesamten Bundes gesprochen, sondern von einer Einheitlichkeit der Christlich-Demokratischen Union in den einzelnen Ländern.) Das ist dasselbe! (*Tillmanns*: Nein! – *Unruhe*.) Dann belehren Sie mich und überzeugen Sie mich, daß es anders ist. Wir wollen doch unser Ideal in die Wirklichkeit umsetzen. Es handelt sich nicht nur um irgendwelche theoretischen Grundsätze, sondern das sind Grundsätze, die von den Landesparteien in dem betreffenden Land in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollen. Nach meiner Kenntnis sind die Ansichten so verschieden – das ist zum Teil historisch zu erklären –, daß man nur sehr schwer zu einer Vereinheitlichung kommen kann. Man kann es natürlich versuchen.

Nehmen Sie die Fragen der Konfessionsschulen. Da denkt man in Nordrhein-Westfalen ganz anders als in Lippe und auch in Schleswig-Holstein oder in Hessen. Man denkt in Süd-Württemberg ganz anders als in anderen Teilen von Baden-Württemberg.

Auf dem Gebiet der Kulturpolitik läßt sich wohl etwas schaffen, und da sollte man wirklich versuchen, ein gemeinsames Programm auszuarbeiten, das bei den Landtagswahlen mit verwertet werden kann. Wir haben einen Ausschuß für diese Frage. Ich würde vorschlagen, daß sich der Ausschuß ...

Tillmanns: Gerade weil die Verschiedenheiten so groß sind, befürchte ich, daß bei den kommenden Landtagswahlen diese Frage innerhalb der einzelnen Länder eine Rolle spielt. Davon habe ich gesprochen. Die anderen Parteien werden den Versuch machen, gerade in diesen Fragen einen Keil in die CDU zu treiben. Ich will das nicht näher erläutern, daß damit der politische Erfolg gefährdet werden könnte. Gerade weil aus geschichtlichen Gründen die Entwicklung auf dem Gebiete der Schulpolitik in den einzelnen Ländern sehr verschieden gewesen ist, sollte man nun zur Vereinheitlichung kommen. Es gibt auch zwischen den Kirchen hier Verschiedenheiten der Auffassungen. Ich glaube, daß es für den Erfolg der CDU bei den Landtagswahlen wichtig ist, soweit wie irgend möglich den Versuch zu machen, innerhalb der betreffenden Länder zu einer möglichst großen Einheitlichkeit der Auffassungen zu kommen; sonst befürchte ich, daß die CDU in diesen Wahlen durch ihre Sprecher das Bild einer etwas weitgehenden Konfusion in der Öffentlichkeit bietet.

Adenauer: Darf ich Sie so verstehen, daß Sie Ihre Ausführungen als eine Aufforderung an die Landesparteien auffassen?

Tillmanns: In erster Linie an die Landesparteien, aber ich glaube auch, daß eine Hilfeleistung seitens der Bundespartei möglich wäre.

Ehlers: Ein Wort dazu! Ich würde sehr dringend darum bitten, daß wir uns um das, was Herr Tillmanns gesagt hat, bemühen, daß wir aber in der Frage der Schulpolitik möglichst vorsichtig reden. Es scheint mir eine gewisse Gefahr zu sein, daß bestimmte Vorstellungen, die unsere katholischen Freunde oder katholischen Bischöfe haben und die sie in vollem Umfang respektieren, zu leicht gleichgesetzt werden mit einer politischen Überzeugung der Christlich-Demokratischen Union.

Das Wort „Elternrecht“ ist trotz aller Bemühungen viel zu schillernd, als daß man

es ohne weiteres als Programmpunkt herausstellen könnte; denn darunter verstehen sehr viele Leute etwas Verschiedenes, und wir haben immer die große Gefahr, daß in dem Augenblick, wo wir ungeschützt über diese Frage reden, wir alle die gegen uns gerichteten Kräfte vereinigen, daß sich plötzlich die völlig liberalen Lehrer, denen am meisten an einer völlig religionslosen Schule liegt, als die Treuhänder des Protestantismus aufspielen. Diese Lehrer und bestimmte liberale Kräfte, von deren Existenz wir in der Trauerfeier für Dr. Höpker Aschoff einige Beispiele erlebt haben, werden sich vereinigen und gegen uns stehen. Darum bitte ich, eine möglichst einheitliche Sprachregelung und eine große Vorsicht und Zurückhaltung in der Terminologie zu gebrauchen; denn wir machen uns sonst die Sache nicht leichter dadurch.

Die Hannoversche Lutherische Synode ist ein Beispiel dafür, wie man sich bemüht hat, das evangelische Anliegen mit allen guten Wünschen der anderen in Einklang zu bringen. Aber hier muß noch einige Arbeit geleistet werden. Es ist schwierig! Fünf Kilometer von hier steht eine Volksschule. Die Tochter meines Hausmeisters ist dort das einzige evangelische Kind, und es wird in dieser katholischen Schule, während die anderen das Gebet sprechen, aufgefordert, sich mit dem Kopf zur Wand hinzustellen! (*Bewegung und Unruhe. – Zurufe: Nicht möglich! – Unglaublich!*) Das geschieht in einer katholischen Schule in Plittersdorf. (*Adenauer: Das glaube ich noch nicht! – Weitere Zurufe: Unerhört!*) Das habe ich nachgeprüft! Ich bitte Sie daher, daran zu denken, was aus einer solchen Geschichte in der Debatte in der Öffentlichkeit wird! Darum habe ich die dringende und herzliche Bitte, vorsichtig zu sein im Gebrauch von Parolen und Forderungen in diesem Zusammenhang.

Heck: Es liegt ein Beschluß des Hamburger Parteitages vor, wonach der Kulturpolitische Ausschuß beauftragt ist, unter Heranziehung erster Fachkräfte die Grundzüge einer Schul- und Bildungsreform auszuarbeiten.⁶¹ Wir laufen in der Öffentlichkeit Gefahr, daß wir kulturpolitisch nichts anzubieten haben als Konfessionsschulen. Ich glaube, daß gerade einmal die Arbeit einer Schulreform von der anderen Seite her anzufassen ist, die uns aus diesem Geruch herausbringen könnte. Es gibt eine Reihe von Dingen bei der Planung einer Schulreform, die vom Konfessionsproblem gar nicht berührt wird. Die Bildungssituation von heute ist denkbar gut.

Wir hatten uns mit dem geschäftsführenden Vorstand in Ausführung dieses Beschlusses bereits darangemacht, uns zu orientieren, welche Persönlichkeiten im Bundesgebiet sich zunächst für die Aufgabe eignen, eine klare Sanierung der Bildungssituation zu erarbeiten. Bei diesem Stand sind die Dinge zur Zeit. Man wird den Kulturpolitischen Ausschuß mit dieser Aufgabe nicht allein betrauen können, weil er seiner Besetzung nach – entschuldigen Sie bitte, wenn ich das sage – m.E. nicht dazu in der Lage ist. (*Adenauer: Wer ist Vorsitzender?*) Professor Stier⁶² und

61 Entschließung Nr. 5 Abs. 5 (Druck: CDU, 4. Bundesparteitag S. 274). Der Bundesausschuß Kultur befaßte sich am 16. Januar 1954 mit diesem Auftrag (Protokoll und Mitgliederliste in ACDP VII-004-057).

62 Dr. Hans Erich Stier (1902–1979), Professor für Alte Geschichte, 1946–1970 MdL Nordrhein-Westfalen. Vgl. PROTOKOLLE I S. 73 Anm. 8.

Dr. Hofmann⁶³. Es handelt sich hier um eines der schwierigsten Probleme, die vor uns stehen. Gegenüber dem marxistischen und liberalen Raum müssen wir die besten Kräfte aus dem christlichen Raum für diese Aufgabe heranziehen.

Adenauer: Diese Erinnerung an den Parteitagbeschuß ist ausgezeichnet. Auch bei dieser Arbeit kann man, soweit noch irgendwelche Dinge zu erledigen sind, diese berühren. Im allgemeinen empfehle ich aber, das heiße Eisen nicht so sehr anzufassen, namentlich nicht vor den Landtagswahlen. Ich würde es aber für ausgezeichnet halten, wenn wirklich die Partei dazu käme, Vorschläge zu machen, um unser völlig durcheinander geratenes Bildungs- und Erziehungswesen neu zu ordnen.

Darf ich feststellen, daß Sie damit einverstanden sind? Dann würde nach meiner Meinung der Ausschuß möglichst bald zusammentreten und Sachverständige hinzuziehen müssen. (*Pitz*⁶⁴: Sind bei diesem Ausschuß auch die Vertreter in den Landtagen berücksichtigt, die sich insbesondere mit der Schul- und Kulturpolitik befassen?) Das ist teilweise unterschiedlich. Die Ausschüsse werden besetzt durch Delegationen der Landesverbände. Wenn die Landesverbände die Persönlichkeiten schicken, die in den Länderparlamenten mit diesen Dingen befaßt werden, ist es gut.

Tillmanns: Wir stehen gar nicht vor der Frage, ob wir das heiße Eisen anfassen wollen oder nicht. Aber unsere Gegner werden dieses heiße Eisen anfassen. Das ist die Situation.

Adenauer: Ich glaube es nicht so ohne weiteres.

Cillien: Ich glaube, daß die Gefahr, die Herr Tillmanns aufgezeigt hat, etwas gemildert werden könnte, wenn wir drei Punkte beachten: 1. daß die Bundestagswahl uns nicht einen Auftrag gegeben hat, bestimmte kulturpolitische Dinge durchzusetzen. Das wird leider häufig überspitzt ausgedrückt, als wären wir legitimiert, ganz bestimmte kulturelle Dinge aufgrund der Bundestagswahl durchzusetzen. Das stimmt nicht. 2. Wir stehen tatsächlich in dem Verdacht, daß sich unsere ganze Kulturpolitik lediglich auf die Volksschule erstreckt, und 3. in unserem Programm steht nicht, daß wir die konfessionelle Volksschule fordern, sondern in unserem Programm steht, daß wir auf dem Boden des Elternrechts stehen. Diese Dinge müssen auseinandergehalten werden.

Ich gebe Ihnen recht, daß es mit dem Elternrecht eine schwierige Sache ist. Das ist aber Sache der Legislative festzulegen, in welchem Umfang sich das Elternrecht auswirkt. Solange wir in diesem Punkt einig sind, daß wir entgegen allen anderen das Elternrecht fordern, können wir diskutieren, und zwar überall. Wir müssen uns hüten vor der Enge, in die wir tatsächlich heute geraten sind.

In den Ausführungen von Herrn Heck steht auf Seite 32: „Für die Junge Union halte ich eine klare und eindeutige Unterstellung unter die Organe der Partei für notwendig und nach den bisherigen Besprechungen auch für möglich.“

63 Dr. Josef Hofmann (1897–1973), 1946–1968 MdL Nordrhein-Westfalen. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 494 Anm. 3.

64 Elisabeth Pitz-Savelsberg (geb. 1906), 1953–1969 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 512 Anm. 20; Erinnerungen in ABGEORDNETE 3 S. 175–296.

Es ist eingangs gesagt worden, wieviel gute Unterstützung wir von der Jugend im Wahlkampf gehabt haben. Zum Teil ist diese Unterstützung tatsächlich gebunden gewesen an die Junge Union. Ich habe das bei mir sehr stark empfunden. Auf der anderen Seite besteht in der Jungen Union der Gedanke, daß sie Plakatkleber usw. seien, und bei den Alten der Gedanke, was wollen die denn schon! Es muß tatsächlich eine Klärung geschaffen werden, in welchem Verhältnis die Junge Union zur Gesamtunion steht. Ich hatte der Jungen Union versprochen, das für Niedersachsen zu klären. Ich wäre dankbar, wenn wir es im Bund klären könnten. (*Adenauer*: Machen Sie es umgekehrt! Fangen Sie an!) Es hat wohl keinen Zweck, weil in den einzelnen Ländern die Dinge verschieden liegen. Der zweite Satz hat mich hoffnungsfreudig gestimmt, weil Herr Heck schrieb, es sei anscheinend möglich, daß eine Unterstellung erfolge. So kann es passieren, daß die Jugend sehr impulsiv Entschlüsse faßt, ohne daß der Parteivorstand etwas davon erfährt. Es geht nicht an, daß die Junge Union vorwiegend Leute im Alter zwischen 30 und 40 Jahren hat. Einige Wochen müssen davon abgestrichen werden! Ich sehe sonst keinen Unterschied mehr zwischen der Union und der Jungen Union. Nach meiner Meinung sollten in die Junge Union nur Leute bis zu 30 Jahren gehören, besser wäre es noch bis zu 25 Jahren.

Diese Frage müssen Sie zu klären versuchen. Im Anfang waren 30 Jahre gerechtfertigt, aber jetzt nicht mehr. Mancher flüchtet in die Junge Union, weil er in der Union keine Rolle spielen kann. Ich bitte also darum, hier eine Klärung herbeizuführen.

Adenauer: Wieviel Mitglieder hat insgesamt die Junge Union?

Majonica: Die Frage ist nicht ohne weiteres zu beantworten. Ich schätze, daß es etwa 25.000 aktive Mitglieder sind, die regelmäßig arbeiten.

Adenauer: Das wären über 10 % der gesamten Mitglieder. 25.000 in der Jungen Union? Ist das nicht etwas zu hoch gegriffen?

Majonica: Nicht jedes Mitglied der Jungen Union muß Mitglied der Partei sein, sondern nur dann, wenn es eine Funktion in der Jungen Union übernimmt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir die Parteifremdheit nur überwinden können, wenn wir die Leute langsam an die Arbeit heranzuführen. Es gibt Leute in der Jungen Union, die nicht Mitglieder sind. Es ist unsere Aufgabe, sie in die Partei hineinzuführen. Forderungen zu stellen, daß diese Leute sofort Mitglied der CDU werden sollen, würde ich psychologisch für falsch halten.

Adenauer: Was sagen Sie denn zu den Ausführungen der Herren Cillien und Heck, nämlich zu der Frage der Unterstellung der Jungen Union, also Einlozierung in die Partei?

Majonica: Auf der Bundesebene ist die Frage nicht einfach zu klären, weil wir auch die CSU dabei haben. Die Junge Union in Bayern ist ein normaler Verband im Rahmen der Jungen Union Deutschlands. Wir können uns nicht völlig organisatorisch unterstellen; denn sonst werden unsere bayerischen Freunde sagen, das können wir nicht mitmachen. Ich würde es für bedenklich halten, wenn wir in der Jugend das CDU/CSU-Verhältnis bekämen. Ich halte es für einen Fortschritt, daß wir das bei der

Jungen Union nicht haben. Ich schlage vor, in einem Gespräch zwischen der Jungen Union und einigen Herren des Vorstandes diese Dinge zu klären.

Zimmer: Dieses Gespräch hat bereits im unmittelbaren Anschluß an den Parteitag in Goslar stattgefunden, und zwar im Sinne des letzten Paragraphen unseres Statuts, wonach auch die Eingliederung der Sozialausschüsse vorgesehen ist. Das Gespräch wurde damals unterbrochen. Es geht nur so, daß man vorher genau abklärt mit den maßgebenden Herren der Jungen Union, in welchem Maße die Junge Union in die Bundespartei bzw. Landesparteien eingegliedert wird. Bei den damaligen Gesprächen sind wir sehr weit gekommen.

Ich würde mich dem Vorschlag anschließen, die Frage miteinzubeziehen bei den Statut-Ergänzungen, die wir ja analog mit den Sozialausschüssen vornehmen müßten, wobei auch schwierige Fragen bestehen, weil ein großer Teil der Mitglieder der Sozialausschüsse aus ähnlichen Gründen nicht Mitglied der CDU ist, wohl aber Mitarbeiter.

Heck: Nach den Statuten ist es eine Aufgabe des Parteiausschusses, das Verhältnis der Vereinigungen innerhalb der CDU zur Bundespartei zu klären. Zur Frage der Altersgrenze muß folgendes gesagt werden: Wenn man das Alter auf 25 Jahre begrenzen würde, dann hieße das, die Junge Union aufzulösen. Man muß bei der Jungen Union anstreben, langsam ihre Altersbegrenzung zu reduzieren. Es wird immer notwendig sein, daß ein bestimmter Teil auch über 25 Jahre noch in der Jungen Union tätig ist. Nach den bisherigen Erfahrungen sind die jungen Leute unter 25 Jahre kaum in der Lage, die Junge Union aufrechtzuerhalten.

Majonica: Ich darf noch einmal unterstreichen, daß eine Altersbegrenzung auf 25 Jahre völlig unmöglich ist nach den Erfahrungen der bisherigen Arbeit. Ich weiß, daß in einigen Landesverbänden die Junge Union nicht so arbeitet, wie sie arbeiten soll. Aber es gibt auch eine Reihe von Gemeinden, wo die Junge Union die einzige Organisation der Partei ist, die regelmäßig Schulungsabende durchführt, während das von der Partei nicht gemacht wird. Es wäre doch Unsinn, jemand mit 30 Jahren auszuschließen, weil er über die Grenze gekommen ist. So können wir es unter keinen Umständen machen.

Adenauer: Es scheint der übereinstimmende Wille zu sein, daß dieser Ausschuß, der zur Revision des Statuts eingesetzt ist, sich mit den Fragen der Jungen Union nach den verschiedenen Richtungen hin beschäftigen soll. Ist damit Punkt 3 der Tagesordnung erledigt? Keine Wortmeldungen!

Dann können wir zum Punkt 1 übergehen.

BERICHT ÜBER DIE POLITISCHE LAGE

Adenauer: Nichts hat die Stellung Deutschlands auf außenpolitischem Gebiet so gefestigt wie diese Bundestagswahl. Sie können den Einfluß, den diese Bundestagswahl auf unser Ansehen genommen hat, gar nicht hoch genug einschätzen.

Wenn die Bundesrepublik, trotzdem sie entwaffnet und besetzt ist, trotzdem sie nicht souverän ist, sondern unter Besatzungsstatut⁶⁵ steht, außenpolitisch doch einen großen Einfluß hat – wenn auch nicht so groß, wie von manchen Organen dargestellt wird –, dann beruht das auch sehr wesentlich auf der Vorarbeit in den vergangenen Jahren. In dieser Entscheidung des 6. September 1953, die das deutsche Volk nicht nur für unsere Partei – wenn auch vornehmlich für unsere Partei –, sondern überhaupt für die Koalitionsparteien und für die von ihnen verfolgte Politik der letzten vier Jahre getroffen hat, hat das Ausland die Tatsache erblickt, daß diese Politik wirklich dem Willen des deutschen Volkes entsprochen hat, aber nicht die Politik der Sozialdemokratie.

Wenn wir jetzt zu dieser Viererkonferenz⁶⁶ gekommen sind und wir dort, wenn auch nicht anwesend, so doch Bedeutung und Einfluß haben, dann ist das alles auf den Erfolg der Bundestagswahlen zurückzuführen. Der Erfolg der Bundestagswahlen ist in gleicher Weise für das wirtschaftliche und währungspolitische Gebiet von der denkbar größten Bedeutung, weil das Ausland, das doch immer etwas sehr zögernd und zurückhaltend Deutschland und Deutschlands Erfolge gegenüberstand, in diesen Bundestagswahlen mit dem völligen Unterliegen der rechts- und linksradikalen Parteien gesehen hat, daß nunmehr ein anderes Deutschland vorhanden ist, ein Deutschland – lassen Sie mich es kurz ausdrücken – der Freiheit und der Mäßigung.

Meine Damen und Herren! Ich habe eben gesagt, auf außenpolitischem Gebiet sei dieser Wandel von großer Bedeutung. Ich möchte Ihnen das an zwei Tatsachen erhärten. Als ich im Dezember in Paris war, hatte ich eine lange Unterredung mit dem amerikanischen Staatssekretär Dulles.⁶⁷ Der allererste Satz, den er sagte, war ein Hinweis auf diese Bundestagswahlen. Als ich am gleichen Tage zu einer anderen Stunde ein Gespräch mit Eden⁶⁸ hatte, war sein erster Satz ebenfalls wieder ein Hinweis auf diese Bundestagswahlen und ein Glückwunsch für Deutschland, das diesen Erfolg gehabt hat. Das Gespräch mit Dulles fand in ganz kleinem Kreise statt. Es waren, abgesehen von seinem persönlichen Referenten, noch Conant⁶⁹ da und auf meiner Seite noch Hallstein. Ich kann das Gespräch jedoch wegen seiner Vertraulichkeit nicht im einzelnen wiedergeben, aber Sie dürfen überzeugt sein, daß gerade in den Vereinigten Staaten die Hoffnung auf Europa identisch ist mit der Hoffnung auf Deutschland. Da wir auch außenpolitisch in einer sehr labilen Zeit

65 Vom 21. September 1949, revidiert am 6. März 1951 (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission 1951 S. 792).

66 Vgl. Anm. 16.

67 Adenauer war am 13. Dezember 1953 mit Dulles während der Pariser Gespräche zusammengetroffen. Vgl. ADENAUER: *Erinnerungen* 2 S. 239–242. Zu Pariser Gesprächen vgl. Telegramm vom 14. Dezember 1953 in FRUS 5,1 S. 865. – John Foster Dulles (1888–1959), amerikanischer Politiker; 1953–1959 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 306 Anm. 28.

68 Sir Anthony Eden (1897–1977), britischer Politiker; 1951–1955 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 310 Anm. 36.

69 Dr. James Bryant Conant (1893–1978), amerikanischer Politiker; 1953–1955 Hoher Kommissar in Bonn. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 307 Anm. 29.

leben, können wir gar nicht genug betonen, daß wir an dieser Außenpolitik festhalten. Ich denke, daß die Verabschiedung der Ergänzungen zum Grundgesetz, die hoffentlich Anfang Februar erfolgt, uns Anlaß geben wird, nochmals ein Bekenntnis zu der bisher führend von uns verfolgten Außenpolitik abzulegen.

Ich möchte Ihnen im Anschluß daran klarlegen, wie ich mit Billigung meiner Fraktion dazu gekommen bin, diese Regierung zusammenzustellen. Ich meine jetzt nicht die einzelnen Persönlichkeiten, sondern die Beteiligung der verschiedenen Fraktionen. Einmal leiteten mich dabei außenpolitische Gesichtspunkte. Das Votum der Wähler, das sie am 6. September abgegeben haben, sollte gerade gegenüber dem Ausland auch bei der Bildung der Regierung ganz klar zutage treten. Deswegen wollte ich eine möglichst breite Regierung haben.

Sie müssen sich einmal vorstellen, wie es in den anderen Ländern der Welt aussieht. Wir haben eine Regierung mit einer sehr breiten Koalitionsgrundlage.⁷⁰ Was haben Frankreich, England und die Vereinigten Staaten demgegenüber? Obgleich sehr viel, unter gewissen Gesichtspunkten mit Recht, kritisiert worden ist an der Bildung einer so breiten Regierung einschließlich des BHE, bin ich nach wie vor – sogar noch mehr als vorher – der festen Überzeugung, daß diese Breite der Regierung, die viele Unannehmlichkeiten mit sich bringt, sich nicht nur für den Bundeskanzler, nicht nur für unsere Freunde in der Regierung, sondern auch für das Volk selbst schon jetzt außenpolitisch bezahlt gemacht hat.

Ich will nicht auf Einzelheiten eingehen. Wenn wir den BHE hereinnehmen wollten, dann mußten wir dafür sorgen – das kommt ja nicht in die Presse –, daß wir wenigstens einen zuverlässigen Partner innerhalb dieser Regierungskoalition haben. Das ist die Deutsche Partei. Die Deutsche Partei hat in den vergangenen vier Jahren sich immer als sehr koalitionstreu erwiesen. Deshalb konnten wir auch den BHE, den wir noch nicht näher kannten, ruhig mit hereinnehmen, ebenfalls auch die FDP; obgleich die FDP uns, wie Sie wissen, außerordentlich große Sorgen macht.

Ich bin dann kritisiert worden, nicht von meinen engeren Freunden, aber draußen, daß die Deutsche Partei zwei Minister bekommen hat.⁷¹ Nun, die Lösung ist sehr

70 Koalitionsparteien waren CDU/CSU, FDP, DP, GB/BHE. Zusammensetzung des Kabinetts Anfang 1954: Konrad Adenauer (Bundeskanzler, bis 6. Juni 1955 zugleich Bundesminister des Auswärtigen), Franz Blücher (FDP, Stellvertreter des Bundeskanzlers, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit), Gerhard Schröder (CDU, Bundesminister des Innern), Fritz Neumayer (FDP, Justiz), Fritz Schäffer (CSU, Finanzen), Ludwig Erhard (CDU, Wirtschaft), Heinrich Lübke (CDU, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten), Anton Storch (CDU, Arbeit und Sozialordnung), Hans-Christoph Seebohm (DP, Verkehr), Siegfried Balke (CSU, Post- und Fernmeldewesen – löste am 10. Dezember 1953 Hans Schubert ab), Viktor-Emanuel Preusker (FDP, Wohnungsbau), Theodor Oberländer (GB/BHE, Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte), Jakob Kaiser (CDU, gesamtdeutsche Fragen), Heinrich Hellwege (DP, Bundesrat), Franz-Josef Wuermeling (CDU, Familienfragen) sowie für besondere Aufgaben Robert Tillmanns (CDU), Hermann Schäfer (FDP), Waldemar Kraft (GB/BHE) und Franz Josef Strauß (CSU).

71 Hans-Christoph Seebohm (für Verkehr) und Heinrich Hellwege (für Angelegenheiten des Bundesrates).

einfach. Glauben Sie denn, es wäre klug von mir gewesen, den Herrn Seehofer Vorsitzenden der DP-Fraktion werden zu lassen und den Herrn Hellwege als Kabinettsmitglied zu haben? Wenn Sie noch hinzunehmen, daß der Herr Dehler Vorsitzender der FDP-Fraktion werden sollte – das war damals schon bekannt –, dann wären von zwei Koalitionsfraktionen die Vorsitzenden frühere Minister gewesen. Das ist nicht schön und nicht gut.

Wenn ich mit der DP anfang, dann ergab sich das andere ganz von selbst. Die Hauptsache ist aber doch, daß wir, die CDU/CSU, im Kabinett die Mehrheit und die Führung haben. Das ist doch schließlich das entscheidende. Die Hauptsache ist, daß entsprechend der Verantwortung, die uns die Wahlen auferlegt haben, wir auch im Kabinett die Führung besitzen. Eine so große Fraktion wie die CDU/CSU – die Herren wissen ein Lied davon zu singen – (*Weber*: Wir auch! – *Heiterkeit*) – auch die Frauen – birgt große Schwierigkeiten in sich. Wenn etwas dazu angezeigt erscheint, mich vor dem relativen Mehrheitswahlrecht stutzig zu machen, Herr Scharnberg, (*Scharnberg*: Ich habe es nicht befürwortet!) dann der Gedanke, daß wir bei einem solchen Wahlrecht eine Fraktion von ungefähr 400 Mitgliedern bekommen hätten.

Sie als Parteivorstand müssen natürlich auch wissen, wie es im Parlament aussieht. Die Schwierigkeiten, namentlich die Anlaufschwierigkeiten, waren groß; aber ich glaube, daß man auf dem besten Wege ist, diese Anlaufschwierigkeiten zu überwinden, und daß es gelingen wird, die Fraktion zu einem geschlossenen und arbeitsfähigen Körper zu machen. Leicht ist das nicht.

Was nun die Koalition angeht, so habe ich schon eben angedeutet, daß wir Schmerzen mit der FDP haben, obgleich Herr Maier aus Baden-Württemberg bisher noch nicht stark in Erscheinung getreten ist. (*Wuermeling*: Der zieht den Draht von hinten. – *Heiterkeit*.) Sie sind ein schlechter Zwischenrufer, Herr Wuermeling! Bisher ist es noch nicht der Fall, bisher zieht er noch nicht den Draht von hinten. Warum soll man ihm eine Rolle geben, die er bisher noch nicht spielt? Warum sollten wir seine Bedeutung dadurch erhöhen, daß wir sagen: Er zieht den Draht von hinten.

Daß in der FDP große Schwierigkeiten bestehen, weiß jeder; aber da müssen wir Geduld haben. Das gleiche gilt auch vom BHE. Im BHE gibt es ganz sicher Kräfte, die gut und tüchtig und uns innerlich verwandt sind. Es gibt aber auch Kräfte da, von denen man das nicht sagen kann. Deswegen muß unsere Arbeit darin bestehen, gerade den guten Kräften im BHE die Möglichkeit zu geben, auch die Führung im BHE zu bekommen. Was aus dem BHE im Jahre 1957 werden wird, kann jetzt noch kein Mensch voraussehen. Wir hoffen, daß er uns keine großen Schwierigkeiten mehr machen wird. Aber dazu darf man nicht den BHE nun zu einer Oppositionspartei innerhalb der Koalition machen, sondern man muß dann auch diese Koalitionspartei zur Verantwortung und Mitarbeit heranziehen. Vor allem muß eins verhütet werden: Es darf nicht dazu kommen, daß eine Fraktion – sei das BHE, FDP oder wer immer – aus der Koalition ausscheidet. In dem Augenblick, in dem eine Fraktion aus der Koalition ausschiede, würde das im In- und Ausland als ein Zeichen für den Zerfall dieser Mehrheit betrachtet werden. Das würde außenpolitisch sehr böse Folgen haben.

Nun stehen wir vor großen Aufgaben. Ich kann nur die größten für die nächsten Jahre nennen. Von Herrn Strickrodt wurde schon auf die Steuerreform hingewiesen. Wir müssen, das möchte ich besonders Herrn Strickrodt sagen, sehr vorsichtig überlegen, wie es z.Z. in der Wirtschaft aussieht. Ich will das Wort „Plan“ vermeiden, obwohl Herr Erhard nicht anwesend ist. Wir müssen aber mit großer Überlegung dafür sorgen, daß die Wirtschaft am Laufen bleibt. Der eine Wirtschaftszweig ist besser dran als der andere. Wir müssen, soweit man überhaupt aus dieser Zeit in die Zukunft sehen kann, uns überlegen, welche Schritte wir zu tun haben, damit bis zum Jahre 1957 im wesentlichen die Wirtschaft so bleibt und so gut geht wie jetzt. Wir müssen dafür sorgen, daß die Zahl der Arbeitslosen abnimmt.

Ein sehr großes Werk, das in Angriff genommen und durchgeführt werden muß, ist die Reform der Sozialversicherung.⁷² Abgesehen davon, daß zwischen den Arbeitskreisen und der Fraktion die Verbindung hergestellt wird, sollten wir auch im Vorstand zu dieser großen gesetzgeberischen Vorlage im geeigneten Augenblick Stellung nehmen, weil sie besonders entscheidend sein wird für die Landtagswahlen, jedenfalls aber für die nächste Bundestagswahl.

Nun zu den Landtagswahlen in diesem Jahr. Sie wissen, daß Nordrhein-Westfalen anfangen wird. Es folgen Schleswig-Holstein, Berlin, Hessen und Bayern.⁷³ Es kann nach meiner Auffassung gar keinem Zweifel unterliegen – das liegt in der Natur der Dinge –, daß die Sozialdemokratie diese Landtagswahlen als die Möglichkeit ansehen wird, einen Generalangriff zu machen und die Scharte wieder auszuwetzen, die sie in den Bundestagswahlen am 6. September vorigen Jahres erlitten hat. Die Landtagswahlen werden aber von der Sozialdemokratie – da bin ich im Gegensatz zu einigen Vorrednern anderer Meinung – noch stärker als bisher einheitlich geführt werden. Einen einheitlich geführten Angriff kann man nur zurückschlagen durch eine einheitliche Abwehr. Selbstverständlich müssen die Besonderheiten in den einzelnen Ländern eine Rolle spielen. Ich glaube, die Verbindung mit der Bundesgeschäftsstelle kann von den einzelnen Landesparteien bei der Führung der Landtagswahlen nicht eng genug sein.

Ich habe mich besonders gefreut, als ich von Herrn Heck gehört habe, daß die Verbindung zwischen der Bundesgeschäftsstelle und der Landesgeschäftsstelle von Nordrhein-Westfalen sehr eng ist. Ich habe den dringenden Wunsch, dem Sie sich sicher anschließen werden, daß das gleiche auch von den Landesparteien der anderen Länder, in denen Landtagswahlen stattfinden, gemacht wird. Ich bin nicht der Auffassung, die Dr. Gradl über die Zukunft der Sozialdemokratie ausgesprochen hat. Ich bin der Auffassung, daß Reuter-Briefe⁷⁴ und das, was sonst hier und da gesagt wird, natürliche Reaktionen sind wegen des Mißerfolges, den die Sozialdemokratie erlitten hat; aber ich glaube, daß die Sozialdemokratie im wesentlichen so bleiben

72 Vgl. dazu HOCKERTS.

73 Vgl. Nr. 1 Anm. 25.

74 Vgl. Anm. 37.

wird wie bisher, und zwar aus zwei sehr einfachen Gründen: Was soll sie an die bisherige Stelle setzen, was für ein Programm? An den Marxismus hat die Sozialdemokratie auch schon vor vier Jahren nicht mehr geglaubt; davon spricht keiner mehr. Sie wird aber nach wie vor eine klassenkämpferische Partei bleiben. Der zweite Grund, warum sie so bleiben muß, ist der Deutsche Gewerkschaftsbund. Ohne den Deutschen Gewerkschaftsbund wäre die Sozialdemokratie nichts. Mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund im Hintergrunde ist sie eine Macht.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund – ich bedaure sehr, das hier sagen zu müssen – neigt neuerdings, was ich von vollkommen unparteiischen Leuten, denen ich ein Wort vertraue, gehört habe, namentlich in den Industriegewerkschaften, immer stärker zum Radikalismus hin. Ich würde mich freuen, wenn es anders wäre, aber ich glaube nicht daran. Wir werden bei den Landtagswahlen in diesem Jahre im großen und ganzen der Sozialdemokratie so gegenüberstehen, wie es bisher auch gewesen ist. Es wird uns also bei den Landtagswahlen der große Kampf – unter diesem Gesichtspunkt müssen wir es einmal betrachten –, der sich z.Z. in Europa zwischen Sozialismus und Nichtsozialismus abspielt, obgleich am 6. September der Sozialismus die Schlacht eindeutig verloren hat, wieder von neuem präsentiert. Dem können wir nicht ausweichen.

Ich betrachte es als eine wesentliche Aufgabe gerade unserer Partei, daß wir gegen den Sozialismus angehen; denn der Sozialismus, namentlich in der noch stark theoretischen Form wie in Deutschland, hat ungefähr alle Länder, in denen er die Mehrheit hatte, ruiniert. Nehmen Sie die Labour-Regierung in Großbritannien, nehmen Sie – um zwei Beispiele herauszustellen – die Sozialistische Partei in Schweden, die es fertiggebracht hat, daß dieses Land, das im Krieg so reich geworden war wie nur denkbar, jetzt wirtschaftlich in den größten Nöten steht. Wenn die Sozialisten, die sich nach ihrer Anschauung nicht damit abfinden können, daß alle leben wollen und daß Freiheit in der Wirtschaft bestehen soll, an die Macht kommen, dann liegt es in der Natur der Sache, daß die Kräfte ausgeschaltet werden, die notwendig sind, damit alles gesund bleibt und fortschreitet.

Ich möchte zur außenpolitischen Lage übergehen und zunächst betonen, daß man die bestehenden Anfangsschwierigkeiten nicht überschätzen sollte. Man sollte sie auch nicht unterschätzen und nicht verkleinern; denn ganz zweifellos haben die bisherigen Verhandlungen mit einem Erfolg der Sowjetunion geendet. Wir Deutsche können das in gewisser Hinsicht deswegen bedauern, weil gerade das Haus des Sowjetbotschafters bei der Sowjetzone – ich vermeide den Namen DDR – zum Verhandlungssitz gemacht worden ist. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dadurch diese Regierung der Sowjetzone an Ansehen gewinnt sowohl in Deutschland als auch außerhalb Deutschlands. Man soll diese Sache nicht verkleinern, aber auch nicht überschätzen. Es wird alles auf den Verlauf der Verhandlungen ankommen. Vielleicht ist die These der Amerikaner richtig, die sagen: Wir wollen lieber in nicht entscheidenden Dingen ruhig nachgeben, aber in den entscheidenden Fragen unbedingt festbleiben, damit man uns nicht den Vorwurf

machen kann, wir hätten an nicht entscheidenden Fragen die ganze Konferenz scheitern lassen.

Es ist dies die erste Viererkonferenz über Deutschland seit dem Jahre 1947.⁷⁵ Aber die Lage ist seit 1947 völlig anders geworden. Auch das muß man sich einmal überlegen, wenn man sich die Bedeutung dieser Viererkonferenz und ihre Aussichten klarzumachen versucht. Seit 1947 hat sich Westdeutschland konsolidiert in der Bundesrepublik, und die Bundesrepublik ist entschlossen, sich an den Westen anzuschließen. (Weber: Seit 1949.) Die Ostzone ist seit 1947 ein vollkommener Satellitenstaat geworden. Daran sehen Sie schon den Unterschied in der ganzen Situation einer Konferenz über Deutschland seit dem Jahre 1947. Wir sind nicht beteiligt an der Konferenz. Wir sind bewußt nicht beteiligt; denn wenn wir verlangt hätten, daß die Bundesrepublik in der Form beteiligt sei, daß sie einen Beobachter entsandt hätte, dann wäre selbstverständlich auch ein Vertreter der Sowjetzone auf russischer Seite als Beobachter erschienen. Bundestag und Bundesregierung haben immer an dem Standpunkt festgehalten, daß wir die Vertreter Deutschlands sind, daß wir also auch die Vertreter der Deutschen in der Ostzone sind. Wir würden diesen Beschluß in dem Augenblicke preisgeben, wo wir uns damit einverstanden erklärten, daß auf der Seite der Russen ein Beobachter der Sowjetzone am Tische säße, während der Vertreter der Bundesrepublik auf der anderen Seite Platz nähme.

Ich glaube auch – wenn diese Annahme falsch ist, mag sie korrigiert werden –, daß die meisten Leute in der Sowjetzone es nicht verstehen würden, wenn wir so verführen. Ein materieller Schaden entsteht nicht für uns; denn wir werden, wenn auch nicht sichtbar, so doch hinter den Kulissen absolut vertreten sein. Wir werden eine Delegation in Berlin haben. Wir werden als politischen Beobachter Herrn Blankenhorn⁷⁶ dort haben; Herr Hallstein wird auch hingeschickt werden, je nachdem, wie es nötig ist, aber möglichst nicht auffällig. Wir haben die absolute Zusicherung von den drei Westmächten, daß wir bei allen entscheidenden Fragen konsultiert werden. Wir sind bisher von den drei Westmächten bis ins kleinste konsultiert worden. Ich glaube also, daß wir dadurch, daß kein Beobachter der Bundesrepublik in Berlin mit am Tische sitzt, keinen Schaden für Deutschland zu befürchten haben.

Nun haben die drei Westmächte das Programm, das der Bundestag wiederholt einstimmig gegen die Stimmen der Kommunisten, aber unter Einschluß der Sozialdemokratie angenommen hat, zu ihrem Programm für die Konferenz gemacht.⁷⁷ Ich möchte sehr nachdrücklich darauf hinweisen, daß die Sozialdemokratie mit allen anderen Fraktionen im Bundestag auch dafür gestimmt hat: zunächst freie Wahlen, dann

75 Außenministerkonferenz in Moskau vom 10. März bis 24. April 1947 (AdG 1947 S. 1070–1074), vom 25. November bis 15. Dezember 1947 in London (EBD. S. 1276f.).

76 Herbert Blankenhorn (geb. 1904), 1949–1958 Ministerialdirigent bzw. -direktor (1950) im Bundeskanzleramt bzw. Auswärtigen Amt. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 66 Anm. 30.

77 Vgl. 9. März 1951 Sten.Ber. 1.WP Bd.6 S. 4780; 6. Februar 1952 Bd.10 S. 8054; 10. Juni 1953 Bd.16 S. 13264; sowie Gesetz zur Sicherung und zur Erleichterung der Aufgaben der Kommission der Vereinten Nationen in Deutschland vom 4. April 1952 (BGBl I S. 228).

Bildung einer provisorischen Regierung, Annahme einer Verfassung und dann Bildung einer Definitivregierung. Sowjetrußland und die Sowjetzone wollen folgendes: sofort Bildung einer provisorischen Regierung, zusammengesetzt aus Leuten von Pankow und aus Leuten von Bonn, dann unkontrollierte Wahlen – sie sagen, kontrollierte Wahlen seien eine Beleidigung des deutschen Volkes – und dann Schaffung einer Verfassung. Dieses Procedere – man muß sich in den ganzen Gang der Dinge etwas hineinendenken – wäre das Ende und die Aufgabe alles dessen, was wir bisher in der Bundesrepublik an Freiheiten und Errungenschaften bekommen haben.

Ich bitte Sie, auch folgendes dabei zu berücksichtigen: Wenn es so gemacht würde, wie es Sowjetrußland und die Regierung Grotewohl⁷⁸ haben wollen, dann würden in einem Teil Deutschlands, in der Ostzone, und zwar ganz nahe bei Berlin, über 200.000 schwerbewaffnete Volkspolizisten stehen, während wir 10.000 schwachbewaffnete Grenzschutzleute haben. Jeder, der etwas die Realitäten auf sich wirken läßt, weiß, daß das Vorhandensein von 200.000 mit den modernsten Waffen versehenen Volkspolizisten eine effektive Macht ist, die sich wirklich auch auswirkt auf die politischen Gegebenheiten, insbesondere, weil eine solche Macht unter dem Kommando der Volkskammer steht. Diese Volkskammer in der Sowjetzone ist nicht nur ein Parlament, wenn man überhaupt den Namen Parlament gebrauchen kann, sondern sie hat auch die Exekutive. Daher wäre es für uns unmöglich, diesem Vorschlag der Russen zuzustimmen: gemeinsame provisorische Regierung, dann sogenannte freie, aber unkontrollierte Wahlen.

Wir können es als ein großes Plus für uns buchen, daß wir darin die drei Westmächte absolut auf unserer Seite haben. Ein weiterer Punkt, in dem ein diametraler Gegensatz zwischen den drei Westmächten und Sowjetrußland, zwischen uns und der Ostzone besteht, ist die Frage des Friedensvertrages. Wir wollen einen frei vereinbarten Friedensvertrag, der Gesamtdeutschland völlige Freiheit der Entscheidung darüber läßt, was es in Zukunft tun soll, während die Russen und die Sowjetzone einen Friedensvertrag haben wollen, der auf dem Potsdamer Abkommen basiert, d.h., der eine Neutralisierung und eine völlige Kontrolle Deutschlands vorsieht.

Ich darf einen Augenblick bei den Begriffen „neutral“ und „neutralisiert“ verweilen. Ich habe das neulich auch in unserer Fraktion ausgeführt. Neutral ist das Land, das aus freiem Entschluß heraus sagt: Ich will für mich bleiben, ich will an dem Händel der anderen keinen Anteil haben, aber ich will diese meine Neutralität gegenüber jedem anderen aus eigener Kraft verteidigen. Ein neutralisiertes Land ist ein Land, dem das Grundrecht eines jeden Staates, sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften zu verteidigen, durch den Willen anderer Staaten genommen wird. Eine solche Neutralisierung kann bei einem Volk von 50 oder hoffentlich bald 70 Millionen Menschen nur aufrechterhalten werden, wenn es unter der ständigen Kontrolle der Zwangsmächte gehalten wird. Glauben Sie, daß die Vereinigten Staaten gewillt sein

⁷⁸ Otto Grotewohl (1894–1964), 1949–1964 Ministerpräsident der DDR, 1950–1964 Mitglied des Politbüros. Vgl. PROTOKOLLE I S. 243 Anm. 119.

werden, amerikanische Divisionen auf die Dauer in Europa stehen zu lassen, um die Neutralisierung Deutschlands zu kontrollieren? Ich bin fest davon überzeugt, daß sie das niemals tun werden. Das werden auch die Briten nicht tun. Dann würde diese Neutralisierung Deutschlands kontrolliert werden von Sowjetrußland und Frankreich. Sie sehen also, welch schwerwiegende Folgen für das gesamte deutsche Volk hinter alledem stecken.

Die ganze gegenwärtige außenpolitische Situation kann man sich nur vergegenwärtigen, wenn man versucht, sich darüber klarzuwerden, wie die Lage in den anderen Ländern ist, also in Sowjetrußland, in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien und in Frankreich. Nehmen wir zunächst Sowjetrußland. Als Stalin gestorben war, wurde vielfach die Meinung geäußert, daß nun eine neue Epoche in der sowjetrussischen Staatsführung beginnen würde. Für jeden aber, der sich die Dinge in Ruhe überlegt hat, war es ganz klar, daß die Diadochenkämpfe noch schlimmer einsetzen würden als nach dem Tode Lenins^{78a} und daß keiner der Diadochen daran denken konnte, von der unter Stalin herrschenden Diktatur abzugehen und allmählich einen Übergang zu einem demokratischen Prinzip zu finden.

Ich habe einen Artikel über die Hinrichtung Berijas⁷⁹ mitgebracht, der in der „Neuen Zürcher Zeitung“ am 27. Dezember erschienen ist. Es ist Ihnen bekannt, daß Stalin sich stützte auf die Kommunistische Partei, auf die Rote Armee und auf den Staatssicherheitsdienst. Er war Generalsekretär der Kommunistischen Partei, er war Generalissimus der Roten Armee, und er hatte an der Spitze des Staatssicherheitsdienstes seinen treuen Freund und Anhänger Berija, der bei der Beisetzung Stalins – darüber erschien unlängst wieder ein Bild in der Presse – einen Zipfel des Leichentuches trug.

Der Staatssicherheitsdienst hatte eine Armee von 4,5 Millionen Mann, alle mit den modernsten Waffen ausgerüstet. Der Staatssicherheitsdienst hatte die Waffendepots der Roten Armee in seinem Gewahrsam. Dieser Staatssicherheitsdienst war in Wirklichkeit das mächtigste Instrument der diktatorischen Herrschaft in Sowjetrußland. Berija ist beseitigt. Zwei blieben noch übrig; das sind die Partei und die Rote Armee. Nach allem, was man hört, auch nach den Berichten der Botschafter der Westmächte in Moskau, ist der Kampf zwischen der Partei und der Roten Armee in Sowjetrußland in vollem Gange. Die Rote Armee liegt aber, wie die Beseitigung Berijas zeigt, an der Spitze.

In diesem Artikel der „Neuen Zürcher Zeitung“ ist nach meiner Meinung ganz überzeugend dargelegt, daß gerade die Beseitigung Berijas und die Methoden der

78a Wladimir Iljitsch Lenin (1870–1924), russischer Revolutionär.

79 Lawrentij Pawlowitsch Berija (1899–1953), nach dem Tode Stalins 1953 Erster Stellvertreter Ministerpräsident und Innenminister, war am 23. Dezember 1953 erschossen worden. Vgl. PROTOKOLLE I S. 597 Anm. 32.

Beseitigung an das erinnert, was seinerzeit mit Tuchatschewski⁸⁰ geschehen ist; genau dieselben Vorgänge. Es wird nach meiner Meinung in diesem Artikel überzeugend dargestellt, daß sich in der ganzen inneren Struktur und Anschauung Sowjetrußlands durch den Tod Stalins nicht das geringste geändert hat. Auch darin stimmen die Berichte der Botschafter in Moskau überein, daß sich keine Anzeichen dafür geltend machen, daß sich etwa in der Sowjetzone die politische Richtung geändert habe. Diese politische Richtung wird bestimmt durch die russischen Welteroberungs- und Erneuerungspläne, durch den Imperialismus und durch die Furcht vor den Vereinigten Staaten. Es ist einfach lächerlich zu sagen, daß die Russen etwa vor einem wiederbewaffneten Deutschland irgendwelche Furcht hätten. Das ist so kindisch, daß jeder, der die Bestimmungen des Vertrages über die EVG⁸¹ kennt, nur darüber lächeln kann; denn in dem Vertrag steht, daß wir zu freier Verfügung nach eigenem Willen – sowie auch die anderen Teilnehmerstaaten – keine Fabriken zur Herstellung schwerer Waffen haben dürfen. Es ist weiter eine Klausel darin enthalten, die jedes selbständige Handeln eines Teiles der EVG unmöglich macht. Es ist also lächerlich zu sagen, daß Sowjetrußland vor Deutschland Angst habe. Wovor sie Angst haben, das sind die Vereinigten Staaten. Man muß das immer wiederholen, um sich die Dinge klar vor Augen halten zu können, daß sie ihr ganzes Manöver jetzt darauf abstellen, die Integration Europas zu verhindern, damit ihnen ein europäisches Land nach dem anderen anheimfällt, und daß so ihr Kriegspotential in den Grundstoffen dem der Vereinigten Staaten ebenbürtig wird. Aus eigener Kraft können sie das nicht schaffen.

In Rußland herrscht tatsächlich ein erheblicher Mangel an Konsumgütern. Auch die Spätheimkehrer, die intelligent sind und beobachten konnten, mit denen ich gesprochen habe, stimmten darin überein, daß sie, wenn sie mit russischen Arbeitern zusammengearbeitet haben, von diesen Russen angebettelt wurden. Sie haben ihnen dann von dem mitgegeben, was sie in Paketen geschickt bekamen.

Nehmen Sie die Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten und ihre Politik können wir gar nicht genau genug beobachten. Was dort in den nächsten Monaten vor sich geht, kann unter Umständen entscheidend sein für die Zukunft des deutschen Volkes auf Generationen hinaus. Präsident Eisenhower⁸² und Dulles sind in ernstester Sorge wegen des amerikanischen Kongresses. Dulles hat mir im Dezember aus sich heraus einen Brief über die Stellung Amerikas zu Europa geschrieben, der von ernstester Sorge erfüllt war. Er schrieb, daß Eisenhower ihn gebeten habe, in diesem

80 Michail Nikolajewitsch Tuchatschewski (1893–1937, hingerichtet wegen angebl. Verschwörung), 1934 Kandidat des Zentralkomitees der KPdSU, 1935 Marschall der Sowjetunion, ab April 1936 Erster Stellvertreter des Volkskommissars für Verteidigung. Vgl. L. NIKULIN: Die Affäre T. In: Geköpfte Armee. Berlin 1965.

81 Am 27. Mai 1952 in Paris unterzeichnet, aber (noch) nicht ratifiziert. Druck: Die Vertragswerke von Bonn und Paris. Dokumente und Berichte des Europa-Archivs Bd. 10. Frankfurt 1952 S. 7–180.

82 Dwight David Eisenhower (1890–1969), 1953–1961 Präsident der USA. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 35 Anm. 65.

Brief mir einige Sätze wörtlich mitzuteilen. Als ich in Paris mit Dulles zusammen war⁸³, hat er mir in dem ganz kleinen Kreise seine ernstesten Sorgen über die Haltung des amerikanischen Kongresses zur Frage der Europapolitik gesagt. Was er nachher den Franzosen gesagt hat, das entsprach nach meiner Auffassung – nach dem, was er mir geschrieben und erklärt hatte – absolut seiner Überzeugung. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß gestern in der deutschen Presse eine Nachricht erschienen ist, wonach ein Unterausschuß – der Verteidigungsausschuß – des amerikanischen Repräsentantenhauses beschlossen hat, seiner Regierung zu empfehlen, das Hauptquartier der Amerikaner von Fontainebleau nach Spanien zu verlegen.⁸⁴ Das ist nicht als ein Bluff zu betrachten, sondern es ist ein sehr ernstes, ja, ich kann sagen, ein besorgniserregendes Stimmungszeichen für den Wechsel, der sich in der Haltung des amerikanischen Kongresses gegenüber der bisherigen Europapolitik anzubahnen scheint. Vergessen Sie nicht, daß das Hauptquartier der Amerikaner noch vor einem Jahr in Heidelberg war. Dann ist es nach Fontainebleau verlegt worden, und jetzt soll es von Fontainebleau nach Spanien verlegt werden. Das würde im Falle eines heißen Krieges bedeuten, daß die Amerikaner, die diesen Beschluß gefaßt haben, der Auffassung sind, man solle ruhig Deutschland, Frankreich und das ganze Europa, abgesehen von Spanien, zum Schlachtfeld werden lassen.

Diese Ungeduld der Amerikaner erklärt sich zum Teil aus der Charakterart der Amerikaner, die sehr schnell in ihren Entschlüssen sind, zum Teil daraus, daß sie entsetzt sind über den Mangel an Einsicht der Europäer. Sie können sich in unsere Situation gar nicht hineinversetzen, weil sie die historische Vergangenheit Europas gar nicht kennen.

Wenn Sie weiter bedenken, daß z.B. Amerika an Frankreich bisher seit dem Kriegsende 11 Milliarden Dollar gegeben hat und daß ausgerechnet Frankreich jetzt sowohl in der Stimmung der Bevölkerung wie in der Politik seiner Regierung derartig gegen die amerikanische Politik geht, dann werden Sie schließlich auch verstehen können, daß die Amerikaner sagen: Wem nicht zu raten ist, dem ist auch nicht zu helfen. Nun kommt hinzu, daß in diesem Jahr in den Vereinigten Staaten die Wahlen zum Kongreß sind.⁸⁵ Wir alle, die wir uns mit Politik beschäftigen, wissen, daß Wahljahre immer besonders erregende Jahre für alle Politiker sind. Es kommt weiter hinzu, daß infolgedessen der Kongreß schon im Juni sein Ende findet, während dies sonst erst im Juli geschieht.

Die Berliner Konferenz beginnt am 25. Januar. Dulles steht auf dem Standpunkt, daß sie drei, höchstens vier Wochen dauern wird. Länger hat er keine Zeit. Das hat

83 Vgl. Anm. 67. – Dulles-Brief nicht zu ermitteln, möglicherweise aber im Nachlaß Adenauers.

84 Vgl. FAZ vom 19. Januar 1954: „Verlegung nach Spanien?“

85 Am 2. November 1954 (sog. Halbzeitwahlen), bei denen 38 von 96 Senatssitzen, 435 Sitze des Repräsentantenhauses und 34 von 48 Gouverneursposten neu besetzt wurden (vgl. AdG 1954 S. 4828).

er mir selbst gesagt. Ich habe ihm darauf erwidert, es ist sehr leicht, sich zu dreien einem vierten gegenüberzusetzen, aber es ist sehr schwer, den richtigen Augenblick zu finden, in dem die drei sich gemeinsam von dem Tisch wieder erheben; denn sie müssen der Weltöffentlichkeit und ihren Völkern klarmachen, warum sie nicht weiter sitzen bleiben konnten. Deshalb werden Sie verstehen, daß gerade wegen der Ungeduld und des Zeitmangels der Amerikaner die Situation außerordentlich kritisch sein wird in den nächsten Wochen.

Nun ein Wort zu Großbritannien. Großbritannien steht absolut zur europäischen Integration und zur EVG, weil es, wie es selbst offiziell erklärt hat, der Auffassung ist, daß ohne das Zustandekommen der europäischen Integration und der EVG, die ja ein notwendiger Bestandteil dieser europäischen Integration ist, im Falle eines Krieges Großbritannien nicht geschützt werden kann. Dieser Standpunkt beruht auf dem eigenen Interesse, nicht aber auf der Liebe zu den anderen. Aus eigenem Interesse heraus wird Großbritannien in den Auseinandersetzungen, die in Berlin beginnen werden, auf der Seite des Westens fest wie wir stehen.

Zur Situation in Frankreich! Es spitzt sich letzten Endes alles zu in Amerika auf die Frage: EVG oder nicht? Lassen Sie mich dazu folgendes sagen: Ich habe noch mit keinem Amerikaner irgendein Wort über die Möglichkeiten gewechselt, die man sieht, wenn der Vertrag über die EVG nicht zustande kommt. Eisenhower hat immer wieder erklärt: Ich sehe keine andere Möglichkeit. Es muß einmal der Krach in Europa aufhören, insbesondere der Krach zwischen Frankreich und Deutschland. Wenn man sieht, wie sich die ganze Weltlage gestaltet hat infolge der beiden letzten Kriegskatastrophen, daß tatsächlich nur noch Amerika und Sowjetrußland als wirkliche Großmächte übriggeblieben sind, dann hat er vollkommen recht darin, daß dieses Europa sich zusammenschließen muß, damit noch eine neue Macht da ist.

Aber nun zu Frankreich. Wir sollten nach meiner Auffassung in den nächsten Wochen nicht so sehr auf Frankreich schimpfen. Das hat gar keinen Zweck. Man soll auch keine voreiligen Schlüsse ziehen aus dem Verlauf der Präsidentenwahlen.⁸⁶ Nach den mir gemachten Mitteilungen hat die Rechtsgruppe, die sich da zusammengefunden hat, sich zur Maxime gemacht, keinen Mann zum Präsidenten zu wählen, der die Stimmen der Kommunisten bekäme, weil sie sagen, wer die Stimmen der Kommunisten bekommt, der muß im geeigneten Augenblick dafür bezahlen. Deswegen wäre diese Rechtsgruppe auch entschlossen gewesen, statt dreizehn- auch zwanzigmal zu wählen, bis sie einen Präsidenten gewählt hätten, der nicht die Stimmen der Kommunisten bekam.

Unangenehm ist für uns, daß in dieser Rechtsgruppe die Gaullisten sind, die gegen die EVG sind, und daß in der Linksgruppe die Sozialisten stehen, von denen mehr als die Hälfte für die EVG ist. Durch diese Präsidentenwahl ist ein Graben aufgeworfen worden, von dem man nur hoffen kann, daß er abflacht. Vielleicht kann

⁸⁶ Am 23. Dezember 1953 war im 13. Wahlgang der Unabhängige René Coty als Nachfolger von Vincent Auriol zum Präsidenten der Republik gewählt worden (vgl. AdG 1953 S. 4306).

man unter diesem Gesichtspunkt sogar die Wahl eines Sozialisten zum Präsidenten der Nationalversammlung⁸⁷ als gut betrachten, weil dadurch die Sozialisten nicht folgern können, sie würden von den anderen Parteien unter allen Umständen an die Wand gedrückt.

Ich möchte nun über die Gegner der EVG sprechen. Ich stelle an die Spitze den Ausspruch eines Franzosen in Paris, der mir gesagt hat: 1. haben wir keine Partei wie Sie; wir haben wohl Zusammenschlüsse im Parlament, aber Sie dürfen nicht glauben, daß hinter den Zusammenschlüssen festgefügte Parteiorganisationen im Lande stehen; 2. müssen Sie auch davon ausgehen, daß jedes Mitglied der Nationalversammlung vielleicht eine Fraktion für sich bildet, d.h., daß es völlig unzuverlässig insofern ist, als man nie weiß, ob es der Politik der Fraktion folgt. Unter diesen Gesichtspunkten war es eine große Tat, daß das MRP einen Mann ausgeschlossen hat, der die bekannte Geschichte mit den Kommunisten gemacht hat. Der Name ist mir im Augenblick nicht geläufig. (*Zuruf: Denis*⁸⁸!) Das war ein Fall, der im französischen Parlament einzigartig dasteht. Darin liegt aber auch die Gefahr einer Abstimmung in diesem Parlament. Mir wurde weiter gesagt, die Abstimmungen seien völlig abhängig von der an dem betreffenden Tag herrschenden politischen Atmosphäre, ja, vielfach von einer guten Rede, die an dem Tag gehalten wird. Man kann wohl sagen, so wurde mir in Paris von Franzosen und von deutschen Journalisten, die seit vielen Jahren dort ansässig sind, erklärt, daß z.Z. in der Nationalversammlung eine kleine Mehrheit für die EVG vorhanden sei. Man schätzt diese Mehrheit auf zehn bis dreißig Stimmen. Aber wie es nun werden wird, das konnte mir keiner sagen.

Der entscheidende Grund, abgesehen von der Anhänglichkeit an die französische Armee und von der Furcht vor den Deutschen, ist folgender: Bisher ist Frankreich die europäische Macht, die die Stimme Europas gegenüber Amerika und England vertritt. Die Franzosen fürchten, daß Frankreich, wenn wir ein integriertes Europa haben, nicht mehr diese Rolle haben wird, keinesfalls aber Frankreich allein, sondern daß Deutschland daneben tritt und daß Frankreich von der überragenden außenpolitischen Situation, die es durch die Gunst der Verhältnisse und nicht durch eigenes Verdienst erhalten hat, wieder herunterkommen wird.

Eines aber ist sicher: Solange eine Konferenz tagt, die die Möglichkeit einer Verständigung mit Sowjetrußland zeigt, werden sich so viel Parlamentarier von einer Abstimmung in der Nationalversammlung zu drücken versuchen, daß keine Mehrheit für die EVG zu schaffen ist.

Wenn Sie bedenken, daß Sowjetrußland in dem Notenkrieg, der über ein Jahr gedauert hat⁸⁹, immer gegen eine Viererkonferenz gewesen ist, daß es den Vorschlag,

87 Am 11. Januar 1954 war der Sozialist André Troquer zum Nachfolger von Edouard Herriot gewählt worden (AdG 1954 S. 4325).

88 André Denis, ein Gegner der EVG, zählte zum linken Flügel des MRP, wurde Anfang Januar mit 71 gegen 30 Stimmen ausgeschlossen (vgl. L'ANNÉE POLITIQUE 1954 S. 3).

89 Vgl. dazu ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 244f.

eine Viererkonferenz in Lugano abzuhalten, in der Antwortnote gar nicht beantwortet hat und nun plötzlich umgeschwenkt ist und erklärt hat: Wir wollen den Vorschlag einer Viererkonferenz annehmen, dann kann man den Verdacht in keiner Weise abwehren, daß es Sowjetrußland darauf ankomme, diese Berliner Konferenz so in die Länge zu ziehen, daß die Franzosen nicht zu einer Ratifizierung des Vertrages über die EVG kommen, so daß Amerika die Geduld verliert.

Aber das Ziel ist noch weiter gesteckt. Damit würde auch der Nordatlantikpakt fallen; denn der Nordatlantikpakt kann nicht effektiv werden, d.h. eine wirkliche Abwehr sein, wenn nicht deutsche Truppen dabei sind. Wenn also infolge der Verzögerung, die die Ratifizierung des Vertrages über die EVG in Frankreich erfährt, Amerika zur Überprüfung seiner Europapolitik durch den Kongreß gezwungen wird und dadurch in seinem Haushaltsplan die entsprechenden Posten gestrichen werden, dann fällt damit auch der Nordatlantikpakt.

Erst unter diesem Gesichtspunkt wird Ihnen die große Bedeutung klar, die zunächst die russische Politik und dann auch die Politik überhaupt auf der Berliner Konferenz hat. Es handelt sich hierbei nicht nur um Deutschland, nicht nur um die EVG und die Integration Europas, sondern es handelt sich darum, Amerika aus Europa herauszuspielen und den Atlantikpakt zum Zusammensturz zu bringen. Das ist das große Ziel, das der russischen Politik vorschwebt. Dieses Ziel versuchen sie – nach menschlichem Ermessen – auf der Berliner Konferenz zu erreichen. Wenn ihnen das gelänge, wäre das ein triumphaler Erfolg für Sowjetrußland, der es gewiß eine Stange Gold, aber keinen Tropfen Blut kosten würde.

Neulich war ein früherer Kommunist bei mir – ich wußte nicht, daß er Kommunist gewesen ist –, der sagte, er habe mit Lenin und Trotzki⁹⁰ zusammengearbeitet und eine einflußreiche Stellung gehabt; er sei lange Zeit damit betraut gewesen, auf einer holländischen Bank das russische Geld zu disponieren in die verschiedenen europäischen und eurasischen Länder bis nach Indien hin zu kommunistischen Propagandazwecken. Dieser Mann kam zu mir, um mir zweierlei zu sagen: 1. Glauben Sie den Kommunisten nicht, ich kenne die Brüder, und 2. glauben Sie mir, das Gold, das nach London und Paris plötzlich gebracht worden ist von den Russen, dient ganz bestimmten politischen Zwecken. Das wurde mir auch in Paris bestätigt. Aus alledem ersehen Sie, daß wir an einem Brennpunkt des politischen Geschehens angelangt sind, an einem Brennpunkt, der unter Umständen eine Entscheidung für Deutschland und Europa bringen wird. Was können wir tun in dieser Lage? Wir können nur das tun, was wir bisher getan haben: unsere jetzige Politik fortsetzen und die Nerven nicht verlieren. Wir müssen versuchen, möglichst großen Einfluß auf das zu gewinnen, was die Amerikaner, Briten und Franzosen tun. Das Weitere müssen wir abwarten.

90 Lew Dawidowitsch Trotzki, eigentlich Bronstein (1879–1940, Ermordung), 1919–1926 Mitglied des Politbüros der KPdSU, 1926–1929 Ausschluß aus allen Parteiämtern und Ausweisung aus der UdSSR, 1938 Gründung der IV. Internationale als Dachorganisation der Troztkisten.

Auf der Konferenz wird sich herausstellen, ob die Russen wirklich geneigt sind, die deutsche Frage für sich zu lösen, oder ob sie mit der deutschen Frage alle die anderen großen Fragen, die zwischen Ost und West bis hin zur Atomwaffe schweben, gleichzeitig zur Debatte bringen. Wir werden auch sehen, ob sie Forderungen aufstellen oder Thesen vertreten, die für die Bundesrepublik einfach unannehmbar sind. Wir hoffen, daß diese auch von den Westalliierten abgelehnt werden. Also, wir müssen in Ruhe abwarten. Aber ich versichere Ihnen, man muß gute Nerven haben, um sich diese Ruhe zu bewahren.

Wenn Sie mich fragen: Sind Sie völlig hoffnungslos, dann sage ich: Nein, das bin ich nicht. Ich bin der Auffassung, daß auch diese Konferenz, wenn sie nicht mit einem großen Knall auseinandergeht – was wir auch nicht wissen –, schließlich doch etwas Gutes haben wird. Die deutsche Frage wird nicht zur Ruhe kommen; sie hat jetzt sieben Jahre, von 1947 bis 1954, geruht. Diese Konferenz wird, wie wir hoffen dürfen, doch der Anfang einer weiteren Verhandlung zwischen Ost und West sein.

Es wird vielleicht auch auf untergeordneten Gebieten eine Erleichterung eintreten; ich denke z.B. an den Ost- und Westhandel und ähnliche Dinge. Auch das würde schon wieder ein kleiner Fortschritt sein. So werden wir uns bei dieser ganzen Lage in Geduld üben und die Fassung behalten müssen. Wir sollen keinen übertriebenen Optimismus, aber auch keinen düsteren Pessimismus zur Schau tragen, sondern in Ruhe und Geduld die weitere Entwicklung abwarten.

Unsere Presse wird sehr vorsichtig taktieren müssen während der nächsten Wochen, weil sie leicht manches verderben kann, was natürlich sich für uns schädlich auswirken würde. So ist also die gegenwärtige Lage. So sehe ich sie wenigstens an. Ich glaube, daß ein gut Teil von dem, was ich mir als meine Meinung gebildet habe aufgrund der Tatsachen, die ich habe mitteilen können, richtig und zutreffend ist.

Ich möchte Ihnen ein Wort zur Taktik der SPD sagen. Der SPD-Pressedienst hat neulich versucht, in einem infamen Angriff gegen mich, die CDU und die Bundesregierung, insbesondere mich, als Saboteur der Berliner Konferenz darzustellen. Ich habe Herrn Ollenhauer geschrieben. Herr Ollenhauer hat sich dann davon öffentlich distanziert.⁹¹ Es ist auch, wie ich weiß, zu sehr starken Auseinandersetzungen mit dem Herrn Heine, der das alles macht, gekommen. Aber wie lange das anhalten wird, weiß man nicht. Auch das müssen wir abwarten. Wir müssen aber, wenn es notwendig sein sollte, in den kommenden Wochen in umfangreichster Weise unsere Partei über alles aufklären, was vor sich geht, damit nicht die SPD aus einem etwaigen Mißerfolg dieser Konferenz Kapital schlagen wird; insofern wird also unsere gesamte Partei vielleicht in den nächsten Wochen aufgerufen werden, große Versammlungen zu veranstalten. Sie werden entsprechendes Material dann bekommen. Auch unsere Presse muß entsprechend instruiert werden, damit nicht der völlig falsche Eindruck

⁹¹ Zum Briefwechsel vom 7. und 8. Januar und der Aussprache zwischen Adenauer und Ollenhauer am 11. Januar, die keine Änderung der Standpunkte erbrachte, vgl. AdG 1954 S. 4328.

entstehen kann, daß die Bundesregierung unter Führung der CDU diejenige sei, die eine Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit verhindere.

Wer so sorgsam die Äußerungen der Sozialdemokraten verfolgt, wie ich es tue und tun muß, der merkt, wie sich die Sprechweise der Sozialdemokratie schon geändert hat. Sie spricht nicht mehr so von der Wiedervereinigung wie vor einem Jahr, von einer Wiedervereinigung in Freiheit, sie spricht nicht mehr von einem absolut freien Deutschland, sondern sie nähert sich jetzt in bedenklicher Weise der These der Ostzonenregierung. Ich bitte Sie, das auch zu verfolgen, genauso wie ich es tue, damit wir im richtigen Augenblick die Initiative ergreifen.

Sie werden vielleicht schon in den Dörfern und Städten die Plakate gesehen haben, die die Bundesregierung hat anschlagen lassen. Das haben wir getan, einige Tage bevor die Sozialdemokratie mit entsprechenden Plakaten kommen wollte. Ich glaube, das war ganz gut so, daß wir die ersten dabeigewesen sind. Verlassen Sie sich darauf, daß wir wachsam sein werden. Es wird aufgepaßt werden. Eventuell müssen wir an Sie alle appellieren. Es können Situationen kommen, wo tatsächlich wie bei einer Wahl alles aufgeboten werden muß, damit keine falschen Nachrichten, die von der Sozialdemokratie verbreitet werden, sich in der Bevölkerung festsetzen, so z.B., als ob wir diejenigen seien, die nicht national seien und die Wiedervereinigung verhinderten.

Ich glaube, daß die Wiedervereinigung in Freiheit kommen wird. Ich bin weiter der Auffassung, daß es wahrscheinlich gar nicht so lange mehr dauern wird – ob auf dieser Konferenz, das ist eine Frage für sich. Ich erblicke z.Z. die größte Möglichkeit, um überhaupt in der Welt wieder zur Ruhe und zum Frieden zu kommen, in der ungeheuren Gefährlichkeit der Atomwaffen. Diese Atomwaffen sind tatsächlich so entwickelt worden, daß mit einer Bombe, geworfen von einem ferngesteuerten Flugzeug, eine Stadt wie Chicago bis zum Letzten vernichtet werden kann. Das wissen auch die Russen. Sie wissen auch, daß sie mindestens einige Jahre in der Entwicklung zurück sind.

Es kann sein, daß etwas derart Furchtbares, wie es ein Atomkrieg sein würde, wirklich auch die Russen dazu bringen wird, mit den Amerikanern zu verhandeln. Wenn es gelänge, daß sich diese beiden Mächte auf dem Gebiete der Atomwaffen wirklich verständigten, dann wäre damit auch ein Teil der Furcht von den Russen genommen. Die inneren Verhältnisse in Rußland sind alles andere als rosig. Diese Verständigung würde zu weiteren Vereinbarungen zwischen dem Osten und dem Westen beitragen. In diesem Augenblick würde auch für das deutsche Volk in der Ostzone die Freiheitsstunde schlagen.

Das ist die Hoffnung, die wir haben dürfen. Ich hoffe, sie wird nicht trügen; denn wenn ein Atomkrieg käme, würde wohl kaum ein zivilisiertes Volk am Leben bleiben. So sehen die Dinge aus! Aber wie gesagt, ich hoffe, daß doch noch die menschliche Einsicht auch bei den Russen Oberwasser bekommt und daß wir auf dem von uns beschrittenen Wege zu friedlichen Verhältnissen nach dieser langen Periode der Wirren und des Krieges auf der Erde kommen werden. (*Lebhafter Beifall.*)

Wackerzapp: Das Problem der Oder-Neiße-Linie kommt irgendwie zum Tragen.

Es ist gesagt worden, daß die Öffentlichkeit Disziplin bewahren muß, damit kein Porzellan zerschlagen wird. Bei den Vertriebenen ist eine große Sorge darüber entstanden, ob die gerechtfertigten Heimatansprüche bei dieser Gelegenheit annulliert werden könnten. Man hat mit großer Sorge gesehen, wie Frankreich in diesem Punkt außerordentlich negativ reagiert und gewirkt hat, wie die Deutsche Demokratische Republik die Oder-Neiße-Linie als unabänderlich propagiert, und auch England keineswegs gesonnen ist, sich aktiv irgendwie einzusetzen.

Was sollen wir unseren Leuten sagen? Es wäre uns lieb, wenn wir eine Direktive bekämen, damit wir auf unsere Leute entsprechend einwirken können.

Adenauer: Machen Sie sich und Ihren Leuten klar, daß an der Oder-Neiße-Linie sich nichts ändern wird, sondern daß es sich zunächst darum handelt, ob die Amerikaner aus Europa gebracht werden und ob der Atlantikpakt bestehenbleibt.

Im jetzigen Augenblick die Frage der Oder-Neiße-Linie anzuschneiden, wäre politisch völlig falsch und auch zwecklos. Wenn aber eine allgemeine Befriedigung eintritt – wovon ich zum Schluß meiner Ausführungen sprach –, dann kann man hoffen, daß auch eine Regelung mit dem freien Polen erfolgt. Aber jetzt in diesem Augenblick speziell über die Oder-Neiße-Linie oder über Sudetenland zu verhandeln, wo tatsächlich das Dasein Europas auf dem Spiele steht, das kann man gar nicht. Das muß man seinen Leuten sagen und den Lauf der Entwicklung abwarten.

Kaiser: Ich habe in den letzten Tagen in Berlin mit zahlreichen Ostvertriebenen gesprochen. Ich bin dabei auf volles Verständnis gestoßen, daß diese Frage jetzt nicht aufgeworfen werden kann und nicht aufgeworfen werden darf.

Bei dieser Viermächtekonferenz geht es einfach um die Frage der Wiedervereinigung der Sowjetzone mit der Bundesrepublik. Ob es gelingt, hängt von all den Dingen ab, die der Bundeskanzler berührt hat, und nicht zuletzt von unserem Willen, ob wir die Wiedervereinigung wirklich wollen. Ich bin dem Bundeskanzler dankbar dafür, daß er darauf zu sprechen kam.

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist das oberste und dringlichste Ziel unserer Politik. Ich habe mit ihren Schicksalsgenossen gesprochen und ihnen klargemacht: Jetzt in diesem Stadium geht es um die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Frage Ostdeutschland damit zu verbinden, hieße die Lösung zu erschweren. Das wird einer späteren Zeit aufgegeben sein.

Natürlich ist unser Standpunkt der, wenn diese Frage von dieser oder jener Seite auf der Viererkonferenz aufgeworfen werden sollte, daß niemand von uns verlangen kann, daß wir auf das Land verzichten, sondern daß die Welt von uns überzeugt werden muß, daß wir nicht mit den Mitteln des Krieges dieses Land zurückerobern wollen, sondern daß wir darauf vertrauen, daß in einer sich mehr klärenden Weltlage mit den Mitteln der Politik diese Frage gelöst wird. Damit haben sich auch die Leute einverstanden erklärt. Vielleicht ist es notwendig, Herr Wackerzapp, daß wir mit Repräsentanten der Landsmannschaften noch einmal über die Angelegenheit sprechen, damit keine Störungen aufkommen.

Wackerzapp: Ich halte es für außerordentlich wichtig, daß von berufener Seite

noch einmal mit den maßgebenden Organisationen Fühlung genommen wird, damit man sich koordinieren kann. Wir vertreten die Meinung, daß irgendwie das Problem der Oder-Neiße auf der Berliner Konferenz behandelt wird. (*Adenauer*: Das wird nicht behandelt werden!) Es kommt aber zwangsläufig dazu; denn die deutsche Ostzonenregierung geht von vornherein davon aus, daß dieses Gebiet abgeschrieben ist.

Adenauer: Verzeihen Sie, die ist ja nicht auf der Konferenz. Und die Russen werden es nicht anschneiden und die Westalliierten auch nicht. Verstehen Sie doch bitte, daß bei dieser Konferenz die Frage der Oder-Neiße-Linie nicht behandelt wird. Das halte ich für ausgeschlossen.

Wackerzapp: Damit keine Störungen eintreten, halte ich es für richtig, daß Aufklärungen erfolgen, damit sich die Vertriebenen und auch die Presse in den richtigen Schranken halten.

Kaiser: Es ist schade, daß Hans Schütz nicht hier ist. Ich habe ihn sprechen hören. Das war so überzeugend, als er sagte, laßt uns Deutsche nicht den Fehler begehen, den dritten Schritt vor dem zweiten oder ersten zu tun. Natürlich muß die Revision der Ostfrage kommen. Jetzt steht aber die Frage der Wiedervereinigung der getrennten Teile Deutschlands, der Sowjetzone von der Bundesrepublik, zur Debatte. Das andere muß und wird später kommen. Wenn uns das erste gelingt – Gott gebe es –, dann wird auch das andere im Ablauf des Weltgeschehens seine Lösung finden.

Strauß: Darf ich auch einmal als nicht unmittelbar Betroffener dazu reden. Seien Sie überzeugt davon, daß mir die Oder-Neiße-Frage genauso am Herzen liegt, als wenn Bayern südlich der Donau bei Italien läge. Ich habe mich in München im Arbeitskreis Ost „Oder-Neiße“ bei der Christlich-Sozialen Union zur gleichen Frage geäußert.

Ich halte es nicht für das Ergebnis der letzten Weisheit, aber es gibt einen politischen Fahrplan, den man benutzen müßte, wenn man die Absicht hätte, die Berliner Konferenz von vornherein zur Aussichtslosigkeit zu verurteilen. Wenn man nämlich die Erreichung der deutschen politischen Ziele torpedieren wollte, dann müßte man die Frage der Oder-Neiße jetzt aufrollen und ein Gespräch über die Wünsche hinsichtlich der deutschen Ostgrenzen festlegen.

Es ist alles im Fluß. Wenn die Berliner Konferenz zu keinem Ergebnis führt, dann können wir uns über die Oder-Neiße-Linie sowieso nicht unterhalten; dann ist es ein völlig irrealer Wunsch, darüber zu reden. Führt sie zum Erfolg, dann muß das Ergebnis darin bestehen, daß eine deutsche Regierung als gleichberechtigter Verhandlungspartner für alle zukünftigen Friedensverhandlungen – insbesondere bei diesen Verhandlungen – mit an den Tisch der Großen kommt.

Das ist überhaupt nach meiner Auffassung der Anfangspunkt, wo wir in der Öffentlichkeit darüber reden können; aber vorher um Gottes willen nicht. Natürlich müssen wir immer daran denken, aber so wenig wie möglich davon reden. Gerade die betreffenden Kreise müssen einsehen, daß gar nichts zu erreichen ist, wenn wir heute eine innerdeutsche Diskussion darüber führen, die nach außen hin mit tödlicher

Sicherheit dazu führen würde, daß Frankreich noch mißtrauischer wird als bisher und daß sich Polen noch enger an die Sowjetunion anklammert.

Die Einheitsfront, der wir jetzt noch gegenüberstehen, können wir viel leichter auflockern, wenn wir darüber schweigen und so lange warten, bis wir die Plattform gefunden haben, um darüber reden zu können. In dem Sinne sollten Sie auf diese Kreise einwirken, daß sie um Gottes willen jetzt nicht der Bundesregierung den Vorwurf machen, daß sie diese Frage nicht aufrollt.

Wenn die Bundesregierung den schlechten Willen hätte, die Gebiete jenseits der Oder-Neiße nicht heimzuholen, dann müßte sie so verfahren, wie manche heiße Köpfe es draußen wünschen.

Gradl: Lieber Freund Wackerzapp! Wir haben in unserem Kreis schon des öfteren darüber gesprochen. Ich habe festgestellt, daß man in den Kreisen der Heimatvertriebenen immer Verständnis dafür gefunden hat, wenn man sagt, es geht jetzt darum, die Russen hinter die Oder zu bringen. Wenn die Russen hinter der Oder sind, dann sieht die Welt anders aus. Dann könnt ihr hinübersehen in dieses Land. Dann ist die politische Situation, aus der heraus wir unsere moralischen Forderungen auf die Rückgabe dieser Gebiete erheben, ganz anders. Deswegen wollen wir zunächst sehen, daß wir bis an die Oder kommen.

Das ist um so wichtiger, als wir bis zur Oder immerhin 18 Millionen deutsche Menschen frei bekommen. Auch hinter der Oder sind deutsche Menschen und ist deutsches Land. Das Schwergewicht vom nationalen Standpunkt aus ist dabei eindeutig so, daß wir zunächst alles zurückschieben und uns mit voller Aufmerksamkeit auf die Rückgewinnung der Sowjetzone konzentrieren.

Ich bin davon überzeugt, wenn Sie das Ihren Freunden sagen, dann werden sie das auch einsehen. Ich habe keinen gefunden, der das nicht verstanden hat.

Herr Bundeskanzler! Ich habe mich besonders gefreut über eine Bemerkung, nicht über alle Bemerkungen, z.B. über Ihre Kritik an meiner Beurteilung der SPD. (*Adenauer:* Das war keine Kritik!) Ich habe gesagt: Es besteht die Möglichkeit, daß sich die SPD wandelt, und es ist gut, wenn wir uns darauf vorbereiten, um ihr rechtzeitig Paroli zu bieten. In dem Bericht von Herrn Heck steht der interessante Satz: „Hätte die SPD wenigstens unmittelbar vor der Wahl ihre uferlose Obstruktion auf außenpolitischem Gebiet aufgegeben und statt dessen ihre ganze Kraft auf den sozialpolitischen Angriff konzentriert, dann wäre ihre Niederlage wahrscheinlich nicht so eindeutig ausgefallen; denn hier konnte sie immerhin auf noch bestehende Mängel hinweisen.“

Das wird auch einer der Schwerpunkte in den kommenden Auseinandersetzungen mit der Sozialdemokratie sein. Wenn sie mit dieser Zielrichtung antritt und ihre Sprache läutert aus den bekannten Überlegungen, dann wird unsere Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie nicht so leicht zu führen sein, wie sie im Wahlkampf gewesen ist.

Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, wir wollen uns freihalten von Pessimismus und von Optimismus. Sie haben völlig recht. Ich habe den Eindruck, daß es leicht-

gläubige Optimisten gibt, die die ganzen Schwierigkeiten und Gefahren offenbar nicht übersehen, die auch in dieser Konferenz beschlossen liegen.

Wir brauchen folgendes: Wir müssen der Welt klarmachen, daß wir Deutschland wollen und daher diese Konferenz zu einem Erfolg führen muß. Ich meine, daß überhaupt kein verantwortlicher Politiker in unserem Land heute reden darf, ohne daß er diesen Willen mit letzter Klarheit erkennen läßt. Ich glaube, man macht sich nicht immer klar, was auf dem Spiele steht, wenn diese Konferenz scheitern sollte.

Wir haben in den letzten Jahren die undankbare Aufgabe gehabt, den Menschen in der Sowjetzone zu antworten, wenn sie fragten, wie lange soll das noch gehen? Wir haben sie vertröstet. Und nun kommt nach fünf oder sieben Jahren die erste Konferenz, auf der offenbar ernsthaft über Deutschland gesprochen wird. Die Menschen in der Sowjetzone sind keine blinden Optimisten. Wenn man sie fragt, was sie erwarten, dann hört man zuerst Zweifel darüber, daß die Russen tatsächlich nun endlich Vernunft annehmen werden, aber hinter jedem Satz, den die Leute sagen, steckt doch die Hoffnung, daß es endlich einmal dazu kommen möge, daß ihr Schicksal geändert wird.

Unter einem Erfolg verstehe ich nicht, daß die Konferenz nun gleich mit Pauken und Trompeten uns die Sowjetzone zurückgibt, sondern ein Erfolg wäre schon, wenn man sagen könnte, es ist ein echter Anfang gemacht worden, um weiterzukommen. Wenn das aber nicht gelingt – ich darf es offen sagen –, dann weiß ich nicht, wie wir die Menschen in der Sowjetzone bewegen sollen, weiterhin dazubleiben. Das ist meine größte Sorge. Jakob Kaiser hat es vor einiger Zeit so ausgedrückt: Dann bekommen wir die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Was das heißt, kann man sich nicht vorstellen. Wir können dann die Menschen nicht mehr zurückhalten. Sie kommen dann. Das gibt eine solche Überschwemmung, daß wir damit nicht fertig werden.

Deshalb genügt es auch nicht, daß wir auf dieser Konferenz nur zu kleinen Erleichterungen kommen. Kleine Erleichterungen bieten die ungeheure Gefahr, daß beide Seiten, West und Ost, sich damit zufriedengeben und daß sich allmählich über die kleineren Erleichterungen dieser Status quo einschleicht, mit dem man die Gefahr, von der ich sprach, nicht wird bannen können; denn die Leute bringen die Kraft nicht mehr auf, noch einmal auf eine nebelhafte Zukunftsperspektive hin in der Sowjetzone auszuhalten.

Deshalb meine Bitte, in der Resolution mit aller Deutlichkeit als unseren Willen auszusprechen, daß wir uns dagegen wehren, wenn es bei dem gegenwärtigen Status bleiben sollte. Ich will keine großen Worte machen, aber ich möchte doch sagen, es darf bei uns in dieser furchtbaren Situation – in der es um diese 18 Millionen geht, die irgendwie erschöpft sind und verlorengehen können – nicht geschehen, daß wir durch Zaudern, Mutlosigkeit und Entschlußlosigkeit und mangelnde Elastizität mit dazu beitragen, daß die Russen letzten Endes auch dieses Land in die Hand bekommen, das ihnen bisher Gott sei Dank durch den heroischen Kampf der Menschen in der Sowjetzone vorenthalten geblieben ist.

Von Brentano: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Was Dr. Gradl gesagt hat, ist mit jedem Wort richtig. Man kann die Folgen eines Zusammenbruchs dieser Berliner Konferenz gar nicht ernst genug betrachten. Schon die Vorstellung, die er andeutete, daß aus dem Gefühl der Verzweiflung, der Mutlosigkeit und der Hoffnungslosigkeit heraus Millionen von Menschen sich wie eine Völkerwanderung in Bewegung setzen werden, weil sie die letzte Hoffnung auf eine Befreiung verloren haben, ist so schrecklich, daß man nicht weiß, wie man ihr begegnen soll.

Aber ich möchte auf der anderen Seite auch sagen – es mag vielleicht ein wenig unlogisch klingen –, ich habe echte Sorge vor einer Diskussion über Teillösungen, weil gerade bei Teillösungen das geschehen könnte, was Sie andeuteten, daß man sich in der Welt mit solchen Teillösungen zufriedengeben könnte, die in letzter Konsequenz darin bestehen könnten, daß man das Bestehen und Fortbestehen der sogenannten DDR anerkennen würde.

Wir dürfen nicht vergessen, daß das eine verlockende Vorstellung für viele ist, die nicht auf unserer Seite stehen. Eine verewigte Teilung und damit verewigte Schwächung Deutschlands ist für manche, die die Ressentiments der Vergangenheit noch nicht losgeworden sind, sicherlich eine verlockende Vorstellung. Deswegen sollten wir jedem solcher Gedanken schon heute sehr ernst und nachdrücklichst widerstreben. Wir sollten davon ausgehen, daß wir grundsätzlich und unerbittlich auf dem bestehen, was der Bundestag nicht von ungefähr beschlossen hat, weil wir uns über die Konsequenzen klar waren; sonst verlieren wir die Glaubwürdigkeit.

Ich glaube, das wäre der teuerste Preis, den wir zahlen würden, wenn wir nach dem Westen hin die Glaubwürdigkeit verlören, der dann der deutschen Politik unterstellen könnte, sie spiele mit dem Gedanken, sich vielleicht unter veränderten Umständen anders zu orientieren wie heute. Ich sage das gerade im Blick auf die Vereinigten Staaten. Ich möchte die Ausführungen des Bundeskanzlers noch ergänzen, daß man nämlich gar nicht ernst genug einschätzen kann, was in der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten vor sich geht.

Der Isolationismus ist eine dem amerikanischen Denken gemäße Form. Die Vereinigten Staaten sind aus dem Isolationismus überhaupt entstanden, und der Interventionismus ist eigentlich immer nur eine vorübergehende Erscheinung in Amerika gewesen. Deswegen ist der isolationistische Gedanke heute noch lange nicht tot; er hat immer noch Anhänger, und zu diesen Anhängern stoßen sicher noch viele, die der Meinung sind, daß das Schwergewicht der amerikanischen Politik nicht in Europa, sondern in Asien liege.

Wenn zu diesen beiden noch diejenigen kämen, die heute über die europäische Haltung enttäuscht würden – und das würden zwangsläufig sehr viele sein in dem Augenblick, wo man Zweifel hätte an der Konsequenz der Deutschlandpolitik –, dann wäre ein Stimmungsumschwung in den Vereinigten Staaten, den Sie schon anzeigten, in Kürze zu erwarten. Was das für uns und Europa zu bedeuten hätte, das wissen Sie alle. Wir brauchten uns dann über die politische Struktur Europas und seine Ziele nicht mehr zu unterhalten.

In dem Augenblick, in dem sich die Vereinigten Staaten von Europa zurückziehen, wird sich in Europa eine Tragödie vollziehen, ohne daß irgendeiner in der Lage sein wird, sie zu verhindern.

Ich bin auch in Sorge über das, was der Herr Wehner sagt. Wir sollten einen sehr klaren Unterschied herausstellen. Herr Wehner sagt: wenn keine ganze Lösung, dann vielleicht eine Teillösung. Es gibt für uns keine Teillösung dieses deutschen Problems, sondern es muß zunächst über die Vorfrage der gesamtdeutschen Wahl entschieden werden. Ich sehe in jeder Teillösung den Anfang dieser gefährlichen Entwicklung, von der ich eben sprach.

Wir werden in den nächsten Wochen sehr viele Anstrengungen machen und die öffentliche Meinung ansprechen und aufklären müssen. Wir werden auch Nerven haben müssen; denn die Russen werden uns die Dinge nicht leichtmachen. Daß die Russen vorsichtig und taktisch verhandeln, das haben wir in der Vergangenheit kennengelernt. Und daß sie in der Lage sind, in einem solchen Gremium wie in Berlin zu verhandeln, das ist auch klar; denn es ist in ihre Hand gegeben, jedwede Erklärung abzugeben, ohne daß man sie jemals beim Wort nehmen kann.

Wenn Rußland heute von einem wiedervereinigten, freien und demokratischen Deutschland spricht, dann klingt das in den Ohren der deutschen Menschen sehr schön, aber es wird in jedem Falle zu analysieren sein, was Rußland unter Demokratie und Freiheit versteht. Wir müssen alles tun, um in diesen Monaten und Wochen die Öffentlichkeit innerhalb und außerhalb Deutschlands davon zu überzeugen, daß unsere Forderungen nicht maßlos sind und daß sie nichts zu tun haben mit unerfüllbaren Bedingungen, die den Erfolg der Konferenz etwa verhindern könnten, daß aber an der Spitze unseres Programms stehen muß: freie Wahlen! Das ist das Minimum und das Maximum, was wir verlangen müssen, wenn wir nicht vor dem deutschen Volk und der Umwelt ungläubwürdig wirken wollen.

Gerade deswegen ist es nötig, daß in diesen Wochen und Monaten die Partei und die Fraktion sehr eng und echt zusammenarbeiten. Sie haben schon von unserer erhöhten Verantwortung seit dem 6. September 1953 gesprochen. Dieser erhöhten Verantwortung können wir nur gerecht werden, wenn wir in der Fraktion und in der Partei einmal alle die Fragen, die uns trennen, zurückstellen, um uns auf das Große und Gemeinsame zu besinnen.

So habe ich es bedauert, daß es im Bundestag möglich war, über die Frage der Verlängerung des Gesetzes über die Konsumgenossenschaften eine solche Debatte zu führen, und daß Redner unserer Partei in dieser Weise gegeneinander aufgetreten sind.⁹² Das können wir uns schlechthin nicht leisten in einer Zeit, in der Leben oder Sterben unseres Volkes auf dem Spiele steht. Die Meinungen können auseinandergehen, das ist keine Grundsatzfrage; sie können so weit auseinandergehen, daß nicht

92 Gesetz vom 8. Januar 1954 (BGBl I S. 2); unterschiedliche Stellungnahmen wurden in der Debatte vom 10. Dezember 1953 abgegeben, wobei die Ausführungen von Franz Böhm z.T. auf Widerspruch stießen (vgl. Sten.Ber. 2.WP Bd.18 S. 196–208).

gleichgestimmt wird, das spielt keine Rolle, aber daß Redner einer Partei mit Leidenschaft im Plenum gegeneinander sprechen, das halte ich doch für verhängnisvoll.

Verstehen Sie mich recht. Ich nenne dieses Beispiel. Man mag sagen: Es ist nicht bedeutungsvoll. Ich glaube, es ist bedeutungsvoll. Wenn wir nicht im Anfang die Gefahr sehen, die aus einer solchen Entwicklung kommt, dann befürchte ich, werden wir sie später nicht mehr bannen können. Ich möchte Sie bitten, Herr Bundeskanzler, daß wir während der nächsten Wochen und Monate den Versuch unternehmen sollten, mit der Partei in einem ständigen Kontakt zu bleiben.

Wir sollten uns heute vornehmen, daß wir während der Berliner Konferenz den Bundesparteivorstand zusammenrufen, vielleicht auch den Parteiausschuß, schon um die Sprache abzustimmen, um den Menschen, die draußen unsere Politik verantworten müssen, mit auf den Weg zu geben, was sie sagen sollen; denn die Verwirrung wird riesengroß sein, um so mehr, als die Sozialdemokratie – zum Teil, nicht alle – diese Verwirrung benutzen wird, weil sie die merkwürdige Vorstellung hat, daß sie mit solchen Methoden in irgendeiner Weise einen politischen Erfolg für sich davontragen könnte.

Ich erlaube mir anzuregen, daß wir heute vorsehen, zu einem bestimmten Zeitpunkt während der Sitzung der Viererkonferenz in Berlin den Parteivorstand und Parteiausschuß einzuberufen, um damit auch die Bedeutung dieser Viererkonferenz zu unterstreichen und um der Öffentlichkeit zu sagen, daß sich die CDU mit diesem ganzen Problem nicht nur am Rande, sondern laufend und gründlich beschäftigt hat.

Es wird vielleicht auch notwendig sein, in einer solchen Sitzung das, was ich angedeutet habe, zu beschließen: nämlich einen wirklich großen Aufklärungsfeldzug zu starten. Man sollte mit den Menschen draußen sprechen. Wir sollten Versammlungen abhalten; wir sollten auf die große Bedeutung der Konferenz hinweisen, nicht pessimistisch, sondern mit dem Tenor, von dem Gradl sprach: Sie muß zu einem Erfolg führen. Der Erfolg kann nur in der Erfüllung dessen bestehen, was wir uns als Minimum vorstellen. (*Beifall.*)

Tillmanns: Wir teilen alle Ihre Sorgen, Herr Bundeskanzler, wegen der Viermächtekonferenz. Ich bin der Auffassung, daß die Sowjets vielleicht dieser Konferenz zugestimmt haben, weil sie eine günstige Chance sehen wegen der Haltung Frankreichs und der Ungeduld Amerikas. Wir sind uns alle darüber klar, daß ein Scheitern der Konferenz auf die Haltung der Sowjets zurückzuführen sein wird. Das muß dann unserem Volke und der ganzen freien Welt eindeutig klargestellt werden. Ich habe nur die Sorge, ob das gelingen wird, vor allem deshalb, weil – wie Sie ausgeführt haben – die Amerikaner sofort mit der Uhr in der Hand an den Tisch kommen.

Es ist nun einmal so, wenn man unter Zeitdruck steht, daß man sehr bald in eine unangenehme Situation kommt. Und die Amerikaner stehen unter Zeitdruck. Wenn die Amerikaner wirklich aufstehen wollen, dann müssen sie es auch auf sich nehmen, vor aller Welt zu erklären, daß sie die Konferenz beendet haben. Darin sehe ich eine außerordentlich große Gefahr.

Ich habe den Eindruck, daß uns die Sowjets auf dieser Konferenz nicht den

Gefallen tun werden, zu irgend etwas klar ihre Meinung zu sagen, sondern daß sie durch Taktik und für uns überraschende Vorschläge versuchen werden, die Konferenz in die Länge zu ziehen bzw. die Westmächte und uns vor neue Situationen zu stellen. Die Russen werden wohl aus Gründen, die mit den Atomwaffen zusammenhängen, zu irgendeiner Besprechung kommen, aber sie werden sicherlich versuchen, den Vereinigten Staaten gegenüber durch ihre Position in Europa soviel wie möglich herauszuholen. Es entspricht russischer Taktik, daß sie zehnmal soviel fordern, wie sie wirklich haben wollen. Es kommt darauf an, wie die Westmächte darauf reagieren. Man weiß nicht, wie die Russen taktieren. Es könnte sein, daß sie in Anknüpfung an föderative Vorstellungen im deutschen Volk plötzlich eine Wiedervereinigung in einem extrem föderalistischen Sinne vorschlagen, d.h. kaum einen Staatenbund, also eine gesamtdeutsche Regierung oder Nationalversammlung, die aber in ihrer Kompetenz ungeheuer eingeschränkt sein würde, so daß also eine autonome Sowjetzone mit allem, was dazu gehört, in einem wiedervereinigten Deutschland bliebe. Das wäre sehr gefährlich; aber mit einer solchen Möglichkeit muß doch gerechnet werden.

Ich führe das an nur deshalb, weil ich den Wunsch von Dr. Gradl ergänzen wollte: Es kommt alles darauf an, daß wir diesen elastischen Methoden der Sowjets ebenso elastische politische Konzeptionen entgegensetzen. Wir müssen alle Äußerungen unterlassen, die dazu Anlaß geben könnten, als hätten wir zum Scheitern der Konferenz beigetragen.

Wir stehen – ganz offen gesagt – vor der ungeheuer schwierigen Aufgabe, daß wir vielleicht in den nächsten Wochen gegen unsere eigenen Sorgen sprechen müssen. Um das zu vermeiden, was ich sagte, müssen wir unserem Volk und den Menschen in der Sowjetzone die Sicherheit geben, daß wir alles tun werden, um die Wiedervereinigung herbeizuführen, auch wenn wir genau wissen, wie schwer es ist. Wir müssen uns davor hüten, durch eine zu starke Betonung dieser Sorgen den Vorwurf auf uns zu ziehen: Aha, ihr selbst habt durch eure pessimistische Ausdrucksweise dazu beigetragen, daß Schwierigkeiten entstanden sind. Ich bin mir durchaus im klaren, daß wir keine leichtfertigen Hoffnungen erwecken dürfen. Es besteht die schwierige Aufgabe, unsere Sprechweise zur Öffentlichkeit genau abzustimmen. Wir müssen uns fernhalten von einer Darstellung der Situation, die uns den Vorwurf einbringen könnte: Aha, ihr seid das retardierende Moment! Wir dürfen aber auch keinerlei Hoffnungen erwecken, die einfach nicht der Realität entsprechen.

Ein Gedanke, der hier zu einer gewissen Lösung führen könnte: Das gesamte politische Denken unseres Volkes ist allmählich in eine Richtung gegangen oder hat sich so entwickelt, daß sich die Menschen gar nicht mehr klarmachen, aus welchem Grunde überhaupt diese ganze furchtbare Situation und Tragödie über unser Volk hereingebrochen ist, d.h., daß sie gar nicht mehr wissen, was eigentlich bis zum Jahre 1945 geschehen ist. Ich meine, man sollte gerade jetzt, allerdings in einer vorsichtigen Weise, die Öffentlichkeit gelegentlich noch einmal daran erinnern, daß wir bei alledem, was wir für die Freiheit und die Einheit unseres Volkes wünschen, nicht vergessen dürfen, warum wir in diese Situation hineingekommen sind.

Wir müssen dem Volke sagen: Es ist ja nicht so, daß wir nur zu erklären brauchen, was wir wünschen und wollen – und dann wird dies auch geschehen. Wir müssen unserem Volke in geeigneter Weise klarmachen, daß wir nicht ohne deutsche Schuld – ich sage das mit Absicht – in eine Situation gekommen sind, die wir nur dann meistern können, wenn sich das deutsche Volk in seiner Gesamtheit klarmacht, daß es das über es gekommene Schicksal im positiven Sinne als eine Verpflichtung für Deutschland empfindet.

Das deutsche Volk muß wirklich in einer neuen Bereitschaft zum Zusammenleben mit den Nachbarvölkern stehen und nicht in vagen Vorstellungen, um diese Aufgabe lösen zu können. Wenn es uns in den nächsten Wochen nicht gelingt, das deutsche Volk in diesem Sinne anzusprechen, dann werden wir hinsichtlich der Viermächtekonferenz nicht die Aufgabe erfüllen können, die uns als Christlich-Demokratische Union aufgetragen ist.

Kaiser: Eine Teillösung, die den Status quo weiter bestehen läßt, können wir nicht wollen. Aber den Gedanken von Gradl müssen wir klar im Auge behalten. Ich sage das aufgrund der Gespräche mit Leuten von Rang aus der Sowjetzone. Es sind tapfere Menschen, die trotz aller Schwierigkeiten bisher ausgehalten haben.

Ich sage kein Wort zuviel, wenn ich es so deute: Die Menschen drüben sind mit ihren körperlichen und seelischen Kräften am Ende. Und wenn diese Konferenz ganz negativ verläuft, ganz ohne Hoffnung für die Menschen drüben, dann kommt ein Unheil über uns sondergleichen!

Dann kommen noch in diesem Jahr nicht Hunderttausende, sondern Millionen von Menschen zu uns herüber. Das können wir auch nicht wollen; denn dann würde das Land, wenn es entvölkert würde, so gefährdet wie die weiteren deutschen Ostgebiete, oder es würde sogar verlorengehen an die östliche Welt. Das kann und darf nicht sein!

Es ist mir aber gesagt und bestätigt worden, daß unsere Menschen drüben, wenn sich eine Hoffnung für sie abzeichnet, weiter aushalten werden. Die Menschen haben mir gesagt, auch wenn das in zwei oder drei Jahren sein wird, dann werden wir bleiben. Die Konferenz darf nur nicht ganz hoffnungslos verlaufen.

Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, die drei Westalliierten haben sich unsere Sorgen um unser Land zu eigen gemacht. Wir dürfen darauf vertrauen, daß sie in dieser Intention zur Viermächtekonferenz nach Berlin gehen. Ich bin der Auffassung, daß die Amerikaner die Wiedervereinigung Deutschlands bestimmt wollen, daß sie sie nur nicht um jeden Preis wollen, also nicht unter Bedingungen, die ihrer Gesamtpolitik schroff entgegengesetzt sind.

Weil hier nun die Gefahr besteht, daß sie vielleicht früher Schluß machen wollen, bin ich in Sorge. Die Worte, die Dulles in dieser Hinsicht gesagt hat, können uns wirklich mit Sorge erfüllen. Es ist zu wünschen, daß die Amerikaner mit Weisheit und Geduld zu Werke gehen. Wir wissen, wie unsagbar schwer es ist, mit den Russen weiterzukommen.

Ich bin der Auffassung, daß gesamtdeutsche Wahlen erst mit wirklichem Erfolg durchgeführt werden können, wenn die Russen bereit sind, das Land für Deutschland

freizugeben. Das wird davon abhängen, ob sie sich von ihren bisherigen Gefolgsleuten wie Ulbricht⁹³ und Grotewohl freimachen und einer wirklichen demokratischen Entwicklung Raum geben. Wenn das klar ist, dann kommt der Augenblick, wo wir zusammentreten und weiter beraten müssen.

Weber: Ich habe in Berlin mit Frauen gesprochen und ihnen gesagt, ihr dürft unter keinen Umständen kommen; ihr müßt Geduld und nochmals Geduld haben. Wir wollen und müssen erwarten, daß diese Konferenz gut ausläuft; aber es liegt nicht nur an uns und den Westmächten, sondern vor allem an Sowjetrußland, ob sie gut ausläuft. Über diese Gespräche mit den Menschen aus der Ostzone sollte nichts veröffentlicht werden. Das halte ich aus psychologischen und politischen Gründen für falsch. Mein letzter Eindruck nach diesen Gesprächen ist dann auch sehr gut gewesen; denn die Frauen haben gesagt, wir wollen in diesem Land so lange aushalten, bis der Moment kommt, wo die Freiheit winkt.

Adenauer: Herr von Brentano hat Herrn Wehner erwähnt. Herr Wehner hat gesagt: Es ist schon eine Lösung, wenn nur die Wiederherstellung Berlins dabei herauskommt. (*Zurufe:* Unmöglich!) Das wird sich alles finden, meine Freunde! Wir werden sehr wahrscheinlich im Laufe der Konferenz mehrmals zusammenkommen müssen, um über die Situation zu sprechen.

Ich halte es aber für sehr gefährlich, wenn der maßgebende außenpolitische Mann der Sozialdemokraten schon davon spricht, daß man das auch annehmen soll; denn das ist doch geradezu ein Wink an die Russen: Kauft euch von der ganzen Konferenz dadurch los, daß ihr das annehmt! (*Gradl:* Mit einem Linsengericht abgekauft!) Es ist wirklich nicht – wie der eine oder andere von Ihnen geglaubt hat – bei mir eine angeborene Antipathie gegen die Sozialdemokraten. Die Herren, die mich aus meiner Kölner Zeit kennen, wissen, daß ich als Oberbürgermeister meine großen Sachen mit den Sozialdemokraten zusammen gemacht habe. Aber es ist die unglückselige Entwicklung der Sozialdemokratie, die sie genommen hat. Ich habe mich in der letzten Zeit damit besonders beschäftigt. Es läßt sich dahin zusammenfassen: Die Sozialdemokratie unter Schumacher hat von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden, alles oder nichts! Während wir auf dem Standpunkt stehen, mit Geduld Schritt für Schritt weiterzukommen. Und jetzt macht die Sozialdemokratie wieder Geschichten, und das empört mich so gegen die sozialdemokratische Politik. Dagegen [waren wir] in dem Gespräch, das ich mit Herrn Ollenhauer unter vier Augen gehabt habe⁹⁴ – ich kann natürlich nicht den Inhalt im einzelnen wiedergeben – zu 90 % ein und derselben Ansicht.

Kaiser: Ich habe einige Exemplare unserer Berliner Zeitung „Der Tag“ mitgebracht. Ich möchte die Freunde daran erinnern, daß wir in Berlin eine Zeitung der Christlich-Demokratischen Union haben, dessen verantwortlicher Mann Dr. Gradl ist.

93 Walter Ulbricht (1893–1973), 1949–1960 stv. Vorsitzender des Ministerrats der DDR, 1953–1971 Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 244 Anm. 120.

94 Am 11. Januar 1954 (AdG 1954 S. 4328f.).

Wir kämpfen mit dieser Zeitung einen unsagbar schweren Kampf in Berlin. Ich möchte wünschen, daß die Zeitung in unseren Freundeskreisen starke Beachtung findet. Ich bitte Sie, sich ein Exemplar mitzunehmen und nach Möglichkeit zu versuchen, Abonnenten zu werben. Die Zeitung ist wirklich wert, gelesen zu werden.

Adenauer: Das ist eine sehr wichtige Angelegenheit. Es sind bisher in Berlin 850 Journalisten (*Zuruf:* West-Berlin!) – ja, im Westen – ohne die Kommunisten. Für diese 850 Journalisten werden die drei Westalliierten sorgen. Sie sind im Kathreiners-Haus⁹⁵ untergebracht. Wir werden während der Konferenz in Berlin eine Zentrale einrichten; im allgemeinen wird Herr Eckardt⁹⁶ da sein, damit die Journalisten in die richtigen Hände kommen.

Wenn die Sitzungen im Ostsektor Berlins stattfinden – bis gestern bestand nur eine einzige telefonische Verbindungsleitung –, dann würde die kommunistische Presse im Vorsprung sein gegenüber der nichtkommunistischen. Infolgedessen wird es um so nötiger sein – was Herr Kaiser gesagt hat –, den „Tag“ zu unterstützen und zu beachten.

Ich habe auch Schritte unternommen, daß die Berliner Zeitungen überhaupt während dieser Wochen finanziell unterstützt werden, damit sie eventuell zwei Ausgaben täglich herausgeben können. Das gilt insbesondere für das Blatt der CDU. Ich wiederhole: Soweit irgend jemand dazu in der Lage ist, sollte er den „Tag“, besonders in den kommenden Wochen, unterstützen. Herr Kaiser hat völlig recht damit.

Wir werden natürlich alle Instanzen, insbesondere den Bundesparteivorstand und die Bundestagsfraktion, auf dem laufenden halten und Sie wahrscheinlich sehr schnell bitten, wieder nach hier zu kommen; denn es handelt sich wirklich um entscheidende Dinge, so daß ich hoffe, daß Sie diesem Rufe auch Folge leisten werden.

Nun kommen wir zum Punkt 4 und zum Punkt 5 der Tagesordnung.

SATZUNG FÜR DEN LANDESVERBAND ODER-NEISSE

Das Wort hat Herr Heck.

Heck: Der Landesverband Oder-Neiße hat dem Bundesparteivorstand eine Satzung vorgelegt.⁹⁷ Die übrigen Landesverbände haben sich ihre Satzung selber gegeben. Es liegt hier ein Sonderfall vor, weil der Landesverband Oder-Neiße nicht ein Landesverband wie die übrigen ist. Bei der Beratung über die Satzung haben wir uns vor allem darum bemüht, klare Abgrenzungen zu schaffen zwischen der Exil-CDU, Landesverband Oder-Neiße und den Vertriebenen-Ausschüssen. Wir sind übereinstimmend

95 Potsdamer Straße, unweit des Kontrollratsgebäudes, das sich in der Elßholzstraße befindet.

96 Felix von Eckardt (1903–1979), 1952–1955 und 1956–1962 Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Vgl. PROTOKOLLE I S. 207 Anm. 63.

97 Die Satzung lag sämtlichen Vorstandsmitgliedern vor (ACDP VII-002-288); dort auch Abänderungsvorschläge.

zu der Auffassung gekommen, daß die Exil-CDU die Repräsentanz der ehemaligen legalen CDU der von den Sowjets besetzten Zone ist. So sollte der Landesverband Oder-Neiße – der Fall ist etwas anders gelagert – die Repräsentanz der CDU in den Gebieten jenseits der Oder-Neiße darstellen mit der Aufgabe, sich für die Unterbringung und Eingliederung der Heimatvertriebenen im Bundesgebiet einzusetzen. Gleichzeitig sollten mit der Werbungsarbeit im Raum der Heimatvertriebenen ausschließlich die Vertriebenenausschüsse betraut werden, weil mit der Regelung, die ursprünglich vom Landesverband Oder-Neiße angestrebt wurde, nämlich diese Aufgabe durch den Landesverband Oder-Neiße wahrnehmen zu lassen, Schwierigkeiten mit den anderen Landesverbänden nicht zu vermeiden gewesen wären; denn dann müßte der Landesverband Oder-Neiße innerhalb der Landesverbände eine Organisation schaffen. Das schien dem geschäftsführenden Vorstand untragbar zu sein.

Ich glaube, der Bundesparteivorstand kann sich darauf beschränken, zu dieser Abgrenzung Stellung zu nehmen, um dann diese Abgrenzung als Weisung an den Landesverband Oder-Neiße weiterzugeben, damit der Landesverband sich, wie auch die übrigen Landesverbände, seine Satzung selber gibt.

Gradl: Ich habe die Satzung erst heute bekommen. Ich habe den Eindruck, daß man gegen die jetzige Form nichts einwenden kann. Ich bitte aber darum, zu gestatten, daß wir die Sache zu Hause in Ruhe durchlesen, damit wir gegebenenfalls schriftliche Vorschläge dazu machen können. Wir werden ja sehr bald wieder im Bundesparteivorstand zusammenkommen und können dann die Angelegenheit abschließend behandeln.

Adenauer: Dagegen ist nichts einzuwenden.

VERSCHIEDENES

Heck: Es ist von Nordrhein und von Westfalen (Frau Dr. Steinbiß⁹⁸) beantragt worden, einen Ausschuß für das Gesundheitswesen einzurichten. In Frage käme ein kleiner Ausschuß mit 13 Mitgliedern. Der Vorstand hat Bedenken, diesem Antrag stattzugeben. (*Weber:* Dagegen kann man nichts haben!) Dann ist von der Kommunalpolitischen Vereinigung der Antrag gestellt worden, daß der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung⁹⁹ in Zukunft zu den Sitzungen des Bundesparteivorstandes eingeladen wird.

Tillmanns: Dieser Wunsch, der vielleicht berechtigt ist, wird sicherlich ähnliche Wünsche anderer Gruppen nach sich ziehen. Ich weiß nicht, ob es möglich ist, diesen

98 Dr. Viktoria Steinbiß (1892–1971), 1949–1961 MdB (CDU).

99 Wilhelm Bitter (1886–1964), Verleger, 1911–1933 Sekretär der Zentrumspartei, Mitgründer der CDU Westfalen, 1946–1948 Oberbürgermeister in Recklinghausen, Mitgründer und Bundes- bzw. Ehrenvorsitzender der KPV.

Wunsch zu erfüllen. Nach den Satzungen ist der Bundesparteivorstand eine reine Versammlung von gewählten Personen. Es ist keine Vertretung von einzelnen Gruppen für den Vorstand vorgesehen. Deswegen habe ich persönlich Bedenken, daß man dies so einfach beschließen kann. Ich würde vorschlagen, daß die Freunde, die die Satzung überprüfen, auch diese Frage mit einbeziehen.

Heck: Der Wunsch der Kommunalpolitischen Vereinigung scheint insofern gerechtfertigt zu sein, als die Kommunalpolitische Vereinigung der Partei gegenüber den Status besitzt wie die Sozialausschüsse und die Junge Union. Der Vorsitzende der Sozialausschüsse und der Vorsitzende der Jungen Union sind im Bundesparteivorstand vertreten. (*Tillmanns:* Die sind auch als Personen gewählt!)

Zimmer: Die Frage liegt anders. Die kommunale Selbstverwaltung ist grundsätzlich Sache der Länder, auch wenn die Bundesgesetze mittelbar Einfluß auf die Selbstverwaltung haben. Daher wird die Kommunalpolitische Vereinigung in engster Zusammenarbeit mit den Landesorganisationen der CDU stehen. Insoweit aber ein Bedürfnis für die Zusammenarbeit mit dem Bund vorhanden ist – ich denke hierbei an den Art. 107 GG¹⁰⁰, der Gegenstand der Bearbeitung dieses Ausschusses sein wird –, ist es in diesem Sonderfall nach meiner Auffassung selbstverständlich, daß der Vorstand die maßgebenden Herren der Kommunalpolitischen Vereinigung zu den Beratungen hinzuzieht.

Bei den Sozialausschüssen ist es etwas anders; denn die Sozialpolitik wird grundsätzlich vom Bund aus gemacht. (*Adenauer:* Wenn der Vorsitzende diesen Antrag stellt, dann sollte man ihn wenigstens dem Ausschuß zur Überprüfung überweisen.) Gesundheitsangelegenheiten sind grundsätzlich in weitestem Umfange Sache der Länder.

Adenauer: Wo steht das?

Zimmer: Das steht in dem von Ihnen, Herr Bundeskanzler, maßgeblich gemachten Grundgesetz.¹⁰¹

Adenauer: Steht da drin, daß die Gesundheit Sache der Länder sei! (*Zuruf:* Die Gesundheit als solche natürlich nicht! – *Johnen*¹⁰²: Lassen Sie die Kreislaufstörungen den Ländern!) Es gibt so viel Gebiete, die dem Bund vorbehalten sind, wobei der Bundesrat leider noch zustimmen muß.

Adenauer: Haben Sie gesagt „leider“?

Zimmer: Ja! Ein solcher Ausschuß ist m.E. zweckmäßig. Ich würde darum bitten, den Gesundheitsausschuß so zusammensetzen, daß die Zuständigkeit des Bundes berücksichtigt wird.

100 Art. 107 GG regelt das Steuerwesen der Länder und den Finanzausgleich.

101 Hinweis auf Art. 74 GG, der die konkurrierende Gesetzgebung regelt.

102 Wilhelm Johnen (1902–1980), 1947–1966 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU 1950–1959 Fraktionsvorsitzender, 1959–1966 Präsident), 1951–1963 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Rheinland.

Adenauer: Wieweit kommen wir im Föderalismus? Nehmen Sie es mir nicht übel. Auf eine solche Weise tötet man den Föderalismus. Wenn man schon sagt, die Gesundheit ist nach dem Grundgesetz Sache der Länder – ich soll den Ländern die Kreislaufstörungen lassen, hat Herr Johnen gesagt – ... (*Heiterkeit.*) Wenn wir also einen solchen Ausschuß wollen, dann ist die Hauptsache dabei, daß vernünftige Leute hineinkommen.

Heck: Dann ist noch die Frage zu klären, wo der nächste Parteitag stattfinden soll. Auf dem Hamburger Parteitag ist beschlossen worden, entweder Köln oder Dortmund zu nehmen. Es war ursprünglich davon die Rede, daß der Parteitag in den Wahlkampf für die Landtagswahlen eingebaut werden soll. Da die Wahlen voraussichtlich Mitte Juli sein werden, müßte der Parteitag spätestens im Monat Mai stattfinden.

Adenauer: Es ist gut, daß rechtzeitig noch vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen der Parteitag stattfindet. Ich möchte in diesem Fall für Köln stimmen. (*Lebhafte Zustimmung.*) Wir haben in Dortmund den Wahlkampf für die Bundestagswahl mit einer großen Versammlung in der Riesenhalle begonnen.¹⁰³ Deswegen sollten wir jetzt nach Köln gehen, damit auch dort etwas für die Partei getan wird; denn Köln ist die einzige Großstadt, wo sämtliche Bundestagsabgeordnete und Landtagsabgeordnete ... (*Unruhe. – Kaiser:* Und Frankfurt am Main!) Die ist noch jungen Datums. Also ich meine, wir sollten diesmal für Köln etwas tun.

*Wehking*¹⁰⁴: Köln hat es vielleicht am wenigsten nötig! (*Widerspruch.*) Ich würde Essen vorschlagen; das liegt auch im Rheinland.

Tillmanns: Ich darf darauf aufmerksam machen, daß der Beschluß des Hamburger Parteitages lautet: Dortmund oder Köln. Daran sind wir also gebunden. Dieser Beschluß ist damals im Blick auf die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen gefaßt worden. Es wäre wohl richtig, dieses Mal nach Köln zu gehen.

Adenauer: Sollen wir abstimmen? – Ich bitte diejenigen, die für Köln sind, eine Hand zu erheben! – Das ist die große Mehrheit.¹⁰⁵ (*Von Brentano:* Ich muß mich enthalten. Herr Lensing¹⁰⁶ ist nicht hier. Ich bin mit ihm brüderlich vereint.) Die Herren müssen also die entsprechenden Arbeiten in Angriff nehmen und überlegen, welche Lokalitäten wir nehmen. Damit wären wir mit der Tagesordnung fertig. Die Herren Lojewski und Gradl haben einen Entwurf für das Pressecommuniqué gemacht. Es ist darin aber noch ein Satz, über den keine Klarheit besteht.

Gradl: Ich bin einverstanden, daß wir den Satz weglassen. Ich habe das Präsenz gewählt; denn die anderen, die noch festgehalten werden, müssen auch noch kommen. Ich wollte nur zum Ausdruck bringen, wenn der Osten wenigstens einmal einen Akt

103 Am 26. Juli 1953.

104 Heinrich Wehking (1899–1984), 1953–1965 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 168 Anm. 8; Lebensbericht in seinem Nachlaß ACDP I-285.

105 Der Parteitag fand vom 28. bis 30. Mai 1954 in den Messehallen in Köln statt.

106 Lambert Lensing (1889–1965), Verleger; vor 1933 Stadtrat in Dortmund (Zentrum), Mitgründer der CDU, 1945–1946 und 1951–1959 Landesvorsitzender der CDU Westfalen, 1948–1949 MdPR, 1954–1958 MdL Nordrhein-Westfalen.

der Menschlichkeit zeigt, daß wir das auch offiziell zur Kenntnis nehmen und sagen, darin sehen wir ein gutes Vorzeichen.¹⁰⁷

Adenauer: Neulich hat mir ein Mann, der lange mit Russen verhandelt hat, gesagt, die Russen ziehen zuerst einen Menschen vollkommen aus, damit er nackt und bloß dasteht. Dann geben sie ihm nach einiger Zeit ein Hemd. Dann fängt der Mann an, dankbar zu werden. Dann bekommt er eine Hose. Dann fängt er an, glücklich zu werden. Und wenn er dann einen Rock bekommt, dann preist er die Russen.

Nun haben doch die Russen diese Leute ins Zuchthaus gebracht. Wenn sie nun die Menschen wieder freilassen, dann sollten wir nicht sagen: mit Genugtuung.

Herr Lojewski, lesen Sie mal vor.

Von Lojewski: „Der Bundesparteivorstand der CDU trat am Dienstag, dem 19. Januar 1954, zu einer Sitzung unter dem Vorsitz des Bundesparteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Adenauer in Bonn zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand ein Bericht des Bundeskanzlers über die politische Lage.

Bundeskanzler Dr. Adenauer hob nach einem Überblick über die Bundestagswahl und ihre politischen Auswirkungen die Hauptaufgaben der nächsten Jahre hervor. Es gelte, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit die bisherige Entwicklung sich in der gleichen Weise aufwärtsbewegen könne wie bisher. Darüber hinaus seien die Große Steuerreform und eine Reform der Sozialversicherung von besonderer Bedeutung.

Dr. Adenauer verwies ferner auf die bevorstehenden Landtagswahlen in fünf Ländern der Bundesrepublik, deren Ergebnis von beträchtlichem Einfluß auf die weitere politische Entwicklung in der Bundesrepublik sein könne. Dr. Adenauer kam dann auf die bevorstehende Berliner Viererkonferenz zu sprechen. Er erinnerte daran, daß die Bundesregierung von den Westmächten die Zusicherung erhalten habe, daß sie in allen entscheidenden Fragen, die auf dieser Konferenz aufgeworfen werden, konsultiert werde. Wichtig sei, daß die Westmächte für die Verwirklichung der Wiedervereinigung Deutschlands sich das Programm zu eigen gemacht hätten, auf das sich die Bundesregierung und der ganze Bundestag geeinigt habe, das an erster Stelle die Forderung nach freien gesamtdeutschen Wahlen enthalte. Mit Nachdruck wandte sich Dr. Adenauer erneut gegen eine Neutralisierung Deutschlands. Er warnte vor einer politischen Entwicklung in Europa, die die Vereinigten Staaten veranlassen könnte, sich aus dem europäischen Kontinent mehr und mehr zurückzuziehen. Dr. Adenauer gab der Hoffnung Ausdruck, daß vielleicht die furchtbare Gefahr der Atomwaffe auch die Machthaber des Kremls zur Einsicht und damit zu einer Verständigung mit dem Westen veranlassen könnte.

Für die CDU, so sagte Dr. Adenauer, gebe es nur den einen Weg, ihre bisherige Politik fortzusetzen und die weitere Entwicklung mit Ruhe und Geduld abzuwarten.

107 Hinweis auf eine Amnestie in der Sowjetzone, aufgrund derer 6.143 Gefangene entlassen werden sollten, die nach dem 9. Mai 1945 wegen angeblicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Besatzungsmächte verurteilt worden waren (vgl. FAZ vom 18. Januar 1954).

Er sei sicher, daß eines Tages die Wiedervereinigung in Freiheit erreicht werde. Nach einer längeren Aussprache stimmte der Bundesparteivorstand den Ausführungen des Bundeskanzlers zu.

Der weitere Teil der Beratungen des Bundesparteivorstandes galt einer eingehenden Analyse des Ergebnisses der Bundestagswahl und den sich daraus ergebenden politischen und parteipolitischen Folgerungen. Es wurde eine Anzahl von Maßnahmen beschlossen, um die Parteiorganisation der CDU noch schlagkräftiger zu gestalten.“

Nun soll noch die Angelegenheit mit dem Parteitag hinzukommen.

Der Entwurf von Dr. Gradl lautet:

„Der Bundesparteivorstand der CDU befaßte sich heute in Bonn nach einem Bericht des Bundeskanzlers eingehend in einer Aussprache mit der politischen Situation angesichts der bevorstehenden Viererkonferenz.

Die CDU ist der Überzeugung, daß dem Frieden und der Sicherheit in Europa und in der Welt kein größerer Dienst erwiesen werden kann als durch die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit. Ohne die Wiedervereinigung kann die von allen Völkern erhoffte Entspannung und Befriedung Europas und der Welt nicht erreicht werden.

Ein wiedervereinigtes Deutschland wird keinen dringlicheren Wunsch haben, als mit allen Völkern in Frieden und im Geiste guter Nachbarschaft zu leben. Bundesrepublik und Westmächte müssen und werden alles tun, was in ihren Kräften steht, um auf einen erfolgreichen Verlauf der Viermächtekonferenz zu drängen.

Der Parteivorstand unterstützt die entschiedenen Bemühungen der Bundesregierung, Deutschland die Möglichkeit der Verteidigung zu geben; denn die Sicherheit Deutschlands und Europas wird auf die Dauer nur durch einen eigenen deutschen Beitrag gewährleistet. Daher wünscht der Bundesparteivorstand, durch Aktivität, verbunden mit Geduld, bei den Verhandlungen über die Deutschlandfrage eine für die Viererkonferenz förderliche Atmosphäre zu schaffen.

In diesen entscheidungsvollen Tagen grüßt der Bundesparteivorstand der CDU die 18 Millionen deutscher Menschen in der Sowjetzone und Ost-Berlin.

Mit Genugtuung und Erleichterung stellt der Vorstand fest, daß endlich deutschen Männern und Frauen, die seit vielen Jahren in sowjetischen Lagern und sowjetzonalen Gefängnissen festgehalten wurden, nunmehr die Freiheit zurückgegeben wird.

Jeder Deutsche möchte wünschen, daß darin ein gutes Vorzeichen für die beginnenden Viermächteverhandlungen gesehen werden kann.

Die CDU erneuert feierlich ihr Bekenntnis zur Wiedervereinigung unseres Landes als das vordringlichste Ziel deutscher Politik.“

Adenauer: Ich unterstütze den Entwurf von Herrn Gradl; er ist besser als das Pressecommuniqué. Es würde sich also darum handeln, diesen Entwurf Gradl als Beschluß zu fassen. Es müssen einige kleine Worte noch heraus. Ich würde weiter darum bitten, den einen Satz mit der Freilassung der Leute ganz zu streichen. Der Schluß ist ausgezeichnet. Ich glaube, wir können das der Redaktion überlassen, und zwar den Herren Gradl, Lojewski und Heck. Würden Sie damit einverstanden sein?

(Zimmer: Auch im Pressecommuniqué muß noch einiges geändert werden.) Also, Sie sind der vierte im Bunde, Herr Zimmer. Wir müssen nun schließen, weil unsere hessischen Freunde auf uns warten. Hessen hat in diesem Jahr Landtagswahlen. Sie wissen alle, daß in keinem Land in der Bundesrepublik die sozialistische Regierung eine solche (Zurufe: Macht!) Politik treibt wie die Partei in Hessen. Nach dem Wahlrecht, das leider Gottes damals auch mit den Stimmen der CDU und der FDP angenommen worden ist, würde die SPD, wenn sie nur 35 % der Stimmen bekäme, die absolute Mehrheit im Landtag haben.¹⁰⁸

Gegen dieses Wahlgesetz ist nur anzukommen, wenn die nichtsozialistischen Parteien zusammengehen. Was geschieht aber jetzt? FDP und CDU schlagen sich in Hessen bei der Wahl die Köpfe ein bzw. sie sind auf dem besten Wege dazu, das zu tun. Wenn man bei solch wichtigen und entscheidenden Fragen an dieses kleine Gezänk denkt, dann kann man sich nur an den Kopf greifen.

Ich habe mir nicht anders zu helfen gewußt, als daß ich im Anschluß an diese Sitzung einige Herren aus Hessen hierhergebeten habe. Ich bitte diejenigen, die aus Hessen hier sind, mitzugehen zu dieser Besprechung, damit wir dort versuchen, ein bißchen die heißen Köpfe zu lüften.¹⁰⁹

Fricke: Ich habe heute mit dem Bundestagspräsidenten und einigen Freunden über die Angelegenheit Dr. Ernst¹¹⁰ gesprochen. Müssen wir nicht ein Wort zu der Wirkung sagen, die die Nachricht von der Wiederverhaftung des Dr. Ernst ausgelöst hat?

Adenauer: Ich habe einen Brief an François-Poncet unterwegs, in dem ich bitte, den Dr. Ernst auf Ehrenwort freizugeben. Fassen Sie jetzt darüber keinen Beschluß; denn dann machen Sie es den Franzosen unmöglich. Wir stellen uns die Sache folgendermaßen vor: Dieser Dr. Ernst sitzt acht Jahre in Untersuchungshaft. Jetzt haben sie ihn anderweitig verhaftet und werden ihn wahrscheinlich auch verurteilen und ihn dann freilassen, indem sie ihm die Untersuchungshaft anrechnen. Deswegen mein Brief an François-Poncet, er möchte dafür eintreten, daß Dr. Ernst auf Ehrenwort freigegeben wird. Ich würde also im Interesse des Dr. Ernst nicht empfehlen, jetzt hier etwas zu tun.

Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Dann danke ich Ihnen sehr. Ich hoffe, daß wir uns recht bald, vielleicht unter günstigeren Auspizien wiedersehen als heute.

108 Gesetz über die Wahlen zum Landtag des Landes Hessen vom 18. September 1950 (GVBl Hessen Nr. 36 vom 9. Oktober 1950 S. 171).

109 Welche hessischen Abgeordneten eingeladen waren, ist nicht zu ermitteln.

110 Dr. Robert Ernst, Oberbürgermeister von Straßburg während der Besatzungszeit, war am 15. Januar 1954 aus dem Gefängnis in Metz entlassen worden. Nach der erneuten Verhaftung am 16. Januar wurde ihm vorgeworfen, für Zwangsrekrutierungen junger Elsässer verantwortlich gewesen zu sein (FAZ vom 18. und 20. Januar 1954). – Erinnerungen: Rechenschaftsbericht eines Elsässers. Berlin 1954.